KAIS.-WILH.-BIBL. POSEN.
21 MAI 1908

Die Nummer des „Gesamtüberblicks", welche die Seitenzahlen 415 bis 471 aufweist, ist irrtümlich mit der Ordnungsnummer **14** versehen worden. Sie muß richtig die Nummer **15** tragen.

— Siebzehnter Jahrgang. —

Nr. 19.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 1. bis 7. Mai 1908.

Posen, den 12. Mai 1908.

Bericht über den Verlauf der am Montag, dem 4. Mai d. J. im großen Lambert'schen Saale hierselbst abgehaltenen polnischen Volksversammlung.

(Nr. 1983/08 III.)

Posen, den 5. Mai 1908.

Zwecks Besprechung öffentlicher Angelegenheiten hatte der ehemalige Redakteur und Verleger des Orendownik, jetzige Literat Dr. Roman Szymanski zum Montag, dem 4. Mai d. J. eine öffentliche Volksversammlung nach dem großen Lambertschen Saale (Apollo-Theater) einberufen und sie rechtzeitig polizeilich angemeldet. Erschienen waren etwa 1400 Personen, darunter 200 polnische Frauen und Mädchen, die oben auf dem Chore Platz genommen hatten. Die polnische Geistlichkeit und der polnische Großgrundbesitz waren verhältnismäßig wenig zahlreich vertreten.

Kurz nach 12 Uhr mittags wurde die Versammlung von Dr. Szymanski eröffnet und deren Zweck mitgeteilt.

Zum Vorsitzenden wurde auf Vorschlag des Einberufers der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. v. Komierowski-Niezychowo gewählt. Nachdem dieser für das ihm geschenkte Vertrauen gedankt, ernannte er zu seinen Vertretern: den Prälaten Mojzykiewicz-Priment und den Abgeordneten Korfanty-Kattowitz und zu Schriftführern die Gutsbesitzer v. Brodnicki-Gr.-Koluda und v. Brzeski-Cieslin. Als Beisitzer wurden berufen: Stadtrat Cegielski, die Pröpste Wisniewski-Emchen, Radziejewski-Wiltschyn, Krzyzanski-Lutom, Landwirt Thomas-Zabikowo, das Herrenhausmitglied J. v. Koscielski-Miloslaw, Ackerwirt Aniola-Palendzie, Bajerlein-Gurtschin und Rechtsanwalt Ruszczynski-Lissa.

Die Tagesordnung lautete:

1. Eröffnung und Wahl des Vorsitzenden und dessen zwei Vertreter.
2. Rede des Rechtsanwalts Dr. v. Mieczkowski-Posen.
3. Rede des Abgeordneten Dr. Eduard v. Trzcinski-Gocanowko.
4. Verlesen der Resolutionen und deren Annahme.
5. Schluß der Versammlung.

Nachdem der Vorsitzende den Versammelten eröffnet, daß eine Diskussion über die hier gehaltenen Reden nicht stattfinden werde, erteilte er, nachdem er vorher die 12 aus dem In- und Auslande eingegangenen Telegramme von dem Schriftführer v. Brzeski hatte verlesen lassen, dem Rechtsanwalt **v. Mieczkowski** das Wort. Das Thema lautete: „Kritik der neuen Gesetze und des ganzen preußischen Systems." Redner führte etwa folgendes aus: Als die Gesetzesvorlage, betreffend die Enteignung der Polen von ihrem Grund und Boden, drohend über den polnischen Häuptern schwebte, habe niemand es für möglich gehalten, daß ein derartiges Gesetz die Bestätigung erhalten könnte. Und doch sei es geschehen. Es sei etwas, das gegen das kulturelle Leben der Menschen, gegen die Zivilisation der Nationen verstoße, zur Tat geworden. Die Regierung enteigne ihre eigenen Staatsbürger. Ja, sie habe im Reichstage auch die Stimmenmehrheit für das neue Vereinsgesetz gefunden, durch welches den Polen nicht mehr gestattet werden solle, in öffentlichen Versammlungen sich ihrer Muttersprache zu bedienen. Deutschland sei ein Nationalstaat, cujus regio, ejus ratio, so lautete die Begründung des Gesetzes, und Minister v. Rheinbaben habe in einer Rede geäußert, daß innerhalb Deutschlands Grenzen nur das Deutschtum bestehen könnte. Trotz der Wiener Verträge, trotz der Proklamation König Friedrich Wilhelms III. an die Einwohner des Großherzogtums Posen, die ihnen ihren Glauben, ihre Sprache und ihr Eigentum zusicherten, seien jetzt neue Gesetze erlassen, welche die früheren gesetzlichen Bestimmungen und königlichen Versprechungen aufhöben. (Redner verliest die betreffende Proklamation). Nichts sei von alledem geblieben. Jetzt könnten auch die Polen mit Bismarck ausrufen, daß die Verträge und Verheißungen nicht einen Pfifferling wert seien. Aber nicht nur jetzt, sondern schon im Jahre 1827, also kurze Zeit erst nach Bestätigung der Wiener Verträge durch die europäischen Großmächte, seien Klagen darüber erhoben worden, daß die Regierung das nicht halte, was sie versprochen habe. So habe auch z. B. der damalige Oberpräsident von Posen, v. Flottwell, die polnischen Schulen aufgehoben, die Einziehung der Klostergüter veranlaßt, die Ernennung der Polen zu Landräten verhindert, und auch durchgesetzt, daß ihm eine Million Taler zum Aufkauf polnischen Grundes und Bodens bewilligt worden sei. Damals habe es in Posen einen General Grolman gegeben, der sogar geraten habe, den gesamten polnischen Großgrundbesitz aufzukaufen und auf die Weise mit den Polen aufzuräumen. Auch der Legationsrat Küpfer habe bei der Regierung den Antrag gestellt, eine Aktiengesellschaft zu gründen, die den ganzen Landbesitz von dem polnischen Adel aufkaufe. Zur Durchführung der weitgehenden Pläne habe jedoch dem damaligen Preußen das nötige Geld gefehlt. Redner bemerkt, daß er absichtlich etwas ausführlicher sich über die Politik Flottwells ausgelassen habe, um zu beweisen, daß das jetzige Germanisierungssystem, welches die Ansiedlungs-Kommission, das Ansiedlungsgesetz und das Enteignungsgesetz geschaffen habe, nur eine Fortsetzung des uralten Systems preußischer, die Entnationalisierung der Polen anstrebender Politik bilde. Daraus gehe hervor, welcher Wert denjenigen Argumenten preußischer Politiker beizumessen sei, welche die schärfsten

gegen die Polen gerichteten Gesetze durch deren feindliches Verhalten der deutschen Bevölkerung gegenüber und deren revolutionäre Bestrebungen begründen. Die Polen wüßten jedoch, daß sie nicht gegen die deutsche Bevölkerung, sondern gegen das System feindlich gesinnt seien, welches die polnische Nationalität unterdrücken wolle, und daß sie dieses System stets bekämpfen würden. Merkwürdig würde auch die Nation sein, die anders verführe. Wenn das germanisatorische System die Polen überall verdränge, wenn es ihnen die Sprache raube, sich sogar in das Familienleben eindränge und die ganze nationale Existenz bedrohe, sollten da die Polen die Hände in den Schoß legen? Die Regierung berufe sich zwar darauf, daß die Polen durch die Revolution im Jahre 1848 den Anspruch auf ihre Rechte verscherzt hätten. Die Revolution sei doch aber damals eine allgemeine gewesen, ganz Europa sei von einem revolutionären Geiste durchdrungen gewesen, überall habe man von einer Verbrüderung und Befreiung der Völker gesprochen. Wenn sich damals die Polen der allgemeinen Bewegung angeschlossen hätten, so könne doch kein unparteiischer Mensch dies als ein Verbrechen bezeichnen, das ewig eine Vergeltung erheische? Aus demselben Grunde müßte das preußische System allen Nachkommen derjenigen Deutschen die Gleichberechtigung versagen, die sich an der revolutionären Bewegung im Jahre 1848 beteiligt hätten. Die damalige preußische Regierung habe auch an eine besondere Bestrafung der Polen nicht gedacht, dies beweise am besten der Umstand, daß die Verfassung vom 31. Januar 1850 keine gegen die Polen gerichtete gesetzliche Bestimmung enthalte, im Gegenteil im Artikel IV den Grundsatz aufstelle, daß alle Bürger in Preußen dem Gesetze gegenüber gleichgestellt sein sollten.

Nach dem Aufstande sei es, namentlich im Vergleich zu den Flottwellschen Zeiten, etwas besser geworden, doch niemals habe man die Germanisierung aus den Augen gelassen. Tägliche Schikanen seitens der Verwaltungsbehörden hätten nach wie vor stattgefunden, namentlich gegen die polnische Presse sei man scharf vorgegangen, doch sei Preußen damals mit den Angelegenheiten der äußeren Politik zu sehr beschäftigt gewesen, um gegen die Polen eine germanisatorische Politik in größerem Maßstabe führen zu können. Diese Politik habe erst nach dem Jahre 1870 begonnen, als den deutschen Chauvinisten nach den vielen Siegen und Triumphen der Kamm geschwollen sei. Im gehobenen Gefühl der Kraft und Macht sei damals der katholischen Kirche und der polnischen Nationalität der Krieg erklärt worden. Bekanntlich sei damals der Kulturkampf ausgebrochen, der viele Jahre gedauert habe, und in weiterer Folge dieses Kampfes habe man mit der Beseitigung des polnischen Sprachunterrichts und der Benutzung der deutschen Sprache bei Erteilung des Religionsunterrichts den Anfang gemacht. Diese den Grundsätzen der Pädagogik und den Gesetzen der Natur zuwiderlaufenden Maßnahmen seien jedoch zu bekannt, um auf sie hier noch näher einzugehen. Und merkwürdigerweise sei es gerade Bismarck, der dem polnischen Kinde seine Muttersprache bei der Erteilung des Religionsunterrichts genommen habe, gewesen, welcher einst selbst gesagt habe, daß es ihm nicht möglich sein würde, in einer fremden Sprache zu beten, dies würde ihm als eine Undankbarkeit seinem Schöpfer gegenüber erscheinen. Bismarck sei doch ein gebildeter, die französische Sprache in hohem Maße beherrschender Mensch gewesen und doch habe er sich zu einem französischen Gebet nicht emporschwingen können, und hier, von einem polnischen, seine Muttersprache kaum beherrschenden Kinde habe er verlangt, daß es sich mit Gott in einer ihm unverständlichen Sprache verständige!

Von den antipolnischen Gesetzen aus der Bismarckschen Ära sei hier noch die im Jahre 1885 erfolgte Massenausweisung von 40 000 Polen, die nicht preußische Staatsangehörige gewesen seien, erwähnt. Unter den Ausgewiesenen seien sogar Männer gewesen, die sich an dem österreichischen und französischen Kriege beteiligt hätten. Auf die seitens der polnischen Landtagsfraktion aus diesem Grunde erhobenen Beschwerden habe Minister v. Puttkamer geantwortet, daß das fernere Verbleiben der ausgewiesenen Polen in Preußen dem Staatsinteresse und dem Deutschtum in den Ostmarken zuwiderliefe.

Das Jahr 1886 habe den Polen die Ansiedlungs-Kommission gebracht, ein Werk, welches, wie bereits vorhin erwähnt, Flottwell begonnen habe. Es wäre falsch, wenn die Polen leugnen wollten, daß die Ansiedlungs-Kommission ihnen herbe Verluste nicht zugefügt hätte; sie brauchten sich ja nur die Karte der Provinzen Posen und Westpreußen anzusehen und sie würden sehen, wie viel Land für sie unwiederbringlich verloren gegangen sei. Mit Stolz könnten jedoch die Polen sich sagen, daß sie sich von der Übermacht nicht haben erdrücken lassen! Die Hoffnung der Regierung, die Ansiedlungs-Kommission werde den Polen den Todesstoß geben, habe sich nicht erfüllt. Es sei deshalb ein weiteres Ansiedlungsgesetz erlassen worden, welches den Polen die Aufteilung ihres eigenen Grundes und Bodens verboten und die Errichtung eines neuen Wohnhauses von der Erlaubnis des Regierungs-Präsidenten abhängig gemacht habe. Da die Polen trotzdem sich nicht hätten beugen wollen, sei man noch einen Schritt weiter gegangen und habe das Enteignungsgesetz eingebracht, welches vor einigen Wochen bestätigt worden sei.

Redner erläuterte hierauf die einzelnen Paragraphen des neuen Gesetzes und bemerkte, daß die preußischen Politiker der Ansicht seien, daß den Polen dadurch kein Unrecht geschähe, weil sie für den enteigneten Grund und Boden bezahlt würden. Es fehlten Worte, um auf einen derartigen Zynismus die entsprechende Antwort zu geben. Es möge genügen, daß das Enteignungsgesetz in der ganzen Welt Worte der Entrüstung und des Protestes hervorgerufen habe. Dank der Sienkiewiczschen Enquete hätten die Vertreter der Wissenschaft, Literatur und Kunst aller zivilisierten Länder ihre Ansicht geäußert und das Gesetz verurteilt.

Zu dem neuen Vereinsgesetz übergehend, bemerkte Redner, daß die Versuche der Regierung, den Gebrauch der polnischen Sprache in den öffentlichen Versammlungen zu verbieten, ebenfalls nicht mehr neu wären. Im Jahre 1876 sei eine große Anzahl von Versammlungen lediglich aus dem Grunde aufgelöst worden, weil die Verhandlungen in polnischer Sprache geführt worden seien. Auf eine entsprechende Interpellation der polnischen Landtagsabgeordneten habe der damalige Minister Graf v. Eulenburg erwidert, daß es nicht gestattet werden könnte, in öffentlichen Versammlungen polnisch zu verhandeln, weil die Polizeibehörde die Aufsicht über derartige Versammlungen nicht ausüben könnte. Die Bürger in Preußen sollten sich also nach der Polizei richten und nicht umgekehrt. Zum Glück habe sich das Oberverwaltungsgericht in Berlin gerecht erwiesen und anläßlich der dieserhalb erhobenen Beschwerden bestätigt, daß man den Gebrauch der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen nicht verbieten könnte, weil dies der Verfassung zuwiderlaufen würde. Endlich habe jedoch das preußische System das erwünschte Verbot erlebt und zwar mit Hilfe des deutschen Reichstages. Die liberalen Parteien seien es diesmal gewesen, welche der Regierung zu ihrem Siege verholfen hätten, jene Parteien, welche die weitestgehenden bürgerlichen Freiheiten auf ihre

politische Fahne geschrieben hätten. Aber wo das eigene Interesse in Frage komme, dort zerstieben die politischen Grundsätze wie Seifenblasen.

Die Polen erfüllten, trotz aller dieser Maßnahmen, ihre Pflichten, sie zahlten Steuern, dienten im Heere und verhielten sich ruhig, sie verlangten dafür nichts weiter, als Gerechtigkeit, die Erhaltung ihrer nationalen Kultur und ihrer wirtschaftlichen Entwickelung. Sie gingen den geraden Weg ihrer Pflicht und nationalen Würde, und ihre Vergangenheit gäbe ihnen die Garantie dafür, daß sie auf diesem Wege nicht untergehen würden. Den nationalen Geist zu stärken und zu stählen, das sei einer der Zwecke der heutigen Versammlung. Jeder der Erschienenen sollte daran denken, daß die Polen sich selbst unter dem größten Drucke nicht beugen würden, solange die Lebenden die Hoffnung nicht aufgäben.

Nachdem der Vorsitzende dem Redner im Namen des Versammlungskomitees gedankt, erteilte er dem Abgeordneten Dr. **v. Trzcinski**-Gocanowko zur Erledigung der Punktes 3 der Tagesordnung das Wort. Das Thema lautete: „Die polnische Gesellschaft und ihre Zukunft angesichts der neuen Gesetze."

Die heutige Versammlung — führte der Redner aus — sei nicht zum Zwecke irgendeiner Demonstration einberufen worden, denn die Polen wüßten recht gut, daß sie dadurch unter den jetzigen Verhältnissen nichts erreichen könnten. Sie rechneten auch auf keine fremde Hilfe, sondern bauten ihre Zukunft ausschließlich auf eigenen Kräften auf. Andererseits aber erfüllten sie alle die Pflichten, die aus ihrer Zugehörigkeit zum preußischen Staate entsprängen. Es sei auch nicht ein Schatten von Schuld vorhanden, der solche Schläge, wie das Enteignungsgesetz und den Sprachenparagraphen, rechtfertigte.

Das Enteignungsgesetz, an welches sich sogar das barbarische Rußland — Murawiew nicht ausgenommen — nicht heranwagte, sei vor allen Dingen gegen die polnische Landwirtschaft, gegen das polnische Land, welches die Geschichte als die Kornkammer Europas bezeichnete, gerichtet. Es bedrohe die materielle Macht der Polen, denn es wolle ihnen den Grund und Boden entziehen, sie also aus Preußen verdrängen. Daraus ergebe sich die Pflicht, daß die Polen auf ihren Posten bleiben müßten. Sie dürften nicht auswandern, sie dürften nicht ihre Kapitalien aus dem Lande fortbringen. Im Gegenteil, der Enteignete müsse sein Geld wieder in Grund und Boden anlegen, denn ein altes Sprichwort sage: „So viel Land — so viel Vaterland!" — oder sollte dies in dem einen oder dem anderen Falle nicht angängig sein, dann müsse mit dem Gelde der polnische Handel und die polnische Industrie unterstützt und gefördert werden. Auf die Weise würden sich alle Bevölkerungsschichten gegenseitig unterstützen. Das Enteignungsgesetz richte sich ferner gegen das Interesse der katholischen Kirche, denn bekanntlich ginge die Germanisierung Hand in Hand mit der Protestantisierung und der Lockerung der von den Vorfahren ererbten guten Sitten. Schließlich richte sich das erwähnte Gesetz gegen die sittliche Macht der Polen. Sie ließen sich jedoch nicht demoralisieren; sie würden sich vor einem System nicht beugen, sie würden freiwillig ihren Grund und Boden nicht verkaufen. Sie dürften sich aber auch nicht ihren nationalen Pflichten entziehen, müßten sich im Gegenteil fleißig und energisch daran beteiligen. Vor allen Dingen aber müßten sie auf der Wacht der Nationalwürde stehen, damit auch nicht ein Flecken auf die polnische Nationalehre falle. Einen großen Teil der nationalen Arbeit hätten die Polen bis jetzt mit Hilfe der öffentlichen Versammlungen erfüllt; nunmehr richtete sich der Sprachenparagraph gegen diese Versammlungen; das bedeutete jedoch nicht, daß sie sich vor dem preußischen System beugen sollten. Nein, sie würden jetzt in Vereinsversammlungen sich zusammenfinden und in diesen die breiten Bevölkerungsschichten aufklären und bilden. Die polnische Presse müsse noch rühriger werden und bis in die entlegensten Winkel eindringen. Polnische Broschüren und Flugblätter müßten in Zukunft noch mehr verbreitet und vor allem eine Agitation von Mund zu Mund organisiert werden.

Die Zukunft der Polen hänge nicht von Ausnahmegesetzen ab, diese würden sich früher oder später an denen rächen, die sie geschmiedet hätten. Die Zukunft der Polen hänge von ihnen selbst, von ihrer sittlichen Gesundheit ab. Sie müßten nur fest zusammenhalten und einig sein und sie würden den deutschen Ansturm ebenso zurückweisen, wie die Schar griechischer Helden in Thermopylä den Ansturm der Perser zurückgeschlagen habe. Sie müßten niemals den rechten und gesetzlichen Weg verlassen, sich auch nicht nach dem deutschen Sprichwort richten: „Heiliger Florian, beschütze mein Haus und zünde das des anderen an!" Sie müßten gottesfürchtig und fromm bleiben, denn schon ein Papst habe gesagt: „Polonia semper fidelis!" wenn sie aber fest zu ihrem Glauben ständen, dann könnten sie auch wie jener römische Gladiator, ausrufen: „Ave patria, depossessus te salutat!" Ein Grund zur Verzweiflung sei nicht vorhanden, die Polen müßten nur nach wie vor ihre Pflicht tun, sparsam sein, und mit Liebe im Herzen könnten sie ruhig der Zukunft entgegensehen. (Beifall.)

Nachdem der Vorsitzende auch diesem Redner für den Vortrag gedankt, ersuchte er den Schriftführer v. Brzeski zum Verlesen der nachstehenden Resolutionen:

I.

„Wir am 4. Mai 1908 versammelten, alle Schichten der polnischen Gesellschaft vertretenden Bürger erheben geschlossen und feierlich Protest gegen die unerhörten, in der Geschichte noch nie dagewesenen, gegen unsere nationale Existenz gerichteten Schläge, und zwar gegen das Enteignungsgesetz und das Vereins- und Versammlungsgesetz.

Wir erblicken in dem Enteignungsgesetz sowie in dem Sprachenparagraphen die Fortsetzung der Politik der eisernen Hand, die seit Jahrzehnten die Germanisierung und Protestantisierung der Ostmarken des preußischen Staates anstrebt, weil diese die offene Tür zum Slawentum bilden.

Wir stellen fest, daß die Gesellschaft, trotz eines ganzen Systems von Ausnahmegesetzen, deren Krone das Enteignungsgesetz und der Sprachenparagraph bilden, nach wie vor ihre aus der Zugehörigkeit zu Preußen entspringenden Pflichten erfüllend, sich der daraus ergebenden Rechte, sowie der göttlichen und natürlichen Gebote bewußt bleiben wird. Sie wird schließlich sich aber auch ihrer heiligen Pflichten gegen sich selbst und gegen ihre Vergangenheit und Zukunft bewußt bleiben."

II.

A.

„In Erwägung, daß das Enteignungsgesetz in höchstem Maße gegen unsere ziffermäßige, gegen unsere materielle und gegen unsere sittliche Kraft gerichtet ist, erklären wir:

1. Zum Schutze unserer ziffermäßigen Kraft erheischt das Nationalinteresse, daß wir aus unseren uralten Sitzen innerhalb Preußens nicht zurückweichen.
2. Zum Schutze unserer materiellen Kraft erheischt das Nationalinteresse, daß wir unsere Kapitalien dem wirtschaftlichen Arbeitsmarkte der Gesellschaft in unserem Anteil nicht entziehen. Die Losung: „Landsmann zum Landsmann!" als Mittel des kollektiven Selbstschutzes unserer

in hohem Maße durch das Enteignungsgesetz bedrohten Industrie und unsers Handels müßte von allen streng befolgt werden, die einseitige Ausbeutung dieser Losung durch die Industrie und den Handel erachten wir als unstatthaft, weil der wirtschaftlichen Entwickelung unserer Gesellschaft schädlich.

3. Zur Wahrung unserer sittlichen Kraft legt das Nationalinteresse jedem die rückhaltlose Pflicht auf, sich des Grundes und Bodens — trotz des drohenden Enteignungsgespenstes — freiwillig nicht zu entäußern.

Unser Verhältnis zu dem preußischen System muß auf der Unterlage der nationalen Würde und bürgerlichen Unabhängigkeit fußen. Auf diese Grundlage muß sich auch die größtmögliche aktive Beteiligung an der öffentlichen Arbeit stützen."

B.

„In Erwägung, daß der Sprachenparagraph in dem Vereins- und Versammlungsgesetz gegen die nationale Bewegung gerichtet ist, die die breiten Bevölkerungsschichten zu nationalem Leben, zu nationalen Pflichten und zu nationaler Arbeit anspornt, erklären wir:

Unser Nationalinteresse fordert, daß wir die erziehliche Arbeit unter dem Volke verbreiten und unterstützen; wo die bisherigen Formen dieser Tätigkeit, also vor allen Dingen die Volksversammlungen, durch den Sprachenparagraphen unmöglich gemacht werden, müssen sie durch neue Formen, namentlich durch eine energische und rührige, auf möglichst breiter Unterlage sich stützende Agitation von Mund zu Mund ersetzt werden."

Zum Schluß der Versammlung wurde aus der Mitte der Erschienenen gefordert, daß sich der Abgeordnete Korfanty vorstellen möchte. Der Vorsitzende erteilte dem letzteren das Wort, der für die ihm entgegengebrachte Sympathie dankte und erklärte, daß diese nicht ihm, sondern dem von ihm vertretenen Volke gelte. Seine kurze Ansprache schloß er mit den Worten: „Es lebe die nationale Einigkeit und die nationale Liebe!"

Hierauf wurde die ruhig verlaufene Versammlung von dem Vorsitzenden Dr. v. Komierowski um 2 Uhr nachmittags geschlossen.

Portaszewicz,
Königlicher Polizei-Inspektor.

Bericht über den Verlauf der am 3. Mai d. J. im Jeszke'schen Saale in Crone a. Br. abgehaltenen polnischen Wählerversammlung.

Posen, den 4. Mai 1908.

An der Versammlung, welche von dem Sattlermeister v. Kiedrowski-Crone einberufen worden war, nahmen etwa 110 Personen teil.

Erschienen waren unter anderen Rittergutsbesitzer von Mieczkowski-Nieciszewo, Arzt Dr. Szukalski, Tierarzt Jewasinski und Dekan Treder-Crone, ferner Redakteur Hoffmann von der Gazeta Grudzionska (Graudenz) und Babst, Redakteur des Dziennik Bydgoski (Bromberg).

Die Versammlung eröffnete **von Mieczkowski**, welcher auch den Vorsitz übernahm. Er wies auf die bevorstehenden Landtagswahlen hin und erteilte den Anwesenden hierauf die üblichen Wahllehren. An diese anknüpfend, fuhr er fort: Wenn auch in dem Wahlkreise Bromberg-Wirsitz die Polen keinerlei Aussicht besäßen, einen polnischen Kandidaten bei der Landtagswahl durchzubringen, so sei es doch Pflicht eines jeden polnischen Wählers, sich an den Wahlen zu beteiligen. Es müßten möglichst viele polnische Wahlmänner gewählt werden, um zu zeigen, daß die polnischen Wähler ihre Interessen zu wahren verständen. Sie müßten das um so mehr tun in Anbetracht der vor kurzem ergangenen Ausnahmegesetze, des Enteignungs- und des Vereinsgesetzes, welches den Polen in öffentlichen Versammlungen verbiete, in polnischer Sprache zu verhandeln. Im Kreise Bromberg dürfe vom 15. Mai d. J. ab in Versammlungen nicht mehr polnisch gesprochen werden, wohl aber sei der Gebrauch der Muttersprache in Vereinsversammlungen noch weiter gestattet. In allen diesen müßten die Polen fortan dokumentieren, daß sie Polen und Katholiken seien und solche auch weiter bleiben wollten. Mehr wie sonst müsse jeder einzige Pole zuhause die polnische Sprache pflegen, seine Kinder im nationalen Sinne erziehen, sich und seine Familie durch das Lesen von polnischen Zeitungen und Büchern fortbilden. Wenn jeder in dieser Hinsicht seine Pflicht voll und ganz erfüllen würde, müßten alle Anschläge der preußischen Regierung auf die Polen vergeblich bleiben.

von Mieczkowski erteilte hierauf dem Redakteur **Hoffmann**-Graudenz das Wort. Dieser führte folgendes aus: Die nach den polnischen Aufständen in Rußland nach Sibirien verbannten Landsleute, denen es bestimmt gewesen sei, ihr Leben in den Bergwerken zu beenden, blickten stets nach einem Hoffnungsstern auf, von dem sie Freiheit erhofften und der ihnen Ausdauer verlieh. Auch die Polen im preußischen Anteil seien nicht frei. Ihr Stern des Trostes und der Hoffnung seien die nationalen Erinnerungen und Andenken aus früheren Zeiten. Die schönste von diesen Erinnerungen sei die Konstitution vom 3. Mai. Heut nach langen Jahren begingen die Polen wiederum die Feier dieses Jubeltages, welcher der polnischen Nation bürgerliche Freiheiten verliehen habe. Von diesem Tage ab habe sich die polnische Nation an die nationale Arbeit gemacht. Er werde daher stets ein Freudentag bleiben, umsomehr als die Konstitution nicht wie bei anderen Nationen durch Blut erkauft worden sei. Die heutige Feier fände in Trauer statt, denn es sei den Polen nicht gestattet, ihre nationalen Erinnerungen öffentlich zu feiern. Ein verhängnisvolles Los schwebe über den Polen in Preußen, das ihnen den Mund verschließe, sie das nicht sagen lasse, was das Herz empfinde. Die Konstitution vom 3. Mai habe den Polen bürgerliche Rechte verliehen. Seien diese auch nicht ausreichend, so seien sie doch auf dem Prinzip der Gerechtigkeit und Nächstenliebe begründet gewesen. Auch in Preußen begegne man häufig den Ausdrücken „Recht" und „Gesetz". Ersteres sei solches nur **dem Namen nach.** Was „Gesetz" bedeute, bewiesen das Enteignungsgesetz und das noch viel „berühmtere" Sprachengesetz. — Schon von Alters her hätten sich die Slawen gegen das Deutschtum zu wehren gehabt. Am meisten sei dieser Kampf zu Tage getreten zu Zeiten der Kreuzritter. Diese seien von den Slawen zwar zurückgeschlagen worden, doch geblieben sei der Geist der Germanisierung. Seitdem die Polen unter die Fittiche des schwarzen Adlers gekommen seien, verspürten sie diesen Geist immer mehr trotz aller ihnen gemachten Zusicherungen. Den Polen würde der Vorwurf von deutscher Seite gemacht, daß sie zum Aufruhr neigten. Das sei nicht zutreffend, sie wollten vielmehr nur ihre Nationalität und Sprache erhalten. Das aber sei kein Aufruhr! Schon der Umstand allein, daß „die gehörnte polnische Seele" sich vor der preußischen Regierung nicht verbeugen wolle, sei für diese eine Veranlassung, sie zu zermalmen. Es seien zu diesem Zwecke die verschiedensten Versuche unter-

nommen worden, doch die polnische Seele wolle ihren Körper nicht verlassen. Auch in Oberschlesien habe sich der polnische Geist immer mehr zu regen angefangen, das polnische Volk rufe dort: „auch ich bin polnisch, auch ich will leben!“ Die Regierung habe unter diesen Umständen nach Mitteln gesucht, um diese nationale Bewegung zu unterdrücken. Da ihr wohl bekannt sei, daß die Polen sehr fest an ihrem Grundbesitz hängen, habe sie zunächst die „berühmte Ansiedlungskommission“ geschaffen. Zwar hätten sich viele Schufte und Verräter unter den polnischen Besitzern gefunden, die ihren Besitz freiwillig an die Ansiedlungskommission verkauft hätten, doch der überwiegende Teil halte an seinem Grund und Boden fest. Die „gehörnte polnische Seele“ habe immer noch weiter ihre Hörner gezeigt. Da seien die Nachfolger der Kreuzritter, die Hakatisten aufgetaucht, welche zu rufen begonnen hätten, daß man den Polen das Land, das sie nicht freiwillig hergeben wollten, mit Gewalt nehmen müsse. In Berlin hätten sich denn auch „gewissenhafte Herrn“ gefunden, die das Enteignungsgesetz beschlossen hätten, um die Polen von ihrer Erde zu vertreiben. Sie hätten aber dabei vergessen, daß der preußische Staat sieben Milliarden Schulden besäße, und selbst nicht einmal die Zinsen von diesen zahlen könne. **Das Enteignungsgesetz also solle mehr als ein Schreckgespenst für die Polen dienen, um polnische Besitzer zum freiwilligen Verkauf des Grundbesitzes zu bewegen.** Gegenwärtig höre man von diesem Gesetz nichts, und es werde wohl noch lange dauern, bis man etwas von ihm hören werde. Trotzdem sei das Gesetz tatsächlich ein Schreckgespenst. Viele polnischen Bauern sagten sich, wozu ihr Land noch weiter kultivieren da sie doch demnächst enteignet würden. Das sei gänzlich falsch! Das Enteignungsgesetz habe in Europa und in der ganzen zivilisierten Welt soviel Ärger hervorgerufen, daß die preußische Regierung nur gegen gute Bezahlung enteignen werde. Das Gesetz besitze auch ein großes Loch! Werde jemandem sein Land genommen, so könne er ins Nachbardorf gehen und dort einen Deutschen auskaufen und so fort — das Gesetz werde auf diese Weise eine ewige „Mühle“ bedeuten. Von ihm würden allein die Polen Nutzen ziehen! Allerdings sei es für denjenigen, der lange an einem Orte lebe, an dem schon die Gebeine seiner Vorväter ruhten, schmerzlich, einen solchen Besitz zu verkaufen und ihn zu verlassen, doch so schlimm werde es nicht werden! Kleinere Besitzungen würden voraussichtlich überhaupt nicht aufgekauft werden, und mit den großen werde es ganz langsam gehen! Früher oder später müsse das Gesetz versagen! — Die preußische Regierung habe sich weiter gesagt, daß, solange ein Pole polnisch spreche, er auch Pole bleibe. In der Schule sei deshalb der polnische Unterricht schon lange verboten, nun sei auch das Polnischsprechen in öffentlichen Versammlungen verboten worden. Auch das habe der Hakatismus „mit seinem großen Munde“ bewirkt! Man habe damit den polnischen Geist ertöten wollen! Das Sprachverbot sei viel schlimmer als das Enteignungsgesetz! Bei letzterem habe man den Polen wenigstens den Weg zum Himmel freigelassen, indem man von der Enteignung die Kirchen- und Begräbnisstätten ausgenommen habe, offenbar habe man sich gesagt, wenn alle umliegenden Bauern enteignet würden, bleibe der Pfarrer mit seiner Köchin allein im Pfarrhause und sei dann unschädlich! Beim Sprachverbot habe man das Polnischsprechen vorläufig dort weiter gestattet, wo die polnische Bevölkerung mehr als 60 Prozent betrage. Die „Herren Preußen“ glaubten nun, daß sie gerecht seien. Doch diese Gerechtigkeit sei wunderbar! Es komme diese Ausnahme dem Mittel gleich, daß man aus Mitleid dem Hunde den Schwanz nur stückweise abhacke. Gerade in den Grenzkreisen, wo der polnische Geist von dem preußischen immer mehr durchdrungen werde, seien polnische öffentliche Versammlungen am meisten erforderlich, und deshalb treffe diese das Verbot des Gebrauchs der polnischen Sprache in solchen am empfindlichsten. Bedauerlich sei, daß gerade die polnischen Frauen und Mädchen sich am leichtesten germanisieren lassen, am ehesten anfingen, deutsch zu denken und zu fühlen. Sie sängen sehr gerne deutsche Gassenhauer und tanzten gerne Rheinländer, v. Bismarck habe einst gesagt, die Polinnen seien die größten Feinde des Deutschtums. Wenn er nie gelogen habe, so habe er in diesem Falle gelogen!

Das neue Vereinsgesetz schließe junge Leute unter achtzehn Jahren vom politischen Leben aus. Die Jugend könne also fortan in Versammlungen Anregung zur Vaterlandsliebe und zum Nationalbewußtsein nicht mehr erhalten. Pflicht sei es daher, schon von Jugend an auf die nationale Erziehung der Kinder zu achten. Die Schule verwische in ihren Herzen das Polentum. Wenn die polnischen Eltern sich daher selbst nicht helfen würden, werde die polnische Jugend in der Germanisationsflut untergehen! Was nun sollten die Polen anfangen, um eine Nation zu bleiben? Vor allem sei der polnische Katechismus eine gute Waffe! Die Anhänglichkeit an den Glauben sei bekanntlich gleichbedeutend mit der Anhänglichkeit an die Nationalität. Ein weiteres Mittel zur nationalen Aufklärung sei ein polnisches Geschichtsbuch; die polnischen Kinder sollten kennen lernen, was in Polen gut und schön, und was schlecht gewesen sei, damit sie letzteres in Zukunft vermeiden könnten. Jedes weitere gedruckte Wort, das in polnischem Sinne geschrieben sei, sei vorteilhaft. Man verbiete nun den Polen, in öffentlichen Versammlungen polnisch zu sprechen — deutsch wollten sie nicht sprechen — so bleibe nur das geschriebene Wort, um den nationalen Geist zu stärken, sie alles das lieben zu lehren, was polnisch sei. Vor allem müsse in jedem polnischen Hause eine polnische Zeitung gehalten würden, damit jeder erfahre, wie sich die Polen verteidigen sollten, und was ihnen drohe. — Schlecht sei es um die Polen bestellt, immer dunklere Wolken türmten sich am Horizont auf, doch sie brauchten sich nicht zu fürchten. Habe es doch Nationen gegeben, die noch schwerere Fesseln zu ertragen gehabt und doch alle Bedrängnis siegreich überstanden hätten! Auch die Polen würden ausharren, nur müßten sie auf sich allein vertrauen sich stets einig fühlen. Vor allem müßten sie bei Juden und Deutschen nicht kaufen, um sie nicht zu bereichern. Die diesen zugewandten Groschen seien Sündengelder, die in Form der Ansiedlungsgelder später wieder auftauchten. Die Polen müßten in jeder Hinsicht so auftreten wie die Tschechen! Sie müßten sagen: „Wir sind stolz, daß wir Polen sind!“ Er hoffe, daß seine Worte nicht vergeblich verhallen, sondern im Herzen der Anwesenden festsitzen bleiben würden. Wenn alle als Polen auftreten würden, dann könnten sie wie die Tschechen getrost sagen: „Wir lassen uns nicht!“

Nachdem **von Mieczkowski** dem Redner für seine Worte gedankt hatte, forderte er die Anwesenden auf, diese zu beherzigen und nach ihnen zu handeln. Sodann erstattete er den Jahresbericht des Kreiswahlkomitees.

Das Wahlkomitee habe vor allem darnach getrachtet, den nationalen Geist zu wecken. Zu diesem Zwecke seien im Wahlkreise zwölf Versammlungen abgehalten worden, darunter zwei in Crone und zwei in Fordon. Sie wollten damit zeigen, daß sie lebten und nicht untergehen wollten.

Die Zahl der polnischen Wähler habe sich in dem Wahlkreise in den letzten zehn Jahren erheblich vermehrt. Während sie früher 6198 betragen habe, belaufe sie sich nun auf über 8000.

Man könne daraus ersehen, daß die Polen trotz aller Ausnahmegesetze nicht untergingen. Auch in Zukunft würden sie leben. Vor allem müsse zuhause der Nationalgeist gehoben werden durch das Lesen polnischer Bücher und Zeitungen und eine entsprechende Kindererziehung.

Arzt Dr. **Szukalski**-Crone erstattete alsdann den Kassenbericht des Wahlkomitees. Der Bestand im Jahre 1904 habe 308 Mark betragen. Gesammelt worden seien im Jahre 1906 in einer Versammlung in Crone 77,10 Mark, ferner durch von Mieczkowski 42,50, 64 und 12,50 Mark usw. Die Einnahme bis zum Jahre 1908 habe 709,75 Mark betragen. Ihr stehe eine Ausgabe von 322 Mark entgegen, sodaß in der Kasse 387,75 Mark blieben.

Dieses Geld sei in der Bank Ludowy — Volksbank — Crone deponiert.

Dr. **Szukalski** ermahnte die Erschienenen hierauf, beim Verlassen der Versammlung wiederum freiwillige Spenden für die Wahlen zu geben. **von Mieczkowski** wies sodann darauf hin, daß dem Provinzialwahlkomitee von den Kreiskomitees für Bromberg-Stadt und Land sowie Wirsitz nachstehende Kandidaten für die Landtagswahlen vorgeschlagen werden sollten.:

1. **v. Czarlinski**-Thorn,
2. Dekan **Treder**-Crone,
3. Dekan **Teßmer**-Koszłowo.

Die Versammlung erklärte sich mit den Kandidaturen einverstanden.

v. Mieczkowski schlug nun vor, mit Rücksicht darauf, daß nach dem 15. Mai im Kreise Bromberg in öffentlichen Versammlungen nicht mehr polnisch gesprochen werden dürfe, schon jetzt die Wahl der Mitglieder des Kreis-Wahlkomitees für die nächsten 5 Jahre vorzunehmen. Es wurden gewählt: Sattlermeister von Kiedrowski für Crone, Vikar Dr. Nelke für Fordon, Lewandowski und Johann Zielinski für Schulitz, Wewiorowski für den Distrikt Bromberg I, Jaroszewski aus Osielsk für den Distrikt Bromberg III, Franz Wozyk für den Distrikt Crone, Wewiorowski-Teresin für den Distrikt Trzementowo, ebenso Grod-Strzelewo und Propst Gryglewicz aus Slesin, Lipkowski-Lutschmin, Pelczynski-Wiskitno und Modilewski-Wilhelmsort für den Distrikt Wilhelmsort, Grygrowicz und Afelski-Alexandrowo für den Distrikt Zolondowo.

Zu Delegierten für die nächsten 5 Jahre zum Provinzialwahlkomitee wurde Apotheker Nizinski-Crone und Propst Gryglewicz-Slesin gewählt.

Nunmehr erhielt der Redakteur **Babst** vom Dziennik Bydgoski aus Bromberg das Wort. Vom 15. Mai ab dürfe im Kreise Bromberg in öffentlichen Versammlungen polnisch nicht mehr gesprochen werden. Die Polen müßten sich daher politisch durch Schriften weiter bilden. Zu diesem Zwecke habe der Abgeordnete Napieralski aus Oberschlesien beschlossen, allmonatlich eine Broschüre mit dem Titel „Poseł do ludu" (Der Abgeordnete zum Volk) herauszugeben. Die Broschüre enthalte Belehrungen auf sozialem und politischem Gebiete. Sie könne von ihm — dem Redakteur — zum Preise von 10 Pfennigen bezogen werden. Der Reingewinn werde entweder zu Wahlzwecken oder zu Zwecken der Aufklärung verwendet werden.

von Mieczkowski dankte den Erschienenen hierauf und schloß um $2^1/_2$ Uhr nachmittags die Versammlung.

An diese Versammlung schloß sich eine zweite an, welche im Gollnik'schen Saale in Crone abgehalten wurde. Zu ihr waren etwa 300 Personen erschienen. Auch in dieser Versammlung übernahm **von Mieczkowski**-Nieciszewo den Vorsitz. Zum Schriftführer wurde Tierarzt **Jewasinski**-Crone, zu Beisitzern **Dr. Szukalski**, Dekan **Treder** sowie die Kaufleute **Ludzkowski** und **Szumski** gewählt. **von Mieczkowski** erteilte zunächst Wahllehren und schlug die in der ersten Versammlung genannten Kandidaten für die Landtagswahl auch hier vor. Die Versammlung erklärte sich mit ihrer Aufstellung einstimmig einverstanden.

Der Vorsitzende erteilte sodann das Wort dem Redakteur **Babst**-Bromberg, welcher Nachstehendes ausführte:

In den letzten 30 Jahren seien in Preußen viele barbarische Gesetze erlassen worden, welche sich vornehmlich gegen den Katholizismus und die Polen richteten. Ein Zug des Hasses gegen alles katholische und polnische gehe durch die neueren Gesetze. Redner ging hierauf des Näheren auf den Kulturkampf, die Maigesetze, die Ausweisung von 40 000 Polen durch Bismarck, die Ansiedlungskommission und schließlich auf das Enteignungsgesetz ein, welches selbst im Mittelalter kaum möglich gewesen wäre, und welches zu erlassen selbst Asiaten sich geschämt hätten. Ein solches Gesetz sei ein böses Kriterikum für den Staat, dessen Verfall in kürzerer oder längerer Zeit unabwendbar sei. Die Polen brauchten sich deshalb vor der Enteignung nicht allzusehr zu fürchten, zumal sie gut bezahlt werden müßten. Bisher hätten die Polen noch Vertrauen zum Reichstag besessen, doch seitdem von Bülow den Block geschaffen habe, seien auch dort die menschlichen und göttlichen Rechte mit Füßen getreten worden. Das Vereinsgesetz sei geradezu gegen die Polen gerichtet. Vorteile von ihm besäßen nur die Deutschen. Den Mund einer kultivierten Nation schließen, die eine so herrliche Vergangenheit besitze, wie die polnische, ihr die Sprache zu rauben, das sei eine Barbarei, die selbst ein asiatischer Staat sich nicht hätte zu schulden kommen lassen. Trotzdem dürften die Polen den Mut nicht sinken lassen, sie müßten vielmehr auf ihre eigenen Kräfte und Gott vertrauen. Gottes Vorsehung sei oft wunderbar. Wie die Vorfahren unter Johann Kasimirs Herrschaft auf Gott vertraut und Erfolge erzielt hätten, so wollten auch sie es jetzt tun. Eine geeinigte Nation sei ein Machtfaktor, mit dem selbst die preußische Regierung werde rechnen müssen. Wohl könnte den Polen ihre Existenz untergraben werden, wohl könnten ihnen materielle Verluste zugefügt werden, **den polnischen Geist aber könne niemand ertöten.** Das, was die Schule nicht gebe, was sie fortan in Versammlungen nicht erfahren könnten, werde nun zu Hause bewirkt werden. Die Schule solle die Kinder zu treuen Anhängern der Kirche erziehen, doch sie bringe den Polen keine Vorteile in dieser Hinsicht. Zwar bringe sie auch den polnischen Kindern insofern Vorteile, als diese lesen und schreiben lernten, doch diese ständen in keinem Vergleich zu den Nachteilen, die sie zeitigen. In moralischer und materieller Hinsicht würden die Polen geschädigt. Was die letztere Schädigung anbetreffe, so könnten hierüber insbesondere die polnischen Industriellen, Gewerbetreibenden und Handwerker ein Lied singen. Selbst polnische Arbeiter fänden z. B. auf den Gütern der Ansiedlungskommission keine Beschäftigung. Hinter jedem Polen stehe beinahe ein Polizeibeamter, selbst die Wände hätten Ohren, die legalsten Versammlungen würden aufgelöst oder vorher verboten, Saalabtreibereien seien an der Tagesordnung, überall erlitten sie Schikanen und Nadelstiche. Sie seien aber so abgehärtet, daß die preußische Regierung ihnen in Zukunft nichts mehr werde antun können. Vor allem müßten sie mit allen Kräften an ihren teuersten Schätzen festhalten. Schon von Jugend an müsse den Kindern Anhänglichkeit an den Glauben und die Nationalität eingeimpft werden. In jedem Hause müßten polnische Zeitungen abonniert und polnische Bücher, insbesondere Geschichtsbücher gelesen werden. Jeder polnische Vater müsse der „Czytelnia ludowa" (Volksbibliothekenverein) und dem

„Straschverein“ angehören, welche nationale Schriften vertrieben. Wenn jeder Pole seine Pflicht erfüllen würde, würden alle Gelüste der preußischen Regierung sich als vergeblich erweisen, und noch nach 100 Jahren würde die polnische Nation ebenso ungeschwächt dastehen, wie sie heute dastehe.

von Mieczkowski ermahnt die Anwesenden im Anschluß daran, die ihnen erteilten Ratschläge zu beachten. Wenn sie ausdauernd beten und arbeiten würden, wäre keine Macht der Erde im stande, sie zu beugen. Vor allem müsse jeder polnische Besitzer an seinem Besitz festhalten. Die Enteignung brauchten sie nicht zu fürchten. Der beste Beweis dafür, daß alle Ausnahmegesetze vergeblich seien, sei das beständige Erstarken der polnischen Nation und das Erwachen des polnischen Geistes selbst in Oberschlesien.

Nunmehr erhielt Redakteur **Hoffmann**-Graudenz das Wort: Die Deutschen seien eine Nation, die sich gern das aneigne, was andere Nationen besäßen und was gut sei. So hätten sie sich z. B. den polnischen Gelehrten Kopernikus angeeignet. Jetzt streckten sie nach dem polnischen Boden die Hand aus. Man wolle die Polen ausrotten. von Bülow habe selbst gesagt, das Wohl des preußischen Staates hänge ab von der Germanisierung der Polen. Was hätten denn nur die Polen verschuldet, daß man gegen sie so vorgehe? Vor allem hätten sie sich doch nicht aus freien Stücken unter die preußische Herrschaft begeben. Man wolle ihnen nun den Mund verschließen, obwohl von Bülow selbst gesagt habe, „jeder könne reden, wie ihm der Schnabel gewachsen sei“. Die Polen sollten Preußen gefährden. Wie sollten dies die 3 Millionen ohne Geld und ohne Waffen gegen eine solche Macht wie die preußische bewirken? Die Ursache der Bedrückung der Polen liege in dem Drange des Deutschtums nach dem Osten. Das Slawentum wolle man in kürzester Zeit vernichten. Überall hin nach dem Osten schiebe das Germanentum seine Vorposten vor. Alle Zentren im Königreich Polen (russischen Anteil) seien von Deutschen überschwemmt. Überall finde man dort deutsche Beamte. Wie groß der Dünkel der dortigen Deutschen sei, beweise u. a. der Umstand, daß sie jetzt sogar eigene deutsche Abgeordnete in Rußland verlangten. Die Deutschen also, welche dorthin gekommen seien, um dort ihr Brot zu erwerben, besäßen die Unverschämtheit, eigene Vertreter zu fordern. Dieses „unverschämte Vorgehen“ habe denn auch bei den Russen bereits eine Reaktion hervorgerufen. Nicht nur das Königreich Polen könnte sich der Freude, derartige Eindringlinge zu besitzen, rühmen, auch nach Galizien streckten sie ihre Fühlhörner aus. Auch dort verlangten sie ihre eigenen Repräsentanten, dort besäßen sie eigene deutsche Organe, wollten deutsche Schulen usw. Die Deutschen glaubten eben, alles straflos tun zu dürfen. Sie könnten vieles ausrichten, denn sie besäßen die Macht und bei ihnen gehe Macht vor Recht. Bei diesem Prinzip seien sie groß geworden. Ob sie lange auf diesem würden beharren können, sei zweifelhaft. Von den Polen verlangten sie, daß diese ruhig seien und ausrufen sollten: „die preußische Politik ist unser Evangelium“. Dabei aber vergäßen die Deutschen, daß Druck Gegendruck hervorrufe. Er — Redner — wolle auf alles Unrecht, das den Polen geschehe, nicht besonders hinweisen. Es genüge der Hinweis auf den Drzymalawagen und darauf, daß die polnischen Kinder Gott in deutscher Sprache loben müßten. All' das Unrecht trage dazu bei, daß die Polen immer mehr verständen, was sie seien, und was sie zu tun hätten.

Immer mehr würde in ihnen das Empfinden der eigenen Kräfte, das Bewußtsein geweckt, daß sie trotz aller Schläge das bleiben würden, was sie seien. Alles das hätten sie der preußischen Politik zu verdanken von Flottwells Zeiten an bis zur Politik Bülows. Als zu Caprivis Zeiten eine versöhnliche Stimmung unter den Polen Platz gegriffen habe, habe den Polen ihr Untergang gedroht. Erst durch Aufklärung und Wiedergeburt hätten sie Kräfte gewonnen. Sie wüßten nun, daß sie lebten; sie müßten aber nicht nur leben, sondern handeln. Vor allem sei hierzu brüderliche Liebe und Einigkeit erforderlich, Liebe zu allem, was polnisch ist. Jeder müsse den Grundsatz: „swoj do swego“ — jeder zu seinem Landsmann — streng beachten, jeder Pole müsse sparen und seine Ersparnisse in den polnischen Banken niederlegen. Nirgends dürften sie vergessen, daß sie Polen seien. Die letzte Zeit beunruhige die polnische Bevölkerung. In manche Kreise sei Furcht und Angst gefahren. Von mancher Seite sei den Polen sogar der Rat erteilt worden, ruhig zu sitzen, da sie sonst die Deutschen reizten. Eine kleine Schar habe sich selbst mit Versöhnungsgedanken befaßt. Als Turnos Broschüre erschienen sei, habe sie jeder echte und brave Pole verurteilt. Die Polen wollten zwar eine Versöhnung mit den Deutschen, aber nicht für den Preis, daß sie ihre angeborenen Rechte aufgeben. Wenn ihnen das gegeben würde, was ihnen zustehe und zugesichert worden sei, so würden sie zufrieden sein; solange dies nicht der Fall sei, **könne von einer Versöhnung nicht die Rede sein.** In letzter Zeit gebe ihnen der Umstand ein Unterpfand für eine bessere Zukunft, daß sich immer mehr aufgeklärte Männer fänden, die das Volk aufwecken. Ein weiteres Unterpfand für die Zukunft sei, daß das polnische Volk immer mehr sich seiner Kraft bewußt werde, daß, wie der polnische Dichter Wispianski sage „heut' sei der Bauer König“. Möge diese Aufklärung, die heut das polnische Volk umfasse, sich immer mehr verbreiten! Jeder, der Lust zum nationalen Leben habe, müsse unter dem Volke arbeiten, damit die Wiedergeburt des Volkes sich bald vollziehe.

von Mieczkowski dankte dem Redner hierauf für seinen Vortrag. Er hoffe, daß alle nach den ihnen gewiesenen Grundsätzen fortan arbeiten würden. Nachdem er den Versammelten für ihr Erscheinen und für ihre Ausdauer gedankt hatte, schloß er sodann die Versammlung um $5^1/_4$ Uhr nachmittags.

Augustini,
Polizeiassessor.

Bericht
über den Verlauf der am 3. Mai 1908 im Szuprzytowski'schen Saale zu Bromberg abgehaltenen öffentlichen polnischen Versammlung.

Posen, den 4. Mai 1908.

Die von dem polnischen Wahlkomitee in Bromberg einberufene Versammlung, welche von etwa 500 Personen, zumeist Arbeitern, besucht war, wurde kurz vor 1 Uhr von dem praktischen Arzt Dr. **Biziel** eröffnet und geleitet:

Biziel richtete an die Erschienenen folgende Ansprache:

Liebe Landsleute! Wie bereits durch die Presse bekannt gegeben, solle heute hier in der Hauptsache über die Enteignung und das Verbot des Gebrauchs der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen verhandelt werden. Nach zwei Wochen werde eine Wählerversammlung stattfinden zwecks Stellungnahme zu den Landtagswahlen.

Nur noch wenige Tage, dann werde es den polnischen Bürgern in Bromberg nicht mehr gestattet sein, in öffentlichen Versammlungen in ihrer Muttersprache zu reden. Bei der nächsten Zusammenkunft werde man gewissermaßen den letzten Rest der Freiheit zu Grabe tragen. An diesem Begräbnistage aber werde sich — und das sei der Trost der Polen — noch keineswegs der Grabhügel über dem polnischen Gedanken wölben. Seit langer Zeit schon drohe dem Polentume Vernichtung immer wieder dringe das Totengeläut an seine Ohren, doch es denke gar nicht ans Sterben; die Lust und Kraft zu weiterem Leben erhöheten sich von Tag zu Tag. Die Enteignung und das Sprachenverbot seien die jüngsten gegen die Existenz des polnischen Volkstums gerichteten Anstrengungen. Durch das Enteignungsgesetz solle der polnische Mann gezwungen werden, seine zukünftige Stätte unter den Fremdlingen zu suchen, der Sprachenparagraph solle die Germanisierung unterstützen.

Jammern und klagen höre man aus dem Munde von Tausenden; aber nicht das letzte Wehgeschrei sei es, die Schläge hätten ihr Ende noch nicht erreicht, denn das preußische System werde bei den jüngsten Ausnahmegesetzen keineswegs stehen bleiben.

Nicht alle Deutschen hießen die Bedrückung der Polen gut, es gebe viele rechtschaffene und edeldenkende unter ihnen, aber darauf könne man sich nicht verlassen, man müsse daran denken, daß der größte Teil derselben die Bestrebungen der Regierung unterstütze. Die Zukunft drohe noch schlechter zu werden. Im Westen habe neuerdings eine Gemeinde eine Begräbnisordnung beschlossen, nach welcher es verboten sei, polnische Inschriften auf Grabdenkmäler anzubringen. Ein Paragraph nach dem anderen ergieße sich über die Häupter der Polen, und es scheine fast, als sei ihr Untergang nahe herbeigekommen.

Alle Anstrengungen der Feinde seien vergeblich, sie befänden sich im Irrtume, wenn sie meinten, dem Dasein des polnischen Volkes den Garaus zu machen. Man habe auf gegnerischer Seite geglaubt, daß die Germanisierung recht schnell von statten gehen würde, weil es den Polen an der nötigen Aufklärung mangele. Weit gefehlt! Das System der Vernichtung sei doch nicht neu; schon seit 1000 Jahren ergieße sich die deutsche Sturmflut über das Slawentum — und doch habe man's nicht aus der Welt schaffen können. Er, Redner, erinnere zunächst an den der Allgemeinheit bekannten geschichtlichen Werdegang der Germanisierungsbestrebungen bis zur letzten Teilung Polens, wie man von der Zeit ab bestrebt gewesen sei, die Polen in immer schnellerem Tempo zu germanisieren und wie nunmehr zu diesem Zwecke ein Ausnahmegesetz dem anderen folge.

Alle Anstrengungen der Gegner seien erfolglos, nichts könne die Standhaftigkeit des nationalen Geistes der Polen zerstören. Der heutige Tag, der 3. Mai, weise auf die nationale Wiedergeburt des polnischen Volkes hin. Nicht Revolution, nicht Blutvergießen hätten die Konstitution zuwege gebracht, sondern Opferwilligkeit, sie sei ein Werk des Friedens und des politischen Verständnisses der führenden Volksschicht, die gutwillig auf einen Teil der ihr zustehenden Privilegien zum Vorteile der Gesamtheit verzichtet und so Millionen neuer Bürger des Vaterlandes geschaffen habe. Der nationale Geist der Polen habe sich geläutert, das Schlechte habe man abgestreift, der gesunde Kern sei geblieben. An dieser geistigen Gesundheit prallten alle Ausnahmegesetze ab, — auch die letzten nehme man mit größter Ruhe hin, und in dieser Ruhe liege die Zukunft des polnischen Volkes!

Auf der vom Versammlungsleiter bekannt gegebenen Tagesordnung standen folgende Punkte:

1. Eröffnung.
2. Vorträge.
3. Diskussion.
4. Annahme einer Resolution.

Zu Punkt 1: erledigt.

Zu Punkt 2: **Redakteur Teska** erhielt das Wort zu folgenden Ausführungen:

Liebe Brüder! In der gegenwärtigen Zeit sei Gewalt, Rechtlosigkeit, Falschheit und Lüge an der Tagesordnung. Im Gegensatze zu der früheren Gerechtigkeit verkündige man auf seiten der Hakatisten die Losung: „Gewalt vor Recht!" Das polnische Volk stehe im Zeichen der Leiden und Bedrückung, wie seiner Zeit die Christen; es gehe ihm wie diesen, je mehr man es bedrücke, desto lebensfähiger würden die Ideen, für die es einstehe. Aus der Tatsache, daß die alten heidnischen Herrscher nicht imstande gewesen seien, die christliche Idee zu ertöten, gehe hervor, das auch die polnische Nationalität, für die das von Gott geschaffene Volk kämpfe, nicht werde vernichtet werden können; solches könne kein Herrscher, kein Bülow zuwege bringen. Man möge die schrecklichsten Ausnahmegesetze schmieden, über die sich die ganze Welt entrüste, durch welche die polnischen Kinder germanisiert, den Alten der Mund geschlossen, die väterliche Erde unter den Füßen weggenommen werden solle: den polnischen Gedanken werde man niemals aus den Herzen der Bedrückten verschwinden machen. Weil die Feinde des Polentums wüßten, daß der polnische Gedanke mit der polnischen Erde eng verbunden sei, hätten sie sich zunächst bemüht, die Polen zum Veräußern des Bodens zu veranlassen. Weil ihre Bemühungen nur ganz geringe Erfolge gezeitigt, seien sie zu dem Gewaltmittel der Enteignung übergegangen; aber auch das werde ihnen nicht viel nützen. Die Gewalttat der Feinde sei das Resultat ihrer Kraft. Die Preußen seien Spezialisten in der Bedrückung, bei ihnen gehe Gewalt vor Recht von jeher. Als Polen geteilt worden sei, habe man den polnischen Grundbesitz in Westpreußen ausgekauft, heute gehe man zu dieser Praxis auch hier über. Nicht allein an das Polentum wagten sich die Feinde, sondern auch an den katholischen Glauben; gleichen Schritt mit der Germanisierung halte die Protestantisierung. Nachdem man zu der Überzeugung gekommen sei, daß die Germanisierung zu langsam fortschreite, die ersten und zweiten 100 Millionen den gewünschten Erfolg nicht gezeitigt hätten, habe man 250 Millionen zum Ankaufe polnischen Grundes und Bodens bereit gestellt. Aber auch diese Summe sei aufgebraucht, und im vergangenen Herbste habe die Ansiedlungs-Kommission schon auf Kredit gewirtschaftet.

Das alles trage immer noch den Schein des Rechten, denn es sei niemandem etwas mit Gewalt genommen worden. Nachdem von den in moralischer Beziehung minderwertigen Elementen Land nicht mehr zu haben gewesen sei, habe man seine Zuflucht zu dem Enteignungsgesetz genommen, um so das Polentum sicher zu vernichten. Dieses Gesetz sei das allerschrecklichste, in der ganzen Welt sei kein ähnliches zu finden, nicht einmal die Wilden würden sich zu derartigen Dingen versteigen. Diese Ehre gebühre einzig und allein den Preußen; nur bei ihnen heiße gewaltsames Enteignen Recht. Zu kulturellen Zwecken hätten sie kein Geld, wohl aber, wenn es gelte, der Gewalt Vorschub zu leisten, ungeachtet der enormen Verschuldung des Staates. Wenn ein Privatmann so wirtschafte, wie der preußische Staat, dann stelle man ihn unter Kuratel. Wenn es sich bei

den Preußen um die Bedrückung der Polen handle, seien stets Mittel bereit dazu. Das sei die Politik eines bösen Gewissens, und diese Politik werde seit der Zugehörigkeit des polnischen Landesteiles zu Preußen betrieben.

Was solle er, Redner, noch weiter Worte verlieren über das furchtbarste Gesetz aller Gesetze, das die ganze Welt und nicht minder auch die rechtlich denkenden Deutschen verurteilten.

Die polnischen Abgeordneten hätten mit größter Energie gegen das Unrecht der Enteignung protestiert, doch vergeblich. Nicht nur gegen alle menschliche Gerechtigkeit richte sich die gewaltsame Wegnahme der väterlichen Scholle, sondern auch gegen Gottes Gebote.

Die Feinde wüßten wohl, daß sie die Polen aus ihrem Lande treiben, daß sie ihnen die Existenz, das letzte Stücklein Brot nehmen könnten, aber es liege nicht in ihrer Macht, dem polnischen Volke das Vaterland aus dem Herzen zu reißen.

„Das ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären." — Eine Folge des Enteignungsgesetzes sei das Sprachenverbot; durch dieses wolle man eine gewisse Sicherheit für die Germanisierung haben. Das deutsche Parlament sei ehedem stets gegen die Gewalt und Rechtlosigkeit eingetreten. Als es sich um das Sozialistengesetz gehandelt habe, habe man dagegen protestiert mit der Begründung: Ausnahmegesetze dürften nicht geschaffen werden. Heute wehe auch im Reichstage schon ein anderer Wind. Seitdem daselbst die Krämer, die Juden ihren Einzug gehalten hätten, lasse auch das Gerechtigkeitsgefühl nach; für ein Linsengericht hätten sie sich kaufen lassen und damit einverstanden erklärt, daß nach zwanzig Jahren die polnische Sprache vollständig beseitigt würde. In Bromberg werde es nach dem 3. Juni nicht mehr gestattet sein, in öffentlichen Versammlungen polnisch zu verhandeln. Die heutige Versammlung sei die vorletzte dieser Art. Das habe die polnische Gesamtheit den Juden und Herren Bürgermeistern zu verdanken.

Könige und Minister hätten das Versprechen gegeben, für die Wahrung der nationalen Eigentümlichkeiten der Polen einzustehen. Dieses Versprechen werde nun nicht mehr gehalten, angeblich deshalb nicht, weil die Polen Verschwörer seien und danach trachteten, sich von Preußen loszureißen. Sei es in der Tat so? Nein und nochmals nein! Mit Falschheit und Lüge operierten die Hakatisten, und darauf stützten sich alle Ausnahmegesetze.

Das Empfinden der Preußen sei mit der Zeit so getrübt worden, daß sie Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit nicht mehr unterscheiden könnten. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die Zukunft noch schlimmere Gesetze bringen werde; es müsse aber all' diesem Treiben doch auch einmal eine Grenze gesetzt werden, dafür werde Gott sorgen. Das Polentum sei der festen Zuversicht, daß sich der bewölkte Himmel aufklären werde. Hier heiße es nur, den Mut nicht zu verlieren, die nationale Fahne hochzuhalten, sie zu verteidigen. Das werde sicher geschehen. Habe das polnische Volk doch für fremde Fahnen sein Blut vergossen, weshalb sollte es nicht bereit sein, für die nationale Standarte seine volle Kraft einzusetzen! Es gebe so viel Polen, als polnische Herzen in ihm schlügen!

Arbeiter **Laczkowski:** Der heutige Tag sei für das polnische Volk gleichsam ein Heiligtum. Aus der Konstitution habe ihm die Freiheit entgegengeleuchtet. — Er, Redner, hätte gewünscht, an diesem Tage auf der Welt gewesen zu sein. — Die Vorsehung habe es anders gewollt. Länger als hundert Jahre schon befänden sich die Polen in der Knechtschaft. Man habe sich bemüht, sie zu vernichten, die Regierung behandele sie immer stiefmütterlicher. Das sei der Dank dafür, daß die polnischen Krieger für Preußen und Deutschland ihr Leben gelassen hätten. Heute zahle man ihnen mit harten Ausnahmegesetzen, trachte danach, sie aus ihrem eigenen Lande zu verdrängen. Die polnischen Untertanen erfüllten trotz aller Bedrängnis ihre Pflichten gegen den Staat, wenn man ihnen aber die Sprache nehmen wolle, dann müßten sie sich dagegen sträuben. Bei ihren Kleinen sollten sie ihr Verteidigungswerk beginnen, ihnen polnische Fibeln in die Hand geben, die deutschen „bilye" (Bücher?) aber ins Feuer werfen. Die polnische Sprache dürfe nicht verloren gehen, sie müsse ewig bestehen bleiben.

Wie ungerecht behandele die väterliche Regierung die polnischen Kinder, wenn sie von ihnen verlange, dem Unterricht in einer Sprache zu folgen, die sie nicht verstünden. Die Folgen einer so verkehrten Erziehung blieben denn auch nicht aus; Diebe und Lumpen gebe es in großer Zahl.

Das polnische Volk solle alle die harten Schläge mit Geduld ertragen und in Einmütigkeit zusammenstehen. Nur heute noch sei es der polnischen Gesamtheit in Bromberg gestattet, all' ihre Klagen und Leiden in der Muttersprache zum Ausdruck zu bringen. Nach dem 3. Juni werde man höchstens noch im eigenen Heim sich gegenseitig unter Freunden und Bekannten trösten können; mehr als zwei oder drei würden sich aber auch da nicht versammeln dürfen, denn das Auge des Gesetzes werde strenge Kontrolle darüber ausüben.

Nur eine Quelle noch sei dem polnischen Volke übrig geblieben. Die Vereine. In den Vereinsversammlungen werde es erlaubt sein, in der Muttersprache zu verhandeln. Von diesem Rechte ausgiebigsten Gebrauch zu machen, müsse alsdann Pflicht eines jeden polnischen Mannes sein. Der polnische Arbeiter und Handwerker finde hier Gelegenheit, dem polnischen Berufsverbande beizutreten, in dieser Vereinigung werde ihm Hilfe gebracht in Krankheitsfällen und bei Arbeitslosigkeit, da würden auch seine nationalen Interessen gewahrt.

Dr. **Warminski:** Zu einer traurigen Angelegenheit habe sich die Bromberger Gesamtheit hier zusammengefunden. Traurigkeit leuchte aus jedem einzigen Auge. Alles sehe sich verwundert an und frage: Wo solle man sich verstecken, wo Rettung suchen vor all' den harten Schlägen, den vielen Unbilden? Die polnische Erde, die so viele Herzen berge, sie stehe verlassen, arm da. Ihr einstmals so heiterer weißer Adler — er habe sich ins Versteck begeben, keines Sterblichen Auge sehe ihn trotz allen Ausschauens, trotz aller Erwartung. Doch niemand dürfe den Mut verlieren, keiner die Hoffnung auf bessere Zeiten aufgeben. Das polnische Volk solle auf Golgatha blicken. Wie der Erlöser auferstanden sei, so werde auch das polnische Volk hier wieder auferstehen. So lange es noch polnische Herzen gebe, könne die polnische Sache nicht verloren gehen.

Nichts als Geduld, viel Geduld sei nötig. Nach der Zeit der Buße werde die Morgenröte eines besseren Augenblickes erstrahlen. Alle Schläge und Unbilden, von denen die Gesamtheit bis jetzt betroffen worden sei, seien vorübergegangen, immer noch seien die Polen da, lebensfähiger und selbstbewußter als vorher. Wie heldenhaft sie ihre Sache zu verteidigen verstünden, das beweise ja am deutlichsten der Schulstreik, selbst die Kleinen hätten ihre Verteidigung so geführt, daß sich die Alten ihrer nicht zu schämen brauchten. Die Kraft und Ausdauer der Polen bei Verteidigung ihrer hei-

ligsten Güter werde ihnen von oben her, von der Königin der polnischen Krone gegeben, die heilige Mutter nehme sich auch weiterhin ihres Volkes an und werde ihm gewiß zum Siege verhelfen.

Seit über 100 Jahren befinde sich das polnische Volk in der Knechtschaft und erwarte sehnsüchtigst die Befreiung des in Ketten gebundenen weißen Adlers. Die Konstitution habe eine bessere Zukunft in Aussicht gestellt, doch es sei anders gekommen. Den Intriguen der preußischen Könige seien die Polen zum Opfer gefallen. In Rußland seufzeten die Landsleute unter der Wucht der „Nagajka", in dem Staate der Ordnung und Gottesfurcht seien die Martern noch schlimmer. Nicht die Teilung des polnischen Reiches genüge den Feinden, eine ewige Kette von Opfern und Leiden sei hier zu finden. Der letzte Schlag, die Enteignung, sei einer der härtesten, er schreie nach Rache zum Himmel. Die väterliche preußische Regierung kenne kein Erbarmen über die Polen. Im preußischen Staate genieße das Vieh mehr Rechte als der Mensch. Im Angesichte dieses Unrechts, der Verzweiflung habe sich Chruszcz hinreißen lassen, einen Gendarm zu töten und dann Selbstmord zu begehen.

Das polnische Volk trage die Dornenkrone nicht umsonst, es verstehe seine Leiden, schare sich zusammen und verteidige seine Rechte ohne Unterschied des Standes. Die Teilung des Vaterlandes habe dem Polentum den Hals nicht gebrochen, voller Zuversicht blicke es einer besseren Zukunft entgegen. Der Kulturkampf sei zwecklos vorübergegangen, die Anstrengungen der Ansiedlungskommission seien an der Brust des Polentums zurückgeprallt. Durch den berühmten § 7 des Vereinsgesetzes wolle man 3 Millionen Bürgern den Mund stopfen. Trotz alledem dürfe man den Mut nicht sinken lassen, den Nacken nicht beugen. Die Gelegenheit zum Aufraffen sei da, in der Wahlzeit könne der polnische Geist gehärtet werden. Daher rufe er den Landsleuten zu: hoch die Herzen, vorbereitet für eine bessere Zukunft!

Es gebe so viel polnisches Land, als polnische Herzen in ihm wohnten. Wenn es den Brüdern an der polnischen Erde fehlen werde, dann würden die geliebten heimatlichen Fluren mit ihren lieblichen Blumen, dem Gesange der Vöglein wenigstens in der Erinnerung eines jeden fortleben. Der Anblick der Fremdlinge, der Kolonisten werde dem Polentume von der preußischen Gewalt erzählen. So mögen die Feinde denn alles nehmen, das Vaterland könnten sie den polnischen Herzen doch nicht entreißen — und darin liege die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Von jetzt ab müsse das polnische Vaterland das polnische Haus sein. Wer dieses liebe, schaffe sich selbst das polnische Paradies. Überall und immer ertöne die polnische Sprache, das polnische Lied! Man versammle sich am häuslichen Herde, erinnere sich der ruhmreichen polnischen Vergangenheit und bilde an dem Beispiele der großen Helden wahre polnische Charaktere. Dann werde wieder Freude auf den polnischen Gesichtern erstrahlen, dann werde das polnische Haus eine mächtige Feste werden, an der alle feindlichen Anstürme zerschellen würden.

Was für die Einzelnen das Haus sei, sollten für die Allgemeinheit die Vereine werden. Niemand versäume es, sich rechtzeitig mit den Waffen der Verteidigung zu versehen; mit einer guten Zeitung, mit guten Büchern. Die Presse besitze eine gewaltige Macht, sie stehe auf der nationalen Wacht und verteidige, schütze die Leser vor dem nationalen Untergange. So lange noch rechtschaffene Leute an ihrer Spitze stünden, sei sie das allerbeste Mittel zur Aufklärung. So lange das polnische Haus seine Pflichten in nationaler Beziehung erfüllen werde, könne die polnische Sache niemals zuschanden werden. Die polnische Seele lasse sich mit Gewalt nicht töten, Polen werde nie verloren gehen! (Lebhafter Beifall.)

Zu Punkt 3: Der Versammlungsleiter eröffnete hierauf die Diskussion und erteilte zunächst das Wort einem gewissen **Rzepka**, welcher kurz folgendes ausführte:

Vielleicht zum letzten Male habe man Herrn Dr. Warminski hier reden hören. Eine traurige Kunde durcheile in der letzten Zeit die Stadt; der geschätzte Redner beabsichtige Bromberg zu verlassen. Das Polentum werde ihn sehr vermissen, er habe sich seiner Landsleute mit voller Hingebung angenommen, in keiner Versammlung habe er gefehlt. Die herzlichsten Wünsche aller mögen den Scheidenden begleiten.

Schmied **Szczechowski:** In der letzten Zeit sei im Dziennik Bydgoski der Vorwurf erhoben worden, daß die Strasch zu wenig wirke. Er müsse das ganz entschieden zurückweisen. Herr Dr. W. habe alles getan, was in seinen Kräften stehe. Eine Straschversammlung sei nicht abgehalten worden, weil sich die Wirte geweigert hätten, ihre Lokale dazu herzugeben; durch die Agitation von Haus zu Haus lasse sich nur wenig erreichen. Wenn der Redakteur des Dziennik Bydgoski besser informiert wäre, dann würde er es unterlassen haben, seine Bosheit in dieser Weise gegen Dr. W. auszulassen. Der Vorredner habe darauf hingewiesen, daß Dr. W. Bromberg verlassen wolle. Im Dziennik Bydgoski sei eine Notiz erschienen, in der es heiße: W. mache sich aus dem Staube. So etwas sei ungehörig, ein Ausdruck, der eher in die Kneipe passe, als in ein Blatt.

Dr. **Warminski:** In Bromberg schlafe die Strasch. Er wolle als Schuldiger den Vorwurf hinnehmen, könne aber nicht davon absehen, sich dieserhalb zu rechtfertigen. Nachdem Dr. Englich sein Amt niedergelegt und den Geistlichen nicht mehr gestattet worden sei, sich an den Bestrebungen der Strasch zu beteiligen, habe er es versucht, seine Kraft für die gute Sache einzusetzen. Alle Mühe sei vergebens gewesen, eine Versammlung habe nicht abgehalten werden können. Die Verteilung von 3000 Flugschriften habe auch wenig geholfen, nur 4 Mitglieder seien dadurch gewonnen worden. Die Sache werde sich zum Besseren wenden, sobald die polnischen Vereine in ihren Saal einziehen würden. Er ersuche die Anwesenden, bei dieser Gelegenheit für das neue Unternehmen außergewöhnliche Beiträge zu opfern und dabei recht tief in die Tasche zu greifen.

Redakteur **Rakowski**-Graudenz erging sich in längeren Ausführungen über die Notwendigkeit des guten Einvernehmens zwischen Lesern und Presse, wies auf die Befolgung der Losung „Jeder zu dem Seinen" hin, appellierte an die Eltern, die Kinder im national-polnischen Sinne zu erziehen und wünschte den Landsleuten in Bromberg bei der energischen Verteidigung ihrer „bedrohten" nationalen Güter guten Erfolg.

Laczkowski forderte die Anwesenden zum Besuche der um $5^1/_2$ Uhr im Musielewiczschen Saale tagenden Versammlung des polnischen Berufsverbandes auf.

Zu Punkt 4: Dr. **Biziel** verlas die nachstehende Resolution:

„Die in der heutigen Versammlung anwesenden Polen geben ihrer Überzeugung Ausdruck, daß das Enteignungsgesetz und das Sprachengesetz den angeborenen Rechten der Völker, sowie den christlichen Grundsätzen zuwiderlaufe;

sie erklären, daß sie das Unrecht, welches ihnen durch alle Ausnahmegesetze, die mit der durch die Konstitution gewährleisteten Gleichberechtigung im Widerspruche stehen, tief und schmerzlich empfinden;

sie erklären ferner, daß sie ihre Kinder in der polnischen Sprache unterrichten und im nationalen Geiste erziehen, daß sie einmütig und eifrig an ihrer wirtschaftlichen Entwickelung arbeiten, daß sie durch Verbreitung der Aufklärung um den Fortschritt ihrer Kultur bemüht sein, daß sie auf diese Weise ruhig und in loyalen Grenzen, aber ausdauernd und standhaft ihre ihnen angeborenen, durch die Konstitution gewährleisteten Rechte verteidigen werden."

Zum Schlusse führte Dr. **Biziel** folgendes aus: Hannibal sei als Knabe von seinem Vater an den Altar geführt worden, dort habe er den Römern ewige Feindschaft schwören müssen. Auch die polnischen Eltern sollten in ähnlicher Weise ihre Kinder zum Schwören veranlassen. Dieser Schwur solle sich aber nicht auf die Feindschaft gegen die Deutschen beziehen, nein, die Kleinen sollten schwören, das polnische Vaterland ewig zu lieben. Diese Liebe solle das A und das O des Polentums sein.

Darin liege die Kraft der Verteidigung der bedrohten nationalen Güter. In diesem Sinne schließe er die Versammlung und fordere die Anwesenden auf zu rufen:

Es lebe die polnische Erde!
Es lebe die polnische Sprache!
Es lebe das polnische Volk!

Schluß der ruhig verlaufenen Versammlung um 3¼ Uhr.

Böhmer,
Kriminal-Kommissar.

Bericht
über den Verlauf der am Sonnabend, den 2. Mai d. J. abgehaltenen Generalversammlung des polnischen Literaten- und Journalistenvereins im Deutschen Reiche.

Posen, den 3. Mai 1908.

In Abwesenheit des Vereinsvorsitzenden, Rittergutsbesitzers J. v. Koscielski eröffnete der Redakteur Chociszewski abends 9 Uhr die von 16 Vereinsmitgliedern besuchte Versammlung und verlas die nachstehende Tagesordnung:

1. Verlesen des Protokolls über den Verlauf der letzten Vierteljahrs-Versammlung;
2. Wahl von 4 Vorstandsmitgliedern;
3. Rechenschaftsbericht des Vereinskassierers.
4. Beschlußfassung über die Stellungnahme des diesseitigen Literatenvereins zu dem in Berlin stattfindenden internationalen Kongreß der Vertreter der Presse;
5. Anträge und Schluß der Versammlung.

Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen und hierauf zum Vorsitzenden der Konsistorial-Syndikus Dr. Mizerski gewählt.

Punkt 1. Der Vereinsschriftführer, Redakteur Gozdziewicz vom Kurjer Poznanski, verlas den Rechenschaftsbericht über den Verlauf der letzten Generalversammlung, gegen dessen Inhalt die Versammelten nichts einzuwenden hatten. Aus dem Berichte ging hervor, daß die Anzahl der Vereinsmitglieder am Schluß des vorigen Jahres 68 und am 1. Mai d. J. 67 betragen habe. Ein Mitglied sei ausgeschieden.

Punkt 2. An Stelle der satzungsmäßig ausscheidenden 4 Vorstandsmitglieder wurden gewählt: die Redakteure Gordziewicz, Chociszewski, Joseph Klos (Präbendar) und Kaufmann Karl Rzepecki-Posen.

Punkt 3. Aus dem vom Vereinskassierer Martin Biedermann verlesenen Kassenberichte ging folgendes hervor:

Am 31. Dezember 1907 betrug

die Einnahme	3939,34 M.
„ Ausgabe	1705,87 „
Rest	2233,47 M.
Überschuß aus dem Vorjahre	1227,38 „
Summe	3460,85 M.

Am 1. Mai 1908 betrug die

Einnahme	1045,40 „
die Ausgabe	200,10 „
Rest	845,50 M.
das Vereinsvermögen beträgt demnach	4306,35 „

Hiervon sind 4200 M. in der Bank von Pernaczynski und Kratochwill hierselbst zinsbar angelegt.

Punkt 4. Der Vorsitzende teilte mit, daß im September d. J. ein internationaler Kongreß der Vertreter der Presse in Berlin stattfinden werde, und es sei hier darüber Beschluß zu fassen, ob sich auch die Vertreter der polnischen Presse daran beteiligen sollen.

Der inzwischen erschienene Vereinsvorsitzende v. Koscielski erklärte, daß er unbedingt für die Beteiligung sei. Er habe vor vielen Jahren in London einem derartigen Kongresse beigewohnt und sich überzeugt, daß man bei dieser Gelegenheit nicht nur viel lernen, sondern auch seiner eigenen Nation nützen könne. Allerdings sei das Terrain in diesem Jahre nicht so sympathisch, wie damals in London, doch auch hier in Berlin könnte man durch persönliche Aussprache, durch direkte Beantwortung von Fragen, namentlich hinsichtlich der gegen die Polen gerichteten Ausnahmegesetze, mehr erreichen, als durch Enqueten, Zeitungsartikel usw. Über das Enteignungs- und das neue Vereinsgesetz habe er vor einigen Tagen einen längeren informatorischen Artikel für die englische, italienische und französische „Revue" geschrieben und hoffe, nächstens den Korrekturbogen, um dessen Übersendung zur Vermeidung von etwaigen Ungenauigkeiten er gebeten habe, zu erhalten. Es sei nicht ausgeschlossen, daß der Artikel bei einer eventuellen Erörterung der polnischen Frage in dem Kongresse von Nutzen sein könnte.

Das Vereinsmitglied Palendzki (ehemaliger Rechtsanwalt in Danzig) erklärte sich ebenfalls für die Beschickung des Kongresses. Was würde wohl, bemerkte er, die Welt dazu sagen, wenn die Polen dort fehlten. Sie würde sie für Hinterwäldler halten und glauben, daß sie doch auf einer niedrigen Kulturstufe ständen. Die polnischen Vertreter der Presse brauchten sich vor Unannehmlichkeiten nicht zu fürchten; sollten dort Toaste auf den Kaiser ausgebracht werden, so müßten sie allerdings mit einstimmen, das schadete aber niemandem etwas. Die Deutschen seien im vorliegenden Falle die Wirte, es erheische schon der gesellschaftliche gute Ton und die hergebrachte Sitte, daß auf den Monarchen ein Hoch ausgebracht werde.

Der Reichstagsabgeordnete Rechtsanwalt v. Dziembowski bemerkt, daß die Franzosen und Engländer den Deutschen ebenfalls keine große Liebe entgegenbrächten, und doch würden sie auf dem Kongresse ihre Vertreter haben und sich den ortsüblichen Formen und

Gebräuchen anpassen. Er bitte, dem Kongresse nicht fernzubleiben.

Der Redakteur des Orendownik Dr. Seyda legt darauf Gewicht, daß auch die polnischen Journalisten und Literaten der beiden anderen Teilungsmächte über ihre Stellungnahme zu der Beteiligung an dem Kongresse befragt werden müßten. Die Polen bildeten doch ein geschlossenes Ganzes und dürften nicht vereinzelt vorgehen. Er stelle deshalb den Antrag, bevor ein endgültiger Beschluß über die Beschickung des Kongresses gefaßt werde, noch die polnischen Literatenvereine in Warschau und Lemberg zu hören.

Kaufmann Rzepecki tritt für die Beteiligung seitens des Posener Literatenvereins auch in dem Falle ein, daß sich die Vereine in Warschau und in Lemberg dagegen erklären sollten.

Die hierauf von dem Vorsitzenden angeordnete Abstimmung ergab, daß der von Dr. Seyda gestellte Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen wurde. Über die Beteiligung an dem Kongresse werde in einer der nächsten Monatsversammlungen Beschluß gefaßt werden.

Punkt 5. Wegen vorgerückter Stunde wurde von der Stellung von Anträgen Abstand genommen und die Versammlung kurz vor 12 Uhr nachts geschlossen.

Portaszewicz,
Königl. Polizei-Inspektor.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 99 des Kurjer Poznański (Posen) vom 29. April 1908:

Bezüglich der Auswahl der Kandidaten für den Landtag

meint der Kurjer u. a.:

..... Die Auswahl der Kandidaten und der künftigen Abgeordneten, aus denen die künftige Landtagsfraktion sich zusammensetzen wird, liegt in der Hand der Wähler. Es könnte scheinen, daß diese Frage einfach sei, von allen in gleicher Weise aufgefaßt werde und keiner näheren Erläuterung bedürfe. Die Vorkommnisse in den letzten 6 Monaten belehren uns jedoch, daß man sie in tiefere Erwägung ziehen muß. Es haben sich in dieser Zeit im Schoße unserer Volksgesamtheit bestimmte politische Strömungen mit der ausgesprochenen Tendenz, sich zu formieren und zu organisieren, bemerkbar gemacht. Es haben sich zwar nicht zahlreiche, aber ziemlich einflußreiche Elemente gefunden, die mit dem Moment der Bekanntgabe des Enteignungsprojektes neue Wege für die nationale Kollektivpolitik zu suchen begannen, um ihr eine von der gegenwärtigen etwas abweichende Richtung zu geben. Man versuchte, die gegenwärtige politische Front unserer Kollektivverteidigung, die gegenwärtige Stellung der polnischen Gesamtheit zum preußischen System zu ändern. Mit seinen Einflüssen reichte man soweit, daß sogar einer der Abgeordneten in der Landtagskommission schon die Bildung einer sogenannten konservativen Partei ankündigte, welche die Grundlage — für ein einträchtiges Zusammenleben der Deutschen mit den Polen abgeben könnte.

Es würde von einem sehr schwach entwickelten politischen Sinn, von einer gewissen geistigen Verschlafenheit, sogar von dem Leichtsinn der Volksgesamtheit zeugen, sollten die Wähler im Großherzogtum oder in Westpreußen, wenn sie in den Wählerversammlungen zum Aufstellen der Abgeordnetenkandidaten schreiten, das, was in den letzten Monaten vorgegangen ist, bagatellisieren und außer Acht lassen.....

..... Mögen die Wähler bei der Aufstellung der Kandidaten alle Kräfte vor allem nach der Richtung hin anstrengen, auf die Kandidatenliste absolut keine solchen Persönlichkeiten zuzulassen, welche nicht die völlige Bürgschaft dafür bieten, daß sie keiner zweideutigen Politik zuneigen werden, die einerseits ängstlich und schwankend ist und sich andererseits in dem Suchen trügerischer Wege zur Regulierung des sogenannten — einträchtigen Zusammenlebens der Polen mit den Deutschen verliert.

In der Provinz werden, wie man uns informiert, gegenwärtig in engeren Kreisen Beratungen über die Kandidatenauswahl gepflogen. Schon jetzt spielen unter Beobachtung der erforderlichen äußeren Formen verschiedene Motive und Rücksichten dabei eine Rolle. Man kann nicht voraussehen, wo und welche Kandidaturen infolge dessen auftauchen werden. Mögen unsere völkischen und demokratischen Elemente demgegenüber die erforderliche Vorsicht und Wachsamkeit beobachten! Mögen sie sich in den Wählerversammlungen nichtentsprechende Kandidaten nicht aufdrängen lassen!

Wir wenden uns vor allem an die Intelligenz — sowohl an die städtische wie auch an die ländliche — daß sie sich gut informiere, rechtzeitig eine rührige Agitation entfalte und darauf achte, daß auf die Kandidatenliste kein Kandidat gesetzt werde, der entweder von seiner zweideutigen schwankenden Politik her bekannt oder von Leuten vorgeschoben ist, die sich mit dieser Politik noch den Kopf verdrehen.

Die Intelligenz in Stadt und Land nimmt vor der Nation eine große Verantwortung auf sich für die Auswahl der Kandidaten und die künftige Zusammensetzung der Landtagsfraktion. Sie wird in erster Linie verantwortlich sein für die Zukunft der nationalen Kollektivpolitik, ob diese in der Volksgesamtheit und in beiden Fraktionen von Fall zu Fall dem Schwanken und irreleitenden Täuschungen unterworfen sein, oder ob sie eine feste Richtung annehmen wird, wie sie aus unserer ganzen Lage resultiert und psychologisch sogar unerläßlich ist, damit unser Element in den gegenwärtigen Bedrängnissen Glauben an sich und Sicherheit gewinnt.

Wir meinen, daß die Intelligenz ihrer bürgerlichen Verantwortung sich voll bewußt ist, daß sie ein guter Berater und Führer der Wähler aus den Volkskreisen sein und in den Wählerversammlungen ihre nationale Pflicht erfüllen muß.

Aus Nr. 100 des Postęp (Posen) vom 30. April 1908:

Achtung, Wähler!

Man teilt uns aus glaubwürdiger Quelle mit, daß für den Wahlkreis Kosten-Schmiegel-Grätz-Neutomischel seitens der Wahlkomitees als Kandidaten für den preußischen Landtag die Herren v. Turno-Objezierze und der Abgeordnete Rechtsanwalt v. Dziembowski aus Posen aufgestellt werden sollen. Diese Entscheidung sollen die Delegierten der Kreiskomitees in der vorgestern in Posen abgehaltenen gemeinsamen Sitzung getroffen haben. Es waren 12 Delegierte erschienen. Wir sind neugierig, ob die Wahlkomitees der betreffenden Kreise mit diesen Kandidaten hervortreten werden. Augenscheinlich haben die Komiteedelegierten, indem sie diese beiden Kandidaturen aufstellten, mit den Stimmen der Wähler nicht gerechnet, deren Mehrheit unter keiner Bedingung mit solchen Kandidaten einverstanden sein wird.

Wähler, seid wachsam und lasset die Wahl dieser beiden Kandidaten nicht zu! Es scheint mithin, daß es ohne Wahlkämpfe bei der Aufstellung der Kandidaturen nicht abgehen wird. Auf keinen Fall können die Wähler

mit diesen oder ähnlichen Kandidaturen einverstanden sein. Die ganze Sache wurde im tiefsten Geheimnis beschlossen, doch verlautbarte sie gleichwohl.

In derselben Angelegenheit schreibt der Kurjer Poznanski in Nr. 101 vom 1. Mai:

..... „Die Nachricht des Postemp stimmt genau mit unseren Informationen überein. Wenn es sich so verhält, so müßten wir die Entscheidung der Delegierten der Kreiswahlkomitees lebhaft bedauern und zwar aus dem Grunde, weil eine solche Kandidatenliste in dem betreffenden Wahlkreise einen leidenschaftlichen Wahlkampf, und in der ganzen Volksgemeinschaft Erbitterung und Entzweiung hervorrufen müßte. Mögen sich die maßgebenden Faktoren das wohl überlegen, ehe sie für diesen Wahlkampf und für diese Erbitterung und Entzweiung die Verantwortung auf sich nehmen!

Hier handelt es sich nicht um die Frage der konservativen oder demokratischen Grundsätze. Wir stehen entschieden auf demokratischer Grundlage, aber wir wünschen uns keineswegs eine einseitige Volksvertretung. In diesem Falle handelt es sich jedoch um etwas anderes.

Herr v. Turno aus Objezierze, dessen bürgerliche Tugenden wir nie angezweifelt haben, hat in seiner aus Anlaß des Enteignungsgesetzes verfaßten Broschüre ein Bekenntnis seines politischen Glaubens abgelegt. Dieses Bekenntnis steht ausdrücklich im Widerspruch zu dem Grundprinzip unserer nationalen Politik, zu dem Grundsatz der Unabhängigkeit unserer Kollektivpolitik von äußeren Faktoren. Die ganze Richtung des in der erwähnten Broschüre ausgedrückten politischen Gedankens ist von der Art, daß sie den Autor als einen Politiker charakterisiert, von dem man nicht sagen kann, er gehöre zu solchen Abgeordneten, wie sie die gegenwärtige Lage heischt. Gegen die Broschüre des Herrn v. Turno hat sich s. Z. fast in der ganzen Volksgesamtheit eine Stimme des Protestes erhoben, denn die Volksgesamtheit will keineswegs „die Vergangenheit vergessen" und sie wünscht sich keineswegs, daß in der Wiege der polnischen Nation „das polnische Element mit dem deutschen sich noch mehr vermische."

Von Herrn Dr. v. Dziembowski ist bekannt, daß er in der Enteignungskommission des Abgeordnetenhauses im Charakter — nicht eines Vertreters der ganzen Fraktion und der ganzen Volksgesamtheit — sondern als leader einer Partei aufgetreten ist, welche eben die Grundsätze bekennt, denen Herr v. Turno in seiner Broschüre Ausdruck verliehen hat.

Wir gedenken nicht den weiteren Verlauf der Sache im Wahlkreise Kosten—Schmiegel—Grätz—Neutomischel vorweg zu beurteilen. Aus nationaler Pflicht mußten wir gleichwohl von vornherein klar und entschieden Stellung nehmen, um die kompetenten Faktoren beizeiten vor den Folgen eines eventuellen politischen Fehlers zu warnen. Klagen und Beschwerden zur Unzeit helfen nichts, und wir durchleben einen Moment, welcher alles zu vermeiden heischt, was die Volksgesamtheit in zwei sich rücksichtslos bekämpfende Lager scheiden könnte, welche unverträglich sind sogar im Punkte der vollständig allgemeinen Grundsätze und Grundlagen unserer nationalen Kollektivpolitik.

Aus Nr. 103 des Kurjer Poznański (Posen) vom 3. Mai 1908:

Um die Kandidaturen der Herren von Turno und Dr. von Dziembowski.

Bisher ist einzig der Dziennik Poznanski für die Kandidaturen der Herren v. Turno und Dr. v. Dziembowski eingetreten. Auch diesmal nennt er die Interessierten nicht mit Namen; aber er tritt entschieden gegen die öffentliche Meinung auf, welche die Kandidaturen der Herren v. Turno und Dr. v. Dziembowski rücksichtslos verurteilt. Er tut dies in einem sehr langen und sehr allgemein gehaltenen Artikel. Der Dziennik Poznanski hätte sich schon darüber orientieren sollen, daß man im preußischen Anteil mit Gemeinplätzen nichts ausrichtet und daß man das gesunde politische Denken nicht in dem Meere der Phraseologie ersäufen kann.

Wir gedenken nicht, auf die Einzelheiten des Artikels einzugehen, welcher der Volksgesamtheit Dünkel, Verworfenheit, Hochmut und noch einige Hauptsünden vorwirft. Wir werden nur kurz auf die beiden Hauptgedanken antworten. Der Dziennik Poznanski nimmt an „parteilicher Agitation" Anstoß. Schade, daß er vergißt, wie diese „parteiliche" Meinung der riesigen Mehrheit der Volksgemeinschaft, ja, man kann sagen fast der ganzen politisch lebendigen Allgemeinheit, sich eben gegen die parteiliche und in hohem Grade schädliche Tätigkeit einer Handvoll unverbesserlicher Politiker wendet.

Und wenn noch die Tätigkeit dieser Politiker sich auf unsre inneren Verhältnisse beschränkte! Aber im Gegenteil! Herr v. Turno machte in seiner Broschüre den Deutschen eine Offerte; Herr Dr. v. Dziembowski hat, ungeachtet seines Charakters eines Repräsentanten der ganzen Fraktion, dieselbe Offerte den deutschen Abgeordneten in der Kommission des Abgeordnetenhauses hinter dem Rücken der eigenen Volksgemeinschaft gemacht, indem er ausdrücklich die „Partei" des Herrn v. Turno und Genossen rekommandierte. Herr von Turno wiederum war, wie man uns informiert hat — damals in Berlin der Soufleur des Herrn Dr. v. Dziembowski — und so in die Runde! Möge mithin der Dziennik Poznanski die Frage der „parteilichen" Agitation nicht berühren gerade im Interesse der Kandidaturen der Herren v. Turno und Dr. v. Dziembowski, na, und im Interesse seines politischen Ansehens und auch seiner Kenntnis der Verhältnisse.

Allzugroße Sachkenntnis — soweit sich dahinter nicht etwas anderes verbirgt — verrät auch die Behauptung nicht, wir hätten die Aufstellung der Abgeordneten-Kandidaturen in die Hände der Wahlkomitees, ihrer Delegierten und des Zentralkomitees gelegt. Wir übergehen, daß es sich nicht um das Zentralkomitee, sondern nur um die Provinzialkomitees handeln kann. Wo aber ist der Wille der Wähler geblieben, welchen die Wählerversammlungen zum Ausdruck bringen? Es sind schon die Zeiten vorüber, wo man den Willen der Wähler nur insoweit anerkennen konnte, als er jeden Schritt der Wahlbehörden gedankenlos approbierte. Heut fordert die demokratisierte und politisch bewußte Volksgemeinschaft, daß ihre Stimme entscheide, daß sie für die Delegiertenversammlungen maßgebend sei.

Wir hegen die Hoffnung, daß es in den Delegiertenversammlungen zu einem Konflikt mit der Meinung der Wähler nicht kommen wird; man muß aber das Recht der Wähler kräftig unterstreichen angesichts von Äußerungen, die man höchstens verstehen kann als das Lüftchen, zu alten, fatalen Verhältnissen zurückzukehren.

Aus Nr. 104 des Dziennik Poznański (Posen) vom 5. Mai 1908:

An
den Chefredakteur des Dziennik Poznanski
in Posen.

Geehrter Herr!

Ich erfahre aus den Zeitungen, daß das Kreiskomitee für die Kreise Buk, Grätz, Kosten und Neuto-

mischel angeblich meine Kandidatur für den preußischen Landtag beschlossen hat. Ob diese Mitteilung auf Wahrheit beruht, das ist mir nicht bekannt, da ich eine offizielle Mitteilung hierüber nicht erhalten habe. Sollte es der Fall sein, so würde ich mich den Komitees der genannten Kreise gegenüber zu Dank verpflichtet fühlen für das mir bewiesene Vertrauen, das ich mir zur Ehre anrechnen würde. Ich könnte jedoch eine mir eventuell angebotene Kandidatur nicht annehmen, da ich die Würde eines Abgeordneten nicht anstrebe.

Ich ermächtige und bitte Sie, geehrter Herr, diese Erklärung im Dziennik Poznanski veröffentlichen zu wollen.

Hochachtungsvoll
St. v. Turno.

Aus Nr. 98 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 30. April 1908:

Zur Kandidatur von Dziembowskis schreibt der Dziennik Bydgoski:

Leute, welche die Meinung der Gesamtheit geringschätzen und sich bemühen, Vertreter der Partei Turno und Jackowski zu sein, kann die Gesamtheit nicht nach Berlin entsenden; wir hoffen, daß Herr von Dziembowski zum Landtagsabgeordneten nicht gewählt wird.

Wir halten es für unsere Pflicht, das offen auszusprechen, was viele denken.

Aus Nr. 101 der Gazeta Polska (Kosten) vom 1. Mai 1908:

Unter der Spitzmarke „Angesichts der Wahlen" schreibt die Gazeta Polska folgendes:

Fast die ganze Gesamtheit ist demokratisch gesinnt; damit sollten die Kreiskomitees rechnen und den Wählern eine entsprechende Kandidaten-Liste vorlegen. Bisher herrschte die Gewohnheit, den Wählern an erster Stelle die bisherigen Abgeordneten als „eifrig und bewährt" vorzuschlagen, falls der betreffende Herr auf eine Neuwahl nicht von vornherein verzichtet hatte. Das ist wirklich eine sehr bequeme Art, denn sie beleidigt niemanden bezüglich der Person des bisherigen Abgeordneten. Unserer Ansicht nach sollte das Komitee aber darauf achten, daß auch die Wähler nicht verletzt werden.

Diese Angelegenheit ist hauptsächlich von Bedeutung für unseren Wahlkreis, umfassend die Kreise Kosten, Schmiegel, Grätz, Neutomischel, denn gerade in diesem Kreise hat einer der beiden bisherigen Abgeordneten das Vertrauen der breiten Schichten der Wähler vollständig verloren. Herr Rechtsanwalt, Dr. Sigismund von Dziembowski aus Posen — mit Herrn von Turno und von Jackowski — ist gerade der Vertreter der politischen Ansichten jener wenigen Leute, die, obgleich auf dem Boden der demokratischen Gesamtheit stehend, doch noch immer auf die Gnade der Regierung warten und um diese betteln. Ohne Ermächtigung der Landtagsfraktion und sogar entgegen ihrem Willen hat der Abgeordnete von Dziembowski eigenmächtig in der Reichstagskommission bei Beratung der Enteignungsvorlage jene fatale Zusicherung der Loyalität abgegeben, obwohl er wußte, daß der große Teil der Gesamtheit gerade einen entgegengesetzten Standpunkt einnimmt.

Wir erkennen sehr gern an, daß Herr Dr. v. Dziembowski viel Erfahrung und parlamentarische Umsicht sowie große juristische Fähigkeiten besitzt, die gewiß der Gesamtheit viel gedient haben; ebenso erkennen wir vollkommen an, daß Herr von Dziembowski in der letzten Zeit regen Anteil an dem parlamentarischen Kampfe mit der Regierung und den uns feindlichen Parteien genommen hat, es bleibt jedoch die traurige Tatsache bestehen, daß er die Meinung der Gesamtheit geringgeschätzt hat, indem er als Vertreter der Partei derer von Turno und von Jackowski hervorgetreten ist.

Aus diesem Grunde kann ihn die Gesamtheit aufs neue als Landtagsabgeordneten nicht wählen.

Mögen uns die Feinde unser Land und unsere Muttersprache rauben, mögen sie uns alle Rechte rauben, aber sie sind nicht in stande, uns unsere nationale Würde zu rauben, so lange wir selbst sie achten und bewahren. Leider verstand der Abgeordnete von Dziembowski im besagten Falle diese Würde nicht zu wahren.

Aus Nr. 102 der Gazeta Polska (Kosten) vom 2. Mai 1908:

Zu der Kandidatur v. Turno und v. Dziembowski schreibt die Gazeta Polska folgendes:

Wir unsererseits erklären, daß, sofern das Wahlkomitee bei den Kandidaturen der Herren v. Turno und v. Dziembowski beharren wird, wir diese Kandidaturen in energischer Weise bekämpfen werden, und wir sind überzeugt, daß uns die breiten Kreise des aufgeklärten Volkes und unserer Bürgerschaft unterstützen werden. Die Wähler unseres Wahlkreises können nicht zugeben, daß man sie für Dummköpfe halte und sie zur Leiter mache, auf der die Versöhnungsparteiler an den Landtag heranzukommen sich bemühen, um dort bei den Ministern um preußische Gnade zu betteln und zur Scham und zur Schande der ganzen Gesamtheit Fußtritte zu erhalten.

Die Gesamtheit hat keine Lust, mit den Herren von Turno und von Dziembowski zusammen die Hand zu küssen, die uns schlägt. Mögen die Herren in Broschüren der Regierung schmeicheln so viel sie wollen, wie es besonders Herr von Turno versteht — aber in eigenem Namen. Mögen sie sich selbst kompromittieren, jedoch die Gesamtheit lassen wir von der Abgeordnetentribüne aus nicht kompromittieren.

Aus Nr. 101 des Lech (Gnesen) vom 2. Mai 1908:

Das Wahlkomitee des Wahlkreises Kosten—Grätz—Schmiegel—Neutomischel, der bisher von den Herren Dr. Witold Skarzynski aus Splawie und Rechtsanwalt Dr. von Dziembowski im Landtage vertreten wurde, stellte die Herrn von Turno aus Objezierze und Rechtsanwalt von Dziembowski als Kandidaten auf.

Die Aufstellung dieser beiden Kandidaten ist eine Demonstration gegen die Gesamtheit. Herr von Turno ist als Vertreter der polnischen Gesamtheit unmöglich geworden, die doch zum größten Teil volksdemokratisch ist und bezüglich der Regierung oppositionelle Grundsätze bekennt.

Herr Rechtsanwalt von Dziembowski ist eine überaus schätzbare parlamentarische Kraft, hat jedoch so oft die Gesamtheit durch sein eigenmächtiges Hervortreten getäuscht, daß mit ihm weitere Proben nicht gemacht werden können.

Wir hoffen, daß die Wähler aus dem Kreise Kosten sich unliebsame Kandidaturen durch die Wahlkomitees nicht werden aufbürden lassen, die sich augenscheinlich mehr durch Parteirücksichten als durch das Wohl der Gesamtheit leiten lassen.

Aus Nr. 101 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 3. Mai 1908:

Zu der Kandidatur von Turno und von Dziembowski schreibt der Dziennik Bydgoski folgendes:

Die Herren von Turno und von Dziembowski können deshalb Abgeordnete nicht sein, denn sie haben der preußischen Regierung gegenüber geäußert, daß sie entgegen der polnischen Gesamtheit und zwar als Vertreter der kleinen Gruppe der Konservativen stünden. Leute, die solche Deklarationen in Berlin abgeben, können und dürfen nicht Abgeordnete sein und wenn sie auch in mancher Beziehung die Vortrefflichsten wären.

Aus Nr. 2 der Straż (Posen) vom 1. April 1908:

Der Organisationsausschuß

gibt den gegenwärtigen Stand der Straschorganisation in Posen und in Westpreußen bekannt. Daraus geht hervor, daß wir auf 48 Bezirke in Posen 28 Starosten haben, von denen jedoch einige nicht das geringste Lebenszeichen von sich geben. Auf 31 Bezirke in Westpreußen haben wir 10 Starosten, von denen die Hälfte eifrig arbeitet. In manchen Bezirken, wo es uns noch nicht gelungen ist, Starosten zu gewinnen, ist die Organisation durch Kommissare begonnen worden.

Indem wir an die ganze Gesamtheit appellieren, bitten wir um Übernahme von Starosten- und Kommissarämter des Straschvereins bezw. um Angabe hierfür bereitwilliger und geeigneter Personen.

Die Straschstarosten in der Provinz Posen.

1. Kreis Bomst: —
2. Kreis: Bromberg Stadt: Dr. Emil Warminski-Bromberg, Danzigerstraße 9.
3. Kreis Bromberg Land: Johann Kowalsti in Niedola bei Nakel.
4. Kreis Czarnikau: —
5. „ Kolmar: Franz Koralewski-Budzyn.
6. Bezirk Gnesen Land: —
7. „ Gnesen Stadt: Anton Karpinski-Gnesen.
8. Kreis Gostyn: Mieczyslaus Bukowiecki-Cichowo bei Bielewo.
9. Kreis Grätz: —
10. Bezirk Hohensalza Land: —
11. „ Hohensalza Stadt: Adam Poszwinski-Hohensalza.
12. Bezirk Jarotschin: —
13. „ Kempen: —
14. „ Koschmin: —
15. „ Kosten: Boleslaus Dombrowski-Jerka.
16. Kreis Krotoschin: —
17. „ Lissa: Kasimir Szyman-Mierzejewo bei Pawlowice.
18. Kreis Birnbaum: Thaddäus Bogdanski-Orzeszkowo bei Kwiltsch.
19. Kreis Meseritz: —
20. „ Mogilno: —
21. „ Neutomischel: —
22. „ Obornik: Wazlaw Meyza-Rogasen.
23. „ Adelnau: Dr. Thomas Sobiech-Adelnau.
24. „ Schildberg: —
25. Bezirk Ostrowo Land: Stefan Rowinski-Ostrowo.
26. „ Ostrowo Stadt: Ludwig Poturalski-Ostrowo.
27. „ Pleschen: Dr. Theodor Kubacki-Pleschen.
28. „ Posen-Ost.: —
29. „ Posen-West: Leo Plucinski-Swadzim bei Sady.
30. Bezirk Posen Altstadt: Viktor Ruczkowski-Posen, Wallischei 17.
31. Bezirk Posen-Jersitz: Stanislaus Chmielewski-Posen, Gr. Berlinerstr. 54.
32. Bezirk Posen-Lazarus: —
33. „ Posen-Wilda: Stefan Dobrowolski-Posen, Bitterstr. 24.
34. Kreis Rawitsch: Felix Pernak-Chojno.
35. „ Strelno: Dr. Julius Trzinski-Ostrowo am Goplosee.
36. Kreis Schubin: —
37. „ Samter: Edmund Cynka-Samter.
38. „ Schmiegel: Alfons Brechan-Polnisch Wilkau.
39. „ Schrimm: Dr. Severin Maluszewski-Schrimm.
40. „ Schroda: —
41. „ Schwerin: —
42. „ Fraustadt: —
43. „ Filehne: Josef Gertig-Filehne.
44. „ Wreschen: Felix Alkiewicz-Zerniki bei Wreschen.
45. Kreis Witkowo: Franz Michalak-Golimowko bei Schwarzenau.
46. Kreis Wongrowitz: Stanislaus Laskowski-Mokronos bei Elsenau.
47. Kreis Wirsitz: Thaddäus Leitgeber-Nakel.
48. „ Znin.: —

Die Straschstarosten in Westpreußen

1. Bezirk Strasburg Land: Boleslaus Bardzki-Wichulec bei Najmowo.
2. Bezirk Strasburg Stadt: derselbe.
3. „ Kulm Land: —
4. „ Kulm Stadt: —
5. Kreis Konitz: —
6. „ Schlochau: —
7. Bezirk Czersk Stadt: —
8. „ Danzig: Josef Czyzewski-Danzig, Hundesteg 81.
9. „ Graudenz Land: Johann Bona-Kl.-Tarpno bei Graudenz.
10. Bezirk Graudenz Stadt: Kasimir Gonczerzewicz-Graudenz.
11. Kreis Berent: Dr. Majkowski-Berent.
12. „ Karthaus: Josef Labudda-Karthaus.
13. „ Marienwerder: —
14. „ Löbau: —
15. „ Putzig: —
16. „ Rosenberg: —
17. „ Stargard: Johann Gorski-Mirotken bei Altjahn.
18. Bezirk Schwetz I: —
19. „ Schwetz II: **Geistlicher Johann Cyra-Dricznin.**
20. Bezirk Schwetz III: —
21. Kreis Stuhm: —
22. „ Dirschau: Jakob Storm-Dirschau.
23. „ Thorn Land: —
24. „ Thorn Stadt: —
25. Bezirk Tuchel Land: —
26. „ Tuchel Stadt: Dr. Kasimir Karasiewicz-Tuchel
27. Kreis Neustadt: —
28. Bezirk Briesen-West: —
29. „ Briesen-Ost: —
30. Kreis Deutsch-Krone: —
31. „ Flatow: —

Aus Nr. 99 des Lech (Gnesen) vom 30. April 1908:

Wer hat zugeknebelte Lippen?

Viele verstehen den Abschnitt der neuen Vereins- und Versammlungsvorlage, die den Gebrauch der polnischen Sprache verbietet, falsch. Sie sind der Ansicht,

daß gemäß der Vorlage, welche in kurzer Zeit in Kraft tritt, es nicht erlaubt sein werde, in politischen Vereinen die polnische Sprache zu gebrauchen. Da nun in Preußen jeder polnische Verein als politischer Verein gilt, glauben sie, daß es in den betreffenden Bezirken nicht erlaubt sein würde, in den Vereinsversammlungen polnisch zu reden. Tatsächlich verhält sich die Sache anders. In der Vorlage ist ausdrücklich gesagt, daß nur in öffentlichen Versammlungen es nicht erlaubt ist, ohne besondere Einwilligung seitens einzelner Regierungen der verbündeten Staaten, polnisch zu reden. Wir Polen als „Staatsverräter", die immer und überall daran denken, „wie der polnische Anteil von Preußen losgerissen und das frühere Polen wieder aufgerichtet werden könnte" können auf solch eine Einwilligung nicht rechnen, wir können jedoch und werden aus dem Umstande den Nutzen ziehen, daß dort gesagt worden ist, „in öffentlichen Versammlungen" und nicht in politischen Versammlungen. Zwischen diesen beiden Begriffen besteht ein gewaltiger Unterschied. Während der Beratungen über die erwähnte Vorlage verlangten die polnischen Abgeordneten, den Begriff „öffentliche Versammlungen" ausführlich zu bestimmen und stellten zum Paragraphen 3 folgenden Antrag:

1. Als öffentliche Versammlungen werden nur diejenigen angesehen, zu der jeder auf öffentliche Einladung entweder gegen oder nicht gegen Bezahlung Eintritt hat.

2. Versammlungen, zu denen nur Vereinsmitglieder Zutritt haben, sind nicht öffentlich, wenn sie auch in einem öffentlichen Lokale stattfinden.

Diese Forderungen sind in der Vorlage tatsächlich nicht berücksichtigt worden, während der Diskussion bemerkte jedoch der freisinnige Abgeordnete Müller, daß es keinem Zweifel unterliegen könne, daß man als öffentliche solche Versammlungen betrachten kann, zu denen jeder unbegrenzt Zutritt hat.

Zu unseren Vereinsversammlungen hat nicht jeder unbegrenzten Zutritt, daher sind die Versammlungen unserer Vereine keine öffentlichen, obwohl letztere in den Augen der preußischen Regierung als politische angesehen werden. Zu den Vereinsversammlungen haben nur die Mitglieder und die gern gesehenen Gäste Zutritt, andere Personen kann der Vorsitzende aus dem Lokale weisen. Sollte die Polizei bezüglich des freien Zutritts von Gästen, der bisher notwendig war, um neue Mitglieder heranzuziehen, Schwierigkeiten machen, indem sie solche Versammlungen als öffentliche bezeichnet, dann müssen die Statuten geändert werden und dem Vorstande die Erlaubnis erteilt werden, neue Mitglieder vor der Versammlung aufzunehmen, so daß diejenigen, die bis dahin als Gäste Zutritt hatten, diesen Zutritt als neue Mitglieder haben. Es sind noch andere Mittel vorhanden, um die Vereinsversammlungen als nicht öffentliche zu kennzeichnen, die wir im Gebrauchsfalle angeben werden.

Dadurch ist das Unrecht, das uns die neue Vorlage zufügt, wenn auch groß, so doch nicht tödlich. Nützen wir nur unsere uns noch nicht geraubten Rechte völlig aus, treten wir so zahlreich als möglich unseren Vereinen bei, bemühen wir uns, daß in diesen Vereinen Leben herrscht, denn dann wird unsere liebliche Sprache zu unserem Ruhme und dem HKT zum Ärger und zur Schande weiter leben.

Aus Nr. 101 des Kurjer Poznański (Posen) vom 1. Mai 1908:

Ein polnisches Verzeichnis der Straßen und Plätze der Stadt Posen.

In Übereinstimmung mit dem preußischen Germanisierungssystem suchen die staatlichen und Kommunalbehörden unserem polnischen Posen den äußeren Charakter einer deutschen Stadt zu geben. Das geschieht vor allem durch systematisches Benennen der Plätze und Straßen unserer Stadt mit ausschließlich deutschen Namen. Die amtlichen Straßeninschriften sind ohne Ausnahme in deutscher Sprache; die alten polnischen Namen werden in deutsche verdolmetscht, wobei man sie oft so verdreht, daß sie fast gar nicht an den ursprünglichen Wortlaut erinnern, neu entstehenden Straßen und Plätzen aber gibt man durchaus zielbewußt Namen mit rein deutschem Charakter, die sich zumeist auf Namen preußischer Generale, Minister usw., manchmal unserer verbissensten Feinde beziehen. Auf diese Weise gewöhnt sich unser Volk immer mehr an die deutschen Namen und wendet sie in der Umgangssprache und in der Korrespondenz an.

Es geht sogar so weit, daß altpolnische Straßennamen sich vollständig verwischen oder daß wir sie aus deutschen Inschriften ganz fehlerhaft übersetzen, dabei unsere Muttersprache verstümmelnd und schändend. Einer der am meisten verbreiteten Fehler ist z. B. das Stellen des betreffenden Namens der Straße oder des Platzes an erster Stelle: Podgórna ulica, Piotra plac — während im Polnischen einzig korrekt ist: ulica Podgórna, plac Piotra.

In dem Streben nach der Verteidigung des polnisches Charakters unseres Landes gibt die Kulturelle Sektion des Straschvereins hiermit ein Verzeichnis der polnischen Namen der Straßen und Plätze der Stadt Posen heraus in der Hoffnung, daß dem Beispiel der Hauptstadt Großpolens auch andere Städte unseres Anteils folgen werden, wo das Deutschtum sich gleichfalls in dieser Weise hineindrängt und ausbreitet.

Bei der Aufstellung des Verzeichnisses hat sich die Sektion an nachstehende Grundsätze gehalten:

1. Altpolnische Namen sind in dem ursprünglichen polnischen Wortlaut angegeben (z. B. Piekary, Chwaliszewo).
2. Wo bei neuen Straßen mit deutschen Namen unter unserem Volke irgend eine heimische Bezeichnung Brauch geworden ist, dort geben wir diese an; z. B. Bossestraße: ulica bosa (die Barfußstraße), Bitterstraße: ulica Gorzka (d. i. bittere Straße).
3. Wo man neue deutsche Namen mehr oder minder wörtlich ins Polnische übersetzen kann, so daß ein entsprechender polnischer Ausdruck entsteht, da wenden wir diese Übersetzung an: Werkstraße = ulica Warsztatowa d. i. Werkstattstraße; Derfflingerstraße = ulica Wioskowo d. i. Dorfstraße.
4. Selbständige polnische Namen bieten wir nur an den Stellen, wo der dem Deutschen sich nähernde Wortlaut oder andere Umstände bestimmt damit rechnen lassen, daß diese Namen unter der polnischen Bevölkerung Aufnahme finden werden: Maybachstraße = ulica Majowa d. i. Maistraße; Blücherstraße = ulica Blacharska d. i. Klempnerstraße; Goßlerstraße = ulica Guślarska d. i. Schwarzkünstlerstraße.

Wir bitten, das nachstehend veröffentlichte Verzeichnis auszuschneiden und aufzubewahren und fordern alle auf, sich von jetzt an einzig dieser Namen zu bedienen, namentlich in der Unterhaltung, in der Korrespondenz, bei Annoncen, Bekanntmachungen usw.

Ein gedrucktes Namenverzeichnis erhält jeder unentgeltlich im Straschbureau, Wilhelmstraße 18.

Die polnischen Namen, welche von den deutschen abweichen, sind gesperrt gedruckt.

(Wo in dem nachstehenden Verzeichnis neben dem polnischen Namen keine deutsche Übersetzung steht, da stimmen die deutsche und die polnische Bezeichnung inhaltlich überein; eine deutsche Übersetzung ist neben dem polnischen Namen nur da vermerkt, wo das polnische Wort eine ganz andere Bedeutung hat, als der amtliche deutsche Straßenname. Red. d. Ges.-üb.)

Ackerstraße — ulica Rólna.
St. Adalberthof — Podwórze św. Wojciecha.
St. Adalbertstraße — ulica św. Wojciecha.
Alleestraße — ulica Alejowa.
Allerheiligenstraße — ulica Wszystkich Świętych.
Annenstraße — ulica św. Anny.
Arndtstraße — ulica Arendowa, d. i. Pachtstraße.
Artilleriestraße — ulica Artyleryjska.
Augustastraße — ulica Augustowska, d. i. Augustowo'er Straße.
Bachstraße — ulica Strumykowa.
Bäckerstraße — Piekary.
Badegasse — ulica Łazienkowa.
Bahnstraße — ulica Kolejowa.
Bahnhofstraße — ulica Dworcowa.
Barlebenshof — Podwórze Barlebena.
Bartholdshof — Bartoldów.
Berdychowoer Damm — Tama Berdychowska.
Baarthstraße — ulica Barska, d. i. Bar'sche Straße.
Bavariastraße — ulica Bawarska, d. i. Bayrische Straße.
Bergstraße — ulica Podgórna.
Berliner Straße — ulica Berlińska.
Große Berliner Straße — ulica Wielka Berlińska.
Bernhardiner Platz — plac Bernardyński.
Bismarckstraße — ulica Bismarka.
Blücherstraße — ulica Blacharska, d. i. Klempnerstraße.
Blumenstraße — ulica Kwiatowa.
Bogdankastraße — nad Bogdanką.
Bossestraße — ulica Bosa, d. i. Barfußstraße.
Breite Straße — ulica Szeroka.
Breslauer Straße — ulica Wrocławska.
Bitterstraße — ulica Gorzka, d. i. Bitterestraße.
Bromberger Straße — ulica Bydgoska.
Brunnenstraße — ulica Studzienna.
Buddestraße — ulica Budna, d. i. Budenstraße.
Bülowstraße — ulica Biała, d. i. Weiße Straße.
Büttelstraße — ulica Butelska.
Buker Straße — ulica Bukowska.
Burgstraße — ulica Grodzka.
Capriviistraße — ulica Capriviego.
Centralstraße — ulica Centralna.
Colombstraße — ulica Kolumba, d. i. Kolumbusstraße.
Commeniusstraße — ulica Komeniusza.
Cybinastraße — ulica Cybińska.
Dammstraße — ulica Tamowa
Derfflingerstraße — ulica Wioskowa, d. i. Dorfstraße.
Am Dom — przy Tumie.
Dominikanerstraße — ulica Dominikańska.
Dorotheenstraße — ulica św. Doroty.
Eichendorffstraße — ulica Dąbrowskiego, d. i. Dombrowskistraße.
Eichwaldstraße — ulica Dembińska.
Eisstraße — ulica Łodowa.
Fabrikstraße — ulica Fabryczna.
Feldstraße — ulica Polna.
Festungsstraße — ulica Forteczna.
Fischerei — Rybaki.
Florianstraße — ulica Floryańska.
Flottwellstraße — ulica Flotowa, d. i. Flotowstraße.
Flurstraße — ulica Sienna.
Flußstraße — ulica Rzeczna.
Franziskanerstraße — ulica Franciszkańska.
Friedenstraße — ulica Pokojowa.
Friedrichstraße — ulica Fryderykowska.
Gartenstraße — ulica Ogrodowa.
Neue Gartenstraße — ulica Nowa Ogrodowa.
Gerberdamm — Tama garbarska.
Große Gerberstraße — Wielkie Garbary.
Glogauer Straße — ulica Głogowska.
Glacisstraße — ulica Stokowa.
Gneisenaustraße — ulica Gnieźnieńska, d. i. Gnesener Straße.
Am Goethepark — Park miejski, d. i. Stadtpark.
Goethestraße — ulica Goethego.
Goßlerstraße — ulica Guślarska, d. i. Schwarzkünstlerstraße.
Grabenstraße — Grobla.
Grenzstraße — ulica Graniczna.
Grüne Straße — ulica Zielona.
Gurtschiner Straße — ulica Gurczyńska.
Gutenbergstraße — ulica Gutenberga.
Hahnkestraße — ulica Hanki, d. i. Johannastraße.
Halbdorfstraße — ulica Półwiejska.
Hardenbergstraße — ulica Harda, d. i. Stolzestraße.
Hauffstraße — ulica Pagórkowa, d. i. Hügelstraße.
Hedwigstraße — ulica Jadwigi.
Hellmannstraße — ulica Jasna, d. i. Hellestraße.
Helmholtzstraße — ulica Chełmińska, d. i. Culmer Straße.
Herderstraße — ulica Herdera.
Hochstraße — ulica Wysoka na Jeżycach.
Hohe Gasse — ulica Wysoka.
Hohenlohestraße — ulica Hohenlohego.
Hohenzollernstraße — ulica Cesarska, d. i. Kaiserstraße.
Hornstraße — ulica Rogowa.
Humboldtstraße — ulica Humboldta.
Jagowstraße — ulica Jagłowa, d. i. Hirsestraße.
Jägerstraße — ulica Myśliwska.
Jersitzer Marktplatz — Rynek jeżycki.
Jeskestraße — ulica Jeskiego.
Jesuitenstraße — ulica Jezuicka.
Judenstraße — ulica Żydowska.
Kaiser Friedrich-Straße — ul. Cesarza Fryderyka.
Kaiserring — Wały cesarskie.
Kaiserin Viktoria-Straße — ul. Cesarzowej Wiktorji.
Kaiser Wilhelm-Straße — ul. Cesarza Wilhelma.
Kanalstraße — ulica Kanałowa.
Kanonenplatz — Plac Działowy.
Kanonierstraße — ulica Puszkarska, d. i. Büchsenmacherstraße.
Kantstraße — ulica Kanta.
Karlstraße — ulica Karola.
Katharinenstraße — ulica św. Katarzyny.
Kavalleriestraße — ulica Kawaleryjska.
Kesselstraße — ulica Kotłowa.
Kiebitzstraße — ulica Czajcza.
Kirchstraße — ulica Kościelna.
Kleiststraße — ulica Kleista.
Klosterstraße — ulica Klasztorna.
Königsplatz — plac królewski.
Königsstraße — ulica Królewska.
Königsring — Wały Królewskie.
Körnerstraße — ulica Ziarnista, d. i. Körnige Straße.
Kopernikusstraße — ulica Kopernika.
Koppenstraße — ulica Kopcowa, d. i. Hügelstraße.
Krämerstraße — ulica Kramarska.

Kränzelgasse — ulica Wiankowa.
Kreuzburger Straße — ulica Kluczborska.
Kreuzstraße — ulica Krzyżowa.
Kronprinzenstraße — ulica Następcy Tronu.
Kurfürstenring — Wały elektoralne.
Kurze Gasse — ulica Krótka.
Lange Straße — ulica Długa.
Lazarusstraße — ulica św. Łazarza.
Lenaustraße — ulica Heleny, d. i. Helenenstraße.
Lessingstraße — ulica Lessinga.
Liebigstraße — ulica Liebiga.
Lindenstraße — ulica Lipowa.
Linnéstraße — ulica Lineusza.
Lorenzstraße — ulica św. Wawrzyńca.
Luisenstraße — ulica Ludwiki.
Magazinstraße — ulica Magazynowa.
Margaretenstraße — ulica św. Małgorzaty.
Marienstraße — ulica Panny Marji.
Alter Markt — Stary Rynek.
Neuer Markt — Nowy Rynek.
Marktstraße — ulica Rynkowa.
Marstallstraße — ulica Marsztalarska.
St. Martinstraße — ulica św. Marcina.
Mauergasse — ulica Murna.
Maybachstraße — ulica Majowa, d. i. Maistraße.
Miquelstraße — ulica Michała, d. i. Michaelstraße.
Mittelstraße — ulica Średnia.
Moltkestraße — ulica Moltkiego.
Mühlenstraße — ulica Młyńska.
Museumstraße — ulica Muzealna.
Nasse Gasse — ulica Mokra.
Mühltor — Brama Młyńska.
Naumannstraße — ulica Naumanna.
Neue Straße — ulica Nowa.
Nollendorfstraße — ulica Nollendorfa,
Nordstraße — ulica Północna.
Ostrowek — Ostrówek.
Parkstraße — ulica Parkowa.
Paulikirchstraße — ulica św. Pawła.
Pestalozzistraße — ulica Pestalozziego.
Petriplatz — Plac Piotra.
Petristraße — ulica Piotra.
Philippinerstraße — ulica Filipińska.
Posadowskystraße — ulica Posadowskiego.
Posener Straße — ulica Poznańska.
Prinzenstraße — ulica Książęca.
Promenadenpark — Park promenadowy.
Raczynskistraße — ulica Raczyńskiego.
Ringstraße — ulica Okrężna.
Ritterstraße — ulica Rycerska.
St. Rochstraße — ulica św. Rocha.
Rochusstraße — ulica Rocha.
Rosenstraße — ulica Różana.
Sandstraße — ulica Piaskowa.
Sapiehaplatz — plac Sapieżyński.
Scharnhorststraße — ulica Kominiarska, d. i. Schornsteinfegerstraße.
Schenkendorfstraße — ulica Szynkarska, d. i. Schänkenstraße.
Schießstraße — ulica Strzałowa.
Schifferstraße — ulica Szyperska.
Schillerstraße — ulica Schillera.
Schillerpark — Park Marcinkowskiego, d. i. Marcinkowskipark.
Große Schleuse — Wielka Śluza.
Kleine Schleuse — Mała Śluza.
Schloßberg — Góra Zamkowa.
Schlosserstraße — ulica Ślusarska.
Schloßstraße — ulica Zamkowa.
Schmale Gasse — ulica Wązka.
Schrodka-Markt — Rynek Sródecki.
Schrodka-Straße — ulica Sródecka.
Schützenstraße — ulica Strzelecka.
Schuhmacherstraße — ulica Szewska.
Schulstraße — ulica Szkolna.
Schweizer Straße — ulica Szwajcarska.
Sektstraße — ulica Sekta.
Seminarstraße — ulica Seminaryjna.
Seidlitzstraße — ulica Siedlecka, d. i. Siedlecer Straße.
Siemensstraße — ulica Siemienna, d. i. Leinsamenstraße.
Steinmetzstraße — ulica Kamieniarska.
Steinstraße — ulica Kamienna.
Südstraße — ulica Południowa.
Thalstraße — Dolina.
Taubenstraße — ulica Gołębia.
Teichstraße — ulica Stawna.
Theaterstraße — ulica Teatralna.
Tiefe Straße — ulica Głęboka.
Tiergartenstraße — ulica Zwierzyniecka.
Töpfergasse — ulica Garncarska.
Torstraße — Za bramką.
Thurmstraße — ulica Wieżowa.
Uferstraße — ulica Nadbrzeżna.
Uhlandstraße — ulica Ułańska, d. i. Ulanenstraße.
Venetianer Straße — ulica Wenecjańska.
Viehmarkt — Swińskie targowisko.
Viktoriastraße — ulica Wiktorji.
Villenstraße — ulica Wilowa.
Waisenstraße — ulica Sieroca.
Wallischei — Chwaliszewo.
Hintere Wallischei — Tylne Chwaliszewo.
Niederwallstraße — ulica Wałowa dolna.
Oberwallstraße — ulica Wałowa górna.
Warschauer Straße — ulica Warszawska.
Wasserstraße — ulica Wodna.
Weidenstraße — ulica Wierzbowa.
Werkstraße — ulica Warzstatowa, d. i. Werkstattstraße.
Wiener Straße — ulica Wiedeńska.
Wiesenstraße — ulica Łąkowa.
Wittingstraße — ulica Witkowska.
Wilamowitzstraße — ulica Wilamowicza.
Wilhelmsplatz — plac Wilhelmowski.
Wilhelmstraße — Aleje, d. i. Allee.
Wrangelstraße — ulica Wrangla.
Wronker Straße — ulica Wroniecka.
Yorkstraße — ulica Yorka.
Zagorze — Zagórze.
Zawady — Zawady.
Zedlitzstraße — ulica Zedlica.
Ziegelstraße — ulica Cegłowa.
Ziegelweg — Droga cegłowa.
Ziegenstraße — ulica Kozia.
Zietenstraße — ulica Zietena.

Aus Nr. 102 des Dziennik Poznański (Posen) vom 2. Mai 1908:

Die Lage der polnischen Banken.

Die Tägl. Rundschau bringt folgende Mitteilung:

„Die Berichte verschiedener polnischer Finanzinstitute weisen zum ersten Male in diesem Jahre größere Auszahlungen an Depositen auf. Sollte sich das Verhältnis, welches die polnischen Banken zu großen deutschen Banken unterhielten, gelockert haben? Wir würden diese Erscheinung als höchst erfreulich deshalb verzeichnen, weil das Enteignungsgesetz augenscheinlich den Polen sich fühlbar zu machen beginnt, und das auf die Weise, daß es auf ihren Geldmarkt

ungünstig einwirkt, und das schon in einem Moment, wo sogar noch keine Handbreit Boden enteignet ist."

Beinahe wundern muß man sich über die (bankwirtschaftlich-kaufmännische) Naivität der Tägl. Rundschau. Wenn es wahr ist, daß die polnischen Banken im verflossenen Jahre tatsächlich mehr an Depositen ausgezahlt haben, als in früheren Jahren, so ist das auf keinen Fall mit der Enteignungsangelegenheit zu erklären.

Zunächst ist zu erwägen, daß das Rechnungsjahr der polnischen Banken mit dem Kalenderjahr zusammenfällt, d. i. mit dem 1. Januar beginnt und mit dem 31. Dezember abläuft. Wenn also in der Tat die polnischen Banken am 31. Januar 1907 (um dieses Jahr kann es sich in diesem Falle einzig handeln) weniger Depositen aufweisen als früher, so erklärt sich dies damit, daß gerade gegen Ende 1907 der Geldmangel in ganz Deutschland allgemein war. Wer Geld in der Bank hatte, der nahm es zu eigenen Bedürfnissen in Handel, Industrie und Wirtschaft heraus. Und es war doch in dieser Zeit das Geschick des Enteignungsgesetzes noch nicht entschieden! Was die Beziehungen der polnischen zu den großen deutschen Banken betrifft, so ist diese Behauptung vor allem einzuschränken. Nicht die polnischen Banken, sondern eine polnische Bank, nämlich die Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften in Posen unterhält Beziehungen, und zwar nicht zu deutschen Banken, sondern zu einer deutschen Bank. Es handelt sich hier natürlich um ein festes Verhältnis. Nun erhält, wie allgemein bekannt ist, die polnische Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften keine Verstärkungen aus der deutschen Bank, sondern umgekehrt: die Verbandsbank bringt in jener deutschen Bank ihre überflüssigen Kapitalien unter. Es heischt das seitens der polnischen Bank die verständige Banktechnik. Für die deutsche Bank ist das ein nutzbringendes Geschäft. Wenn die Verbandsbank im verflossenen Jahre in jener deutschen Bank weniger Kapitalien untergebracht hat, so geschah dies einzig deswegen, weil das Geldbedürfnis im Lande größer war, als in anderen Jahren. Dieses Bedürfnis war allgemein, sogar in ganz Deutschland, also da, wohin das Enteignungsgesetz nicht reicht.

Die Tägl. Rundschau verfällt in ihrer Absicht, unter der polnischen Bevölkerung Angst hervorzurufen, auf allzu naive Einfälle. Offenbar melden sich zu wenig Verkaufslustige mit ihren Gütern bei der Ansiedlungskommission.

Wir hoffen, daß die Polen auf solche Einfälle, ob sie nun aus der Redaktion der Tägl. Rundschau oder eines anderen Blattes gleichen Zuschnitts stammen, — nicht hineinfallen werden.

Aus Nr. 100 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 2. Mai 1908:

Der Herr Dr. Warminski verläßt, wie aus der nachfolgenden Bekanntmachung im Kurjer Poznanski zu ersehen ist, Bromberg:

Einem jungen Arzte, den es nach nationaler Tätigkeit verlangt, bietet sich günstige Gelegenheit, eine einträgliche Praxis in einer größeren Stadt der Provinz zu übernehmen. Gleichzeitig eröffnet sich ihm ein weites Gebiet für die soziale Tätigkeit. Vermittler Dr. Warminski, Bromberg.

Wie wir erfahren, macht sich Herr Dr. Warminski zu Michaelis hier endgültig aus dem Staube.

Aus Nr. 99 des Lech (Gnesen) vom 30. April 1908:

Neues polnisches Unternehmen.

In das Handelsregister des Gnesener Gerichts wurde die „Chemische Fabrik in Gnesen G. m. b. H." eingetragen. Die Fabrik, deren Leiter Herr W. Wyrybkowski in Gnesen ist, wird Metall-Reinigungs-, Frottier-, Schuhputzmittel usw., Artikel, die den Erfindern in der Fachausstellung in Köln im Jahre 1900 die höchsten Auszeichnungen, die silberne Medaille und das Ehrendiplom gebracht haben, fabrizieren.

Dieses neue Unternehmen, das hoffentlich mit den fremden Erzeugnissen erfolgreich konkurrieren und sie in kurzer Zeit völlig verdrängen wird, begrüßen wir mit tatsächlicher Freude, besonders in der heutigen Zeit, wo uns so viel an der Hebung unserer Industrie und der Erhaltung unseres Arbeiters im Lande gelegen sein sollte, und wünschen ihm den besten Erfolg.

Aus Nr. 100 des Lech (Gnesen) vom 1. Mai 1908:

Krzepiszyn, im Kreise Schubin, 28. 4. 08.

Lieber Lech! Als treuer Abonnent muß ich Dir etwas Neues aus der Gegend von Exin mitteilen.

Unsere Zeitungen warnen uns, Land zu verkaufen, denn sie wollen uns dasselbe durch die Macht der Enteignung entreißen, und wir hier in Rzemniewice haben solche, die sich selbst enteignen. Das Dorf ist vollständig polnisch, nur ein Deutscher befindet sich dort. Kaum, daß dieser erfahren hatte, daß der Landwirt Rozek seine Wirtschaft verkaufen wolle, weil er zu bequem zur Arbeit ist, führte er diesem sofort einen gewissen Kolonisten zu, der den Handel beinahe zustande brachte.

Es wundert mich, daß solch ein frommer Mensch so wenig aufgeklärt ist. Vielleicht könnte der Besitzer des Vorwerks Sz. diese Angelegenheit vereiteln, aber gewiß wird der eine dem anderen nicht in den Weg gehen.

Möge sich daher der liebe Lech hier melden und diese Schäfchen bekehren.

Ich grüße den geliebten Lech!

Ein Exiner.

Noch im letzten Augenblicke beschwören wir den Herrn R., seinen Namen doch durch das Verschachern nicht zu beflecken und sein Gewissen durch die Unterstützung der Lutheraner nicht mit einer so großen Sünde zu belasten.

Die Redaktion.

Aus Nr. 96 des Lech (Gnesen) vom 26. April 1908:

Unsere Industriellen und Handwerker

klagen manchmal darüber, daß das Publikum es vorziehe, seine Einkäufe in Posen, nicht am Orte, in den Städten der Provinz zu machen. Das geschieht deshalb, weil das Publikum nicht weiß, was man in der Provinz bekommen kann. Jetzt bietet sich den Industriellen und Handwerkern des Gnesener Kreises Gelegenheit zu zeigen, inwieweit sie imstande sind, die Bedürfnisse der Käufer zu befriedigen. Diese Gelegenheit bietet die auf Veranlassung des Vereins junger Handwerker in Aussicht genommene

Industrie-Ausstellung,

die vom 29. August bis zum 8. September stattfinden wird.

Das Interesse für die Ausstellung ist sehr groß, deshalb raten wir allen, die etwas auszustellen gedenken, sich möglichst bald zu melden, denn der Platz ist sehr beschränkt.

Informationen erteilt Herr W. Wyrybkowski, Gnesen.

Aus Nr. 103 des Lech (Gnesen) vom 5. Mai 1908:

Kanonikus Kloske gegen die polnischen Zeitungen.

Gestern hielt Kanonikus Kloske während des Hauptgottesdienstes eine Predigt, in der er in scharfer Weise gegen die polnische Presse auftrat. Die polnische Presse hat nach der Meinung des Geistlichen K. das Leben des verstorbenen Erzbischofs von Stablewski vergiftet, sie fällt auch heute noch über die geistliche Behörde her und untergräbt ihr Ansehen und das Vertrauen der Gläubigen. Die polnischen Blätter füllen ihre Spalten mit Klatschereien, welche deutsch-katholische Zeitungen nicht veröffentlichen würden. Und wer befindet sich in den Redaktionen polnischer Blätter? Entgleiste Leute.

Es muß zugegeben werden, daß Kanonikus Kloske eine sehr geeignete Gelegenheit ergriff, um seine Abneigung gegen die polnischen Blätter zu zeigen: es war am St. Adalbert-Ablaß, der tausende von Gläubigen nach unserer Stadt führt. Schade nur, daß er die Zeitung nicht beim Namen nannte, die er im Sinne hatte und der er den Charakter eines katholischen Blattes abspricht. Die Polen wissen und fühlen recht gut, was solche Blätter für sie bedeuten, sie wissen, daß die Redakteure der polnischen Zeitungen, jene entgleisten Leute, manches Mal Beweise dafür abgelegt haben, daß sie für das polnische Volk leiden und lange Gefängnisstrafen ertragen können. Die Polen verstehen es sehr wohl, daß, wenn ein polnisches Blatt das Verhalten der geistlichen Behörde kritisiert, dies nicht deshalb geschieht, um ihr Ansehen zu untergraben, sondern deshalb, um in Verteidigung des bedrohten Glaubens denjenigen Bestrebungen entgegenzuarbeiten, welche die geistliche Behörde schon so manches Mal aufkommen ließ.

Man muß nur bedauern, daß ein katholischer Geistlicher es für angebracht hält, in der Predigt die polnisch-katholischen Zeitungen zu bekämpfen, anstatt ihnen seine Anerkennung zu zollen und so ihre Bestrebungen zu unterstützen.

Das Vorgehen des Kanonikus Kl. läßt sich nur dadurch erklären, daß er einen bezüglichen Befehl aus Posen erhalten hat.

Aus Nr. 100 des Lech (Gnesen) vom 1. Mai 1908:

Fort mit den Schützengilden.

Vor kurzer Zeit hoben wir in einem längeren Artikel hervor, daß die Polen in der heutigen Zeit den Schützengilden nicht angehören sollten. Die polnische Presse hat sich für diese wichtige Frage noch gar nicht interessiert, scheinbar tut es ihr leid, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen, sonst hätte sie zu derselben Folgerung, wie wir kommen, müssen.

Die Schützengilden sind in unserem nationalen Leben ein höchst demoralisierender Faktor. Den allerbesten Beweis dafür haben wir in der Stadt Kriewen im Kreise Kosten. Vor nicht langer Zeit traten der Gilde wegen mehrere Bürger aus dem Straschverein aus, und jetzt haben wieder 8 Bürger ihren Austritt aus dem Verein beantragt, um in der Schützengilde verbleiben zu können. Zu solchen Konsequenzen führt die Zugehörigkeit zu den Gilden, daher: Fort mit den Schützengilden!

Aus Nr. 101 des Goniec Wielkopolski (Posen) vom 1. Mai 1908:

Nationalspende zum 3. Mai.

Zum Gedächtnis eines erhabenen Moments in der Geschichte der polnischen Nation, am Jahrestage der Verfassung vom 3. Mai spenden unsere Brüder jenseits der Grenze — im Königreich und in Galizien — Gaben zu Zwecken der Aufklärung. Von allen Seiten fließen größere und kleinere Spenden zusammen, und durch sie stellt die Nation tätlich fest, daß sie die Tradition der großen geschichtlichen Ereignisse schätzt und ehrt.

Schon im vorigen Jahre hatte der Straschverein diesen Brauch in den preußischen Anteil übertragen und die polnische Gesamtheit um Spenden zu Zwecken der Beschaffung von Fibeln, polnischen Geschichtsbüchern und Büchern für das Volk ersucht.

In der Jetztzeit ist die Erörterung der Notwendigkeit einer ausgedehnten und ergibigen Aufklärungsarbeit weniger als je angezeigt. Wir wissen wohl, daß von den drei Gebieten unseres Kollektivlebens — des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen — das letztere unsere schwächste Seite ist.

In dieser Hinsicht droht uns wohl auch die größte Gefahr. Vergegenwärtigen wir uns nur unsere jetzige Lage, das Verhältnis der Regierung und der deutschen Nation zu uns, die Schul- und Erziehungsverhältnisse, — und wir werden aufrichtig zugeben, daß uns heute noch viel Licht, viel Kultur fehlt, um in dem uns aufgedrängten Kampfe auszuharren und siegreich zu bestehen.

Einen Teil der Arbeit hinsichtlich der Ausbildung und der kulturellen Bewußtmachung des Volkes hat die kulturelle Sektion des Straschvereins auf sich genommen. Wieviel nach dieser Richtung hin vollbracht worden ist, das wird der nächste öffentliche Bericht darlegen. Heute können wir nur soviel sagen, daß noch ein ungeheures Arbeitsfeld übrig ist, obwohl die Sektion unentgeltlich Zehntausende von Büchlein und Broschüren verbreitet hat. Um die Scholle zu beackern und aus ihr Frucht zu erhalten, bedürfen wir Hunderttausender von Büchlein, also auch der Mittel, um ihren Druck oder Ankauf zu besorgen. Es rufen nach ihnen laut die am meisten bedrohten Grenzgegenden, es ruft das Volk, es rufen die Kinder.

Muß noch bewiesen werden, daß die polnische Volksgesamtheit den Jahrestag des Nationalfestes des 3. Mai am besten ehrt, wenn sie Groschenspenden für die Aufklärungszwecke der kulturellen Sektion des Straschvereins hergibt? Wir bitten heiß darum im Namen des dürstenden Volkes, im Namen der Erhaltung und Verbreitung von nationaler Aufklärung in unserem Anteil, im Namen der Grenzgegenden, welche den schwersten Attacken der Feinde des Polentums ausgesetzt sind.

Der Vorstand des Straschvereins.

Josef v. Koscielski. Felician v. Niegolewski.

Die kulturelle Sektion des Straschvereins.

Bernhard v. Chrzanowski. Marian Seyda.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 53 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz) vom 2. Mai 1908:

Unter dem Zeichen der Wahlen.

Wir leben also wiederum in einer Zeit fieberhafter Wahlarbeit. In allen Bezirken haben die Wahlkomitees ihre Tätigkeit begonnen, überall brodelt und siedet das Wahlleben.

Das Interesse für die diesjährigen Wahlen wächst immer mehr. Es ist auch kein Wunder! Noch niemals sind wir unter solchen besonderen Umständen und in solchen besonderen Zeiten an die Wahlen herangetreten. Das letzte Jahrfünft des preußischen Landtages war reich an politischen Ereignissen, reich an Rutenstreichen, die wir bekommen haben. Wir wollen wenn auch nur einige in Erinnerung bringen:

Im letzten Jahrfünft ist der Kampf um den polnischen Grund und Boden mit unvergleichlicher Leidenschaft entbrannt. Einerseits hat sich die Ansiedlungskommission, indem sie ihre planmäßige Arbeit mit dem Golde unseres Unrechts führte, mit allen Kräften bemüht, diejenigen Kreise zu untergraben, wo wir eine unbedeutende Mehrheit der polnischen Stimmen zum Landtage besessen haben. Sie richtete ihre Hauptangriffe gegen den Gnesener Kreis in Großpolen, den wir auch sicherlich verlieren werden. Und in Westpreußen hat die Ansiedlungskommission ihre Angriffe gegen den Berenter Kreis gerichtet, wo die Zahl der polnischen Stimmen auch gewiß bedeutend zurückgehen wird.

Andererseits haben wir Polen unsere Erde, unsere Ernährerin mit nicht geringerer Anstrengung verteidigt, doch wir haben nicht planmäßig aufgekauft, wir haben genommen, was wir bekommen konnten, wir hatten keinen führenden politischen Gedanken, wenigstens soweit die Wahlen in Frage kommen. Deshalb müssen wir auch beim Anblick der Zunahme der deutschen Stimmen im Verhältnis zu den polnischen überall gewahr werden, daß wir zahlenmäßig rückwärts schreiten.

Das ist das **erste Unrecht**, an das wir bei den diesjährigen Wahlen denken müssen.

Im letzten Jahrfünft ist ferner ein leidenschaftlicher Kampf entbrannt, den das Preußentum gegen unsere Kirche geführt hat. Die durch Fenster und Türen eindringende Germanisation, die Verdrängung oder Einschränkung der polnischen Sprache in unseren Kirchen, die Einführung deutscher Andachten für nur eine Handvoll Deutschkatholiken, die Gefängnisstrafen unserer Geistlichen für die Verteidigung des polnischen Charakters der Kirchen, die Verweigerung polnischer Andachten für unsere ausgewanderten Brüder, die Verdrängung der polnischen Sprache beim Religionsunterricht in den Schulen, schließlich die Krönung dieser ganzen antipolnischen Kirchenpolitik — der Schulstreik, und als Folge die Gefängnisstrafen und Geldstrafen — das ist das **zweite Unrecht**, das wir bei den diesjährigen Wahlen nicht vergessen dürfen.

Die Germanisierung der Namen unserer Dörfer und Städte, sowie der Namen von Personen, die von den Behörden abhängig sind, die Schikanierung unserer Vereine, die Beschränkung unserer bürgerlichen Rechte — das ist das **dritte Unrecht**, das wir im letzten Jahrfünft erlitten haben.

Die Beschließung der neuen Ansiedlungsnovelle und ihre Anwendung zu unserem größten Schaden, der auf uns ausgeübte Druck, in Drzymalawagen zu wohnen — das ist das **vierte Unrecht** im letzten Jahrfünft des Landtages.

Schließlich die Krone der ganzen antipolnischen Politik — die Beschließung des sogenannten Enteignungsgesetzes, — das ist das **fünfte Unrecht**, das uns im letzten Jahrfünft des Landtages zugefügt worden ist, und daran müssen wir uns bei den Wahlen hauptsächlich erinnern.

Wir haben nur die Hauptsachen aufgeführt, worauf von den polnischen Abgeordneten im Landtage bei jeder Gelegenheit hingewiesen worden ist und dem gegenüber sich die junkerliche gesetzgebende Körperschaft immer taub gestellt hat. Wir wissen heute sehr gut, daß wir auf eine Berücksichtigung unserer berechtigten und gerechten Forderungen im Landtage nicht rechnen können. Wir wissen auch zu gut, daß man in Berlin aufgehört hat, mit uns als mit dem Abzweig einer großen Nation zu rechnen, die natürliche und übernatürliche Rechte zum Leben hat. Wir sind heute vollkommen davon überzeugt, daß man uns in Berlin nicht als gleichberechtigte Bürger Preußens ansieht, sondern als Dünger, der den Boden fruchtbar machen soll, auf dem eine ebensolche preußische Bevölkerung aufwachsen soll, wie sie in Brandenburg, in der Lausitz und Pommern, in jenen einstmals rein slawischen Landesteilen lebt.

Schließlich können wir auch vollkommen davon überzeugt sein, daß sowohl der preußische Landtag, als auch der Reichstag, der sich mit dem Sprachengesetz einverstanden erklärt hat, vor der Beschließung immer schärferer Mittel zur unserer Ausrottung nicht zurückschrecken werden, sobald sie die Regierung nur fordern wird.

Deshalb werden die gegenwärtigen Wahlen auch ein Prüfstein unserer Kräfte sein, weniger in zahlenmäßiger Hinsicht als in Beziehung auf den Wert. Denn wir sollen nämlich am 3. und 16. Juni zeigen, daß, je größer der Druck von oben, um so größer unsere Widerstandskraft ist, und je mehr wir in nationaler Beziehung bedrückt werden, wir umso mehr fühlen, daß wir Polen sind. Wir sollen zeigen, daß, je mehr Schmerzen sie uns zufügen, wir umso mehr Polen lieben werden. Wir sollen nicht nur mit den letzten antipolnischen Gesetzen rechnen, sondern ihnen zeigen, daß wir sie nicht fürchten, daß wir ihrer halsbrecherischen Kunststücke spotten.

Und auch hier richtet sich das Auge Polens auf dich, polnisches Volk, und fragt: ob du, Volk, dich vor diesen offenen Wahlen fürchten, ob du geschlossen mit den Deinen stimmen wirst? Heute sind nicht nur die Augen Polens, sondern auch aller derer auf dich, Volk, gerichtet, die unser Unrecht fühlen; sie sind in der Hoffnung auf dich gerichtet, daß du dich des Namens „polnisches Volk" würdig erweist. Schenke nicht den Einflüsterungen derjenigen Gehör, die sich als Polen ausgeben und zu dir sagen: niese nicht zu laut, denn damit wirst du die Preußen nur reizen. Schenke ihren Einflüsterungen nicht Gehör, sondern sprich dreist deine Überzeugung aus, die du haben mußt.

Für unser Unrecht müssen wir so viel polnische Stimmen wie möglich abgeben.

Also ziehe dreist in den Wahlkampf, polnisches Volk!

Aus Nr. 99 des Goniec Wielkopolski (Posen) vom 29. April 1908:

Aus **Westpreußen** schreibt man dem Blatt unter anderem:

. . . . In der Versammlung eines unserer Volksvereine im Culmer Lande hat man bereits darüber beraten, zu welchem Zwecke nach Auflösung des Vereins die Fonds zu verwenden wären, die er besitzt. Man beschloß, den Verein in der Mai- oder Junisitzung auf-

zulösen, um ihn später in anderer Gestalt von neuem ins Leben rufen zu können als Gesangszirkel oder als eine sonstige Vereinigung, welche der neuen Vorschrift nicht unterliegt. Der Vorsitzende begründete die Notwendigkeit der Auflösung des Vereins damit, daß die Volksvereine einem Verbande angehörten, der in den Augen der Polizei als politischer gelte. . . .

Schon nach dem Niederschreiben der obigen Ausführungen erfahren wir, daß die Befürchtungen des Vorsitzenden des Volksvereins, dessen wir oben erwähnten, anscheinend gerechtfertigt waren. Er hatte die Sitzungen des Vereins für April, Mai und Juni auf der Polizei gemeldet, die ihm antwortete, im April und Mai dürften die Versammlungen stattfinden, dagegen müsse die Vereinsversammlung für den Juni besonders angemeldet werden.

Unter dem Einfluß dieses polizeilichen Bescheids wollte der Vorsitzende die Mitglieder auf den Schlag vorbereiten, der sie zweifelsohne in der nächsten Zukunft treffen wird. Denn wie wäre der Bescheid anders zu verstehen? . . . .

Aus Nr. 101 des Goniec Wielkopolski (Posen) vom 1. Mai 1908:

Preußische Dankbarkeit.

Bekanntlich waren Karl Graf Raczynski aus Zloty und der Majoratsherr Graf Adam Krasinski aus Warschau Besitzer des Ritterguts Kleszczewko bei Danzig, welches sie von der Gräfin Krasinska geerbt hatten. Pächter des Guts — und zwar vom Vater auf den Sohn — seit schon rund 80 Jahren ist ein Deutscher, der Oberamtmann Kämmerer. Der Kreuzritter hatte in der billigen polnischen Pacht Hunderttausende erworben. Endlich war den polnischen Besitzern die preußische Wirtschaft überdrüssig, und das Gut ging in den Besitz des Bankhauses v. Drwenski & Langner (Martin Biedermann) über. Man begann es zu parzellieren. Herr Kämmerer, der das Gut am liebsten für sich behalten hätte, beschloß, die Parzellierung um jeden Preis zu verhindern. Zunächst stellte er als Grundbedingung auf, daß er einzig dann mit dem Rücktritt von der Pacht einverstanden sein werde, wenn die Käufer Deutsche, und zwar Protestanten sein würden.

Solche Erwerber zu gestellen war Herr Kämmerer selbst bereit.

Als man ihn darauf aufmerksam machte, daß er doch auf polnischem Boden großgewachsen und auf polnischem Boden seit Großvaters Zeiten her Vermögen erworben habe, berief er als Antwort im Verein mit einigen anderen eine große Versammlung auf den 28. d. M. nach Praust ein mit dem in leidenschaftliche Worte gefaßten Appell an die Regierung, durch Enteignung die weitere Parzellierung und den Übergang des Gutes in polnische Hände zu verhindern. Zu dieser Versammlung wurde mittelst Plakats eingeladen, wovon wir ein Stück in Händen haben.

Der Aufruf des Herrn Kämmerer sollte die polnischen Herrn, bei denen noch zahlreiche deutsche Pächter und Verwalter in hervorragenden Stellungen sind, belehren und sie endlich von der preußischen Dankbarkeit überzeugen. Herr Kämmerer stellt einen krassen Beweis dafür, daß der Pole einen Kreuzritter sich nicht gewinnen wird, selbst wenn er ihn sogar 80 Jahre hindurch mit polnischem Brote mästete. Wieder Willen fällt einem hier das bekannte polnische Sprichwort von der Natter ein, die an der eigenen Brust genährt wurde.

Aus Nr. 52 der Gazeta Gdańska (Danzig) vom 30. April 1908:

Groß-Trampken.

Ich bin gezwungen, der breiteren Masse der Leser der Gazeta davon Kenntnis zu geben, was in unserer Parochie geschieht. Unser Herr Propst Herbst ist ein Deutscher. Als wir ihn bekommen sollten, fürchteten wir uns vor ihm als Deutschen mit Rücksicht auf die Germanisationsarbeit, die die deutschen Geistlichen in den polnischen Parochieen im Interesse der Bekämpfung der — wie gesagt wird — sogenannten großpolnischen Agitation ausüben.

Als er schließlich in unserer Parochie anlangte und die betrübten Gesichter seiner polnischen Schäflein erblickte, tröstete er uns, daß wir uns nicht fürchten sollten, denn er werde für uns ein guter Seelsorger sein, und alles sollte so bleiben, wie es früher gewesen war, d. h. also, daß er nicht verdeutschen werde. Und was geschieht nun? Jeden dritten Sonntag haben wir schon deutsche Predigten, und außerdem ist deutscher Gesang eingeführt worden. Unter den polnischen Parochianen herrscht natürlich Entrüstung und Schmerz über diese neuen Moden, denn sie stören nur den früheren Frieden unserer polnischen Seele und unseres polnischen Herzens und säen Erbitterung und Mißtrauen gegen den Seelsorger, in dem mancher beginnt, nicht nur den Sendling Gottes, sondern auch den Sendling der uns Polen feindlichen weltlichen Behörden zu erblicken.

Das Volk murrt immer lauter und die Erregung wächst, aber infolge der Ratlosigkeit bleibt es bei dem Murren. Es scheint, als wenn hier niemand wäre, der es verstehen würde, die Klagen über die Einführung des Deutschtums nach der richtigen Quelle zu leiten, damit uns irgendwelche Hilfe zuteil werde. Um das Maß voll zu machen, schicken die Eltern auch noch ihre Kinder zu den deutschen Gesangsübungen. Sie sind darüber entrüstet, aber trotzdem schicken sie ihre Kinder dorthin, angeblich unter dem Vorwande, daß wenn sie das nicht täten, der Herr Propst Mädchen aus einer anderen Parochie kommen lassen würde. Warum tun das die Eltern, wenn sie es mit ihrem polnisch-katholischen Herzen nicht vereinen können? Möge derjenige sein Kind zum deutschen Gesang schicken, der Deutscher ist oder als solcher gelten will. Aber ein wahrer Pole, der darin ein Unrecht für sein Kind erblickt, darf es nicht tun, denn ein derart erzwungener Gesang kann Gott nicht angenehm sein und weder den Eltern noch den Kindern Segen bringen. Mögen diejenigen Eltern, die so sehr darüber besorgt sind, woher der Herr Propst die Mädchen zum Gesang bekommt, wenn er sie nicht in seiner Parochie hätte, sich nur selbst fragen, was der Herrgott im Himmel dazu sagen wird, daß sie aus weltlichen Rücksichten ihre Kinder zu Sklaven des Deutschtums in der Kirche machen.

Wenn in der Parochie Ruhe herrschen soll, dann mögen die Eltern gegen ihre bessere Überzeugung den Gelüsten des Deutschtums in der Kirche nicht Folge leisten, ihrerseits aber mit einer Beschwerde an die bischöfliche Behörde in Pelplin herantreten, wenn sie sich in ihren Gefühlen als polnische Parochianen verletzt fühlen sollten.

Aus Nr. 20 des Mazur (Ortelsburg) vom 30. April 1908:

Ortelsburg.

Den Lehrern in Masuren, namentlich auf den Dörfern, scheint es offenbar dort nicht zu gefallen, da sie

bei jeder Gelegenheit Masuren verlassen. Angeblich sollen sich sehr viele masurische Lehrer nach Essen in Westfalen gemeldet haben, wodurch die Masuren manche befähigte Lehrkraft verlieren. Die Ursache dieser Erscheinung soll in dem schlechten Gehalt zu suchen sein. Dem Vernehmen nach soll auch die Plage mit den Kindern die Ursache sein, die, weil sie nicht in der Muttersprache unterrichtet werden, den deutschen Unterricht schwer verstehen, und deshalb wird den Lehrern die undankbare Arbeit zuwider.

Aus Nr. 51 der Gazeta Olsztyńska (Allenstein) vom 30. April 1908:

Geburtstag oder Namenstag?

Wir hören immerfort, daß hier und da Polen ihren Geburtstag feiern. Das ist eine neue, von den protestantischen Deutschen übernommene Sitte. Früher sagte man bei uns: einen Geburtstag hat jedes Geschöpf, sogar ein Tier, aber einen Namenstag kann nur ein Katholik haben, der da glaubt, daß er im Himmel seinen Patron hat. — Die Sitte, den Geburtstag zu feiern, ist nicht polnisch und auch nicht katholisch, und deshalb muß sie, wie viele andere angenommene Sitten, entschieden bekämpft werden. Man darf von Fremden nicht solche Sachen übernehmen, die sich mit unserem polnischen und katholischen Charakter nicht vereinen lassen. Es ist übrigens bekannt, daß die Deutschkatholiken tief in Deutschland, und namentlich die Katholiken in anderen Ländern, auch nur ihren Namenstag feiern, denn das ist wirklich katholisch. Bei uns feiern ja zwar manche Deutschkatholiken den Geburtstag, aber das ist ihre Sache. Wir Polen dürfen uns nach ihnen nicht richten. Lasset uns unsere schönen Sitten achten und den Namenstag, nicht aber den Geburtstag feiern.

Möge jeder aufgeklärte Pole seinen unwissenden Bruder darüber aufklären, und möge jedermanns Grundsatz sein, den Geburtstag nicht zu feiern.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 51 der Nowiny Raciborskie (Ratibor) vom 30. April 1908:

Landtagswahlen.

Von einem aus zahlreichen Artikeln und Korrespondenzen bekannten hochwürdigen Geistlichen, unserem Landsmann, erhalten wir folgende Zuschrift:

Volksgenossen! Die Wahlen zum Landtage, dieser Schmiede aller polenfeindlichen Gesetze, stehen vor unserer Tür. Bietet alle Kräfte auf, um solche Wahlmänner zu wählen, die sich durch keine Versprechungen von den Regierungsfreunden und Liberalen, den größten Feinden der katholischen Kirche und des polnischen Volkes betören lassen werden. Gebt unter keiner Bedingung eure Stimme solchen Leuten, von denen ihr wißt, daß sie den Beamten und Lehrern gern schmeicheln und Dienste leisten, um dafür irgend eine Arbeit oder einen Verdienst zu bekommen. Wählet zu Wahlmännern auch keine Leute, die in der Gemeinde auch nur das unterste Amt bekleiden, denn das sind unsichere Kunden; sobald nämlich ihr Vorgesetzter die Stirn runzelt und sie nur scheel ansieht, zittern sie wie Espenlaub und führen die ihnen gegebenen Befehle blindlings aus.

Volksgenossen, seid dessen eingedenk, daß es sich hier um die Verteidigung unseres Glaubens und unserer Nationalität handelt. Hier ist jeder verpflichtet, dafür zu sorgen, daß eine polnisch-katholische Stimme niemand erhalte, als ein solcher Mitbruder, von dem ihr wißt, daß er treu zum Volke hält, daß er euer Vertrauen nicht täuschen und am Tage der Hauptwahl für den Kandidaten stimmen wird, den euch eure Wahlbehörden in den polnisch-katholischen Blättern empfehlen werden.

Liebe Landsleute, seid auch tagtäglich und bei jeder Gelegenheit, ob ihr den Nachbarn besucht oder einer Hochzeit beiwohnt, dessen eingedenk und ermahnt den Mitbruder, daß es sich für einen polnischen Katholiken nicht geziemt, zum Wahlmann irgend einen Amtsvorsteher, Lehrer, Schulzen, Gemeinde- oder Dominialbeamten zu wählen, denn wenn ihr diese wählet, dreht ihr den Strick gegen euer eigenes Fell. Wählt vielmehr unabhängige Männer, Wirte, Häusler, selbst Arbeiter und Auszügler usw., denen es auf Herrengunst oder Ämter nicht ankommt.

An diesem Rate haltet fest, Volksgenossen, und ich werde mich sehr freuen, wenn ich aus unseren Blättern erfahren werde, daß eure Arbeit von einem Siege gekrönt wurde, den euch aus ganzem Herzen wünscht euer

Freund und völkischer Geistliche.

Aus Nr. 53 der Nowiny Raciborskie (Ratibor) vom 5. Mai 1908:

Von unserem geistlichen Korrespondenten

erhalten wir nachstehendes Schreiben:

Liebe Volksgenossen! Zu dem letzten Aufruf, in welchem ich euch riet, zu Wahlmännern weder Schulzen noch Gemeindebeamten zu wählen, bemerke ich, daß ich keineswegs im Sinne hatte, daß ihr sie verachten sollt. Mir handelte es sich hauptsächlich darum, daß diese sich selbst nicht den Zorn ihrer vorgesetzten Behörden zuzögen, wenn sie sich als Wahlmänner offen auf die Seite des Volkes stellen und für die katholischen Kandidaten stimmen. Schulzen und andere untere Gemeindebeamten kann keine Gemeinde entbehren. So gebietet euch also der einfache Menschenverstand, ihnen ihre Stellung nicht zu erschweren. Wählt nur unabhängige Leute, von denen ihr überzeugt seid, daß sie weder die Behörden, noch den Staat fürchten, sondern am Wahltage nur den von euren Wahlbehörden aufgestellten Kandidaten ihre Stimme geben werden.

Euer völkischer Geistliche.

(Von der Redaktion. Den zweiten Teil der Korrespondenz haben wir ausgelassen, weil die Sache schon beschlossen ist und man gegenwärtig die Verwirrung nicht wieder erneuern kann.)

Aus Nr. 105 des Kurjer Sląski (Kattowitz) vom 7. Mai 1908:

Aus Zabrze.

Unter den hiesigen Arbeitern macht sich eine rege Wahlbewegung bemerkbar. Die Arbeiter haben sich überzeugt, daß sie schlecht daran taten, für Wahlmänner aus dem Herrenstande gestimmt zu haben. Sie haben sich wiederholt überzeugt, daß Voltz im Landtage ihren Interessen unermeßlichen Schaden zufügt. Das Maß der Entrüstung gegen Voltz hat sein letztes Auftreten in einer Versammlung des hiesigen Wahlvereins voll gemacht. Als der Arbeiter Pelka Voltz an die Mauer drückte, wand sich dieser kapitalistische Handlanger wie ein Aal und machte nur Ausflüche; dabei hat er die

Arbeiter gegen sich aufs höchste empört. Die Arbeiter sagen ganz richtig: Wenn er uns hier ins Gesicht sagt, daß wir genug verdienen, daß uns kein Unrecht geschieht, was mag er da erst in Berlin reden; kein Wunder, daß seine Reden so klingen, als ob hier die Arbeiter ein wahres Paradies hätten. Daher sagen auch die Arbeiter: „Warte, Brüderchen, unser Abgeordneter wirst du nicht mehr sein.“ Die hiesigen Arbeiter schöpfen größeren Mut; sie sagen, sie werden gegen die Wahlmänner aus dem Herrenstande stimmen und Drohungen der Herren nicht fürchten. Die Arbeiter verabreden sich unter einander, aber es gibt auch solche, die behaupten, daß mehrere Wählerversammlungen für Arbeiter einberufen werden müßten, in denen eine Resolution angenommen würde, daß die Arbeiter, falls die Arbeitgeber wegen der Wahlen jemanden aus der Arbeit entlassen oder ihn schikanieren wollten, den Generalstreik erklären werden. In solchen Versammlungen würden die Arbeiter einander Mut einflößen und dann geschlossen gegen die Wahlmänner der Herren stimmen. Wir wollen nicht ewig Sklaven der Herren sein — sagen mit Recht die Arbeiter.

Aus Nr. 105 des Górnoślązak (Kattowitz) vom 7. Mai 1908:

Aus dem Kreise Pleß.

Liebe Wähler des Wahlkreises Pleß-Rybnik, nur noch 5 Wochen trennen uns von den preußischen Landtagswahlen. Unser katholisches Volk vertreten hier Schulinspektor Herr Rzeznitzek und Landrat Herr Heyking. Wenn ihr erfahren wolltet, was Herr Rzeznitzek für euch getan hat, so würde dies zu zeigen ungewöhnlich viel Mühe kosten, denn er hat für euer Wohl nichts getan, er hat höchstens zugunsten der Ausnahmegesetze gewirkt. Wenn ihr erfahren wolltet, was der Herr Landrat Heyking Gutes für euch getan hat, so könntet ihr aus den Zeitungen erfahren, wie er mit seiner ganzen Kraft für die Gehaltsaufbesserung der „armen Lehrer“ im Landtage gesprochen hat. Für dich, polnisches Volk, hat er nichts getan, höchstens soviel, daß du zahlen und zahlen mußt. Vielleicht wird dieser oder jener einwenden: Aber der Herr Landrat versprach uns, eine Chaussee zu bauen, er versprach uns die Beschaffung von Geld für billige Zinsen zur Drainage usw. O ihr Unklugen und Beschränkten. Wenn dem beispielsweise wirklich so wäre, wer wird denn das alles bezahlen? Was wird es z. B. euch nützen, daß ihr für eure Steuern eine gute Chaussee und ein Darlehn zur Drainage des Feldes bekommen werdet, wenn man dann auf euren Ländereien irgendeinen lutherischen Ausländer ansiedeln wird? Was wird euch das nützen, frage ich noch einmal? Die Parteien dieser beiden genannten Abgeordneten sind fanatische Gegner des polnisch-katholischen Volkes, und darum tut doch endlich einmal eure Augen auf und sorget am Wahltage dafür, daß nur solche Wahlmänner gewählt werden, die offen guten Abgeordneten ihre Stimmen geben werden. Wählt solche, die sich nicht zu fürchten brauchen, ob sie der Herr Landrat scheelen Auges oder mit freundlichem Lächeln ansehen wird. Und solche Wahlmänner sind nicht Lehrer, Gastwirte und andere abhängige Männer, sondern freie Wirte.

Ein Bürger.

Aus Nr. 104 des Kuryer Śląski (Kattowitz) vom 6. Mai 1908:

Freisinniger Spott.

Die Anhänger der freisinnigen Partei in Oberschlesien sind fast sämtlich Leute, die vom polnischen Volke, von den polnischen Arbeitern leben. Infolgedessen haben die Freisinnigen die Pflicht, das polnische Volk zu verteidigen, die polnischen Arbeiter zu verteidigen, wo sich nur dazu eine Gelegenheit bietet.

Diese Pflicht liegt den Freisinnigen auch bei Wahlen ob, wenn es sich um die Wahl eines Volksvertreters in die gesetzgebenden Körperschaften handelt, in denen über die vitalsten Interessen des Volkes entschieden wird.

Niemand kann fordern, daß ein Staatsbürger für sein Brot, für seine materielle Existenz gegen seine Überzeugung stimmt, aber die Freisinnigen, die als liberale Männer gelten wollen, sollten die Überzeugung haben, daß die liberalen Grundsätze, daß die vergewaltigten Grundsätze der Gerechtigkeit verteidigt werden müssen. Das polnische Volk hat ein Recht, dies von den Freisinnigen zu fordern, die von ihm leben. Erfüllen aber die Freisinnigen diese ihre Pflichten?

In der vorgestern abgehaltenen Wählerversammlung der freisinnigen Partei wurde beschlossen, die Voltz'sche Kandidatur zu unterstützen.

Wer ist Voltz? Unsere Arbeiter wissen es gut, sehr gut. Es ist der heftigste Feind des polnischen Volks, er ist ein Diener der Kapitalisten und Feind der Arbeiter, der im Landtage für Gesetze eintritt, die den Arbeiter knechten. Die Kandidatur dieses Voltz werden die Freisinnigen unterstützen. Durch diesen Entschluß beleidigen die Freisinnigen das polnische Volk, sie spotten geradezu seiner. Die Freisinnigen verraten wegen eines Kandidaten, den die Liberalen in den Städten Kattowitz, Königshütte und Beuthen unterstützen wollen, das polnische Arbeitervolk, sie wollen den größten Feind dieses Volkes unterstützen, sie wollen einen reaktionären Liberalen unterstützen, der seinen Liberalismus nur in der Bekämpfung der katholischen Kirche, der katholischen Orden betätigt und im übrigen ein Rückschrittler ist, weil er die kapitalistische Ausbeutung und die Bedrückung des Arbeiters, die polenfeindlichen Ausnahmegesetze unterstützt. Wenn die Freisinnigen einen solchen Feind des Polentums und der Arbeiter wählen wollen, so versetzen sie dadurch dem polnischen Volke einen schmerzhaften Schlag ins Gesicht.

Wird das polnische Volk gegen einen solchen Schritt der Freisinnigen gleichgültig bleiben? Wir haben Mittel, mit denen wir ihre politische Willkür einschränken können. Wenn das polnische Volk die freisinnigen Kaufleute entsprechend behandeln würde, würden diese mit ihm rechnen und seine Interessen unterstützen. Heute können sie mit den Feinden des polnischen Volkes unbehelligt politische Bündnisse eingehen, denn sie wissen, daß dieses Volk nichtsdestoweniger zu ihnen gehen und bei ihnen kaufen wird.

Brüder und Volksgenossen! Klären wir das polnische Volk in dieser Beziehung nach Kräften auf. Unterstützen wir die polnischen Kaufleute und Handwerker, wo wir welche haben, aber nur solche, die sich mit den Feinden des Volkes nicht verbünden, denn wir haben solche. Wo wir aber keine eigenen haben und bei Fremden kaufen müssen, dort fordern wir unaufhörlich, daß die Kaufleute in unseren Zeitungen annoncieren. Dann werden unsere Blätter, auf festerer Grundlage stehend, das polnische Volk gegen alle seine Feinde besser verteidigen können; dann werden auch die freisinnigen Elemente nicht den Mut haben, mit den reaktionären Feinden des polnischen Volkes zu paktieren.

Die polnischen Arbeiter irren noch in bedeutender Zahl in den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen umher, die von freisinnigen Elementen geleitet werden. Ob diese Arbeiter klug handeln, darauf möge ihnen ihr gesunder Menschenverstand antworten. Kein einziger polnischer Arbeiter dürfte den Gewerkvereinen angehören, dagegen müßten alle dem Beuthener Verband gegenseitiger Hilfe beitreten. Wenn alle Arbeiter diesem Verband angehören werden, dann wird in ihm ein tätiges und fruchtbringendes Leben beginnen, die intelligenten Arbeiterelemente werden ihn, wenn sie auf den Verbandsvorstand ihren Einfluß ausüben, zu hoher Macht emporbringen, die für sie ein Segen sein wird.

Aus Nr. 101 des Górnoślązak (Kattowitz) vom 2. Mai 1908:

Auf Befehl aus Berlin.

In unserem Blatte wiesen wir schon wiederholt auf die Agitation hin, die für preußische Mark in denjenigen Ländern, in welchen Polen wohnen, entfaltet wird, um für uns unangenehme Verhältnisse zu schaffen. Die Bedrückung der Polen im Königreich Polen durch das offizielle Rußland kann zum Teil auf Rechnung von Einflüssen aus Berlin gesetzt werden. Berlin ist doch daran gelegen, daß die Polen und Russen in größtem Unfrieden lieben, denn, wo zwei streiten, fährt der dritte am besten dabei, und dieser dritte ist Deutschland.

Ebenso liegt es im Interesse der Deutschen und vornehmlich der Preußen, wenn sich die beiden im östlichen Teil Galiziens lebenden Nationen, die Polen und die Ruthenen, aufs heftigste bekämpfen. Auch in diesem Kampfe spielt Berlin eine wichtige Rolle. Wir behaupten dies nicht ohne Grund, nicht etwa aus Haß gegen die Preußen, sondern auf Grund einer Erklärung des Geistlichen Lenard, des bekannten slowenischen Politikers. Der Geistliche Lenard ist natürlich Anhänger eines slawischen Zusammenschlusses, und er hegte, wie alle Slawen, die der polnisch-ruthenischen Frage fern stehen, Sympathien für die Ruthenen. Er sah sich aber enttäuscht, und zwar aus einen Grunde, den er in einem Briefe an die Redaktion des Warschauer Slowo angibt:

„Ich erinnere mich", schreibt Lenard, „daß ich irgendeinen Herrn Siczynski kannte, ich weiß nicht, ob den Mörder des Statthalters Potocki, oder seinen Bruder, der damals Vorsitzender des ruthenischen akademischen Vereins „Akademiczeska Hromada" in Lemberg war.

Einmal bemerkte ich, daß ich den Vorsitzenden der Hromada Siczynski seit mehreren Tagen nicht sah, wie gewöhnlich, und zufällig fragte ich einen seiner Kollegen, wo er sei. Ich erhielt die Antwort, daß er geschäftshalber nach Berlin gereist sie und bald zurückkehren werde. Meinem Gedächtnis prägte sich noch die sarkastisch lächelnde Diplomatenmiene des Antwortenden ein.

Zwei Tage nach seiner Rückkehr veranstalteten die akademischen Mitglieder der „Akademiczeska Hromada" den Krawall in der Universität und bewarfen den damaligen Rektor Dr. Fijalek mit faulen Eiern.

Die Koinzedenz jener beiden Tatsachen prägte sich meinem Gedächtnis lebhafter ein, denn sie war die erste Veranlassung, daß ich die polnisch-ruthenischen Verhältnisse kritischer zu beobachten anfing. Das ereignete sich während meiner ersten Begegnung mit den Polen und Ruthenen."

Wir bemerkten schon unlängst, daß die heftigsten Ausbrüche einer Aktion der „Ukrainer" gewöhnlich dann eintreten, wenn Berlin daran gelegen ist, die Aufmerksamkeit von der gegen die Polen gerichteten Gewaltpolitik abzulenken. Kein Wunder, daß nach dem Gesetz der zwangsweisen Enteignung und nach Ausschließung der polnischen Sprache aus öffentlichen Versammlungen die Ermordung des galizischen Statthalters erfolgte. Interessant wäre bloß zu erfahren, wer von den „Ukrainern" vorher nach Berlin gereist war.

Aus Nr. 104 des Górnoślązak (Kattowitz) vom 6. Mai 1908:

Delegiertenversammlung der Volksbibliotheken.

In Oberschlesien haben wir in verschiedenen Ortschaften polnische Volksbibliotheken, die der Volksbibliothekenverein in Posen gegründet hat. Um diese Bibliotheken kümmerte sich früher kaum jemand, weshalb eine große Zahl von ihnen zugrunde gegangen ist. Man ging aber schließlich ans Werk und bestellte in jedem Kreise einen Vertrauensmann oder Delegierten, der die Pflicht hat, sich um die in seinem Kreise bestehenden Bibliotheken zu kümmern. Es ist dies eine beschwerliche und für einen Menschen oft zu große Arbeit. Daher beschloß auch der Hauptvorstand des Volksbibliothekenvereins in Posen, diese Arbeit auf mehrere Personen zu verteilen, und er lud die Delegierten und verschiedene andere Personen, die sich mit der Volksaufklärung eifrig befassen, zu einer Versammlung ein, die am Sonntag in der Reichshalle zu Kattowitz stattfand. Aus Posen waren erschienen die Herren von Szczaniecki und Dr. Michalski, Mitglieder des Hauptvorstandes. Herr von Szczaniecki, der zum Leiter der Versammlung gewählt worden war, legte in kurzen, aber inhaltsvollen Worten den Zweck unserer polnischen Volksbibliotheken dar, die sich in jeder polnischen Gemeinde befinden müßten. Darauf ergriff Herr Dr. Michalski das Wort, der sich in längerer Rede darüber ausließ, in welcher Weise die Agitation zu Gunsten der Volksbibliotheken zu entfalten sei. Vor allem müßten Kreiskomitees gebildet werden, denen Leute aus verschiedenen Gegenden des Kreises angehören müßten, denn nur auf diese Art würden Volksbibliotheken regelrecht eingeführt werden können. Die in der Versammlung anwesenden Delegierten erklärten sich bereit, in ihren Kreisen Komitees ins Leben zu rufen. Diejenigen Delegierten aber, die nicht anwesend waren, wird der Hauptvorstand in Posen auffordern, ebensolche Kreiskomitees zu bilden. Am Schluß der Versammlung dankte der Herr Vorsitzende den Anwesenden dafür, daß sie sich so zahlreich versammelt hätten, und er drückte die Hoffnung aus, daß die Ausbreitung der Aufklärung mit Hilfe der Bibliotheken munterer fortschreiten wird, da er so viele zur Arbeit Bereitwillige sehe. — Möchten die Worte des Herrn von Szczaniecki in Erfüllung gehen!

Aus Nr. 100 des Kurjer Śląski (Kattowitz) vom 1. Mai 1908:

Der hiesige Kriegerverein

feierte am Sonntag sein 35. Stiftungsfest. Auch ich begab mich zu dieser Feier, denn auf Zureden einiger Beamten trat ich vor mehreren Jahren dem Kriegerverein bei. Seitdem ich aber den Polak lese, komme

ich immer mehr zu der Überzeugung, daß sich der Kriegerverein für polnische Arbeiter nicht eignet. Früher konnte ich über verschiedene Angelegenheiten und Verhältnisse nicht selbständig urteilen, durch die Lektüre des Polak habe ich dies aber gelernt. Die bei der letzten Feier gehaltenen Reden haben mich überzeugt, daß ich dem Kriegerverein nicht mehr länger angehören kann. Alle Reden liefen nur auf das eine hinaus: Der Oberschlesier soll ein guter Deutscher und Preuße sein. Jetzt weiß ich, worum es sich handelt. Was nützt mir dieser ganze Tamtam? Ich fühle, wie mich die ganze kapitalistische Bedrückung und Ausbeutung drückt, ich möchte aber auch hören, wie ich mein Los verbessern könnte, aber davon vernimmt man dort nichts. Der preußische Patriotismus wird weder meinen Hunger stillen, noch wird er mich von dem schmerzlichen und unangenehmen Gefühl befreien, das mich infolge der kapitalistischen Ausbeutung fortwährend quält. Einer der Redner gestattete sich sogar die Äußerung, daß die Kriegervereine in öffentlichen Leben der heutigen Zeit eine große Bedeutung hätten. Ich dachte gleich bei mir: Gewiß haben sie eine große Bedeutung, denn sie machen ihre Mitglieder aus der Arbeiterklasse gegen ihr schweres materielles Los, gegen die kapitalistische Ausbeutung unempfindlich. Wenn alle früheren Soldaten aus dem Arbeiterstande Mitglieder der Kriegervereine wären, dann könnten sich die Kapitalisten vor Freude die Hände reiben. Die vom preußischen Patriotismus durchdrungenen Arbeiter würden, ihre Not nicht fühlend, verschiedenen neuen Steuerlasten für Heer und Flotte ihre Zustimmung geben, damit nur das Vaterland mächtiger wäre und damit in diesem starken Vaterlande die Kapitalisten den Arbeiter möglichst ausbeuten könnten. So muß ich denken, denn niemand von diesen Herren nimmt uns gegen die kapitalistische Ausbeutung in Schutz oder wirkt auf die Kapitalisten ein, daß sie uns das geben, was uns billig gebührt. Als ich mir dies alles überlegte, zürnte ich mir selbst, daß ich dort hineingekrochen bin, wohin ich nicht gehören sollte. Daher entschloß ich mich auch, die Reihen des Kriegervereins zu verlassen, dafür in irgendeinen polnischen Verein einzutreten und den Polak zu verbreiten, von dem ich viele Arbeiter-Angelegenheiten und Bedürfnisse gelernt habe.

Aus Nr. 18 der Praca (Beuthen O.-S.)
vom 5. Mai 1908:

In Orzesche

sollte eine Arbeiterversammlung stattfinden, der Gasthofbesitzer verweigerte aber die Benutzung des Saales. Natürlich ist das nicht der erste Fall. Wir stellen fest, daß in ganz Oberschlesien die Arbeiterorganisation kaum in 3 Ortschaften Säle finden kann.

Wer ist schuld daran? Man kann nicht umhin, ausdrücklich zu erklären, daß der Mangel an Aufklärung und des Zusammenschlusses unter den Arbeitern schuld daran ist.

Wenn die Arbeiter gegen solche Gastwirte besser vorgehen würden, d. h. wenn sie einen scharfen oder guten Boykott veranstalten würden, dann wären längst überall Säle zu haben.

Der Beuthener Verband muß dahin kommen, daß er alte Invaliden tageweise dingen wird, und diese Invaliden werden in der Nähe des Gasthauses oder der Restauration, deren Säle man den Arbeitern zu Versammlungen nicht überlassen will, stehen und die Leute überreden, ihr Geld in diese Gasthäuser und Restaurationen nicht zu tragen. Ein solcher Boykott ist in Berlin, Breslau und in anderen Städten etwas Alltägliches. Wer den Arbeitern seinen Saal nicht hergeben will, dem muß man die Arbeiter vollständig entziehen.

Arbeiter! Geht an den Boykott derjenigen heran, die euch keinen Saal geben wollen! Ihr werdet eine gute Tat vollbringen, wenn ihr eure Mitbrüder zur Nüchternheit überreden werdet.

Aus Nr. 99 des Wielkopolanin (Posen)
vom 29. April 1908:

Wie weit der Haß gegen alles Polnische geht, als Beweis dafür geben wir das nachstehende Vorkommnis wieder: In Breslau war ein Referendar, welcher Reserveoffizier ist. Er wurde zur Praxis dem Bureau eines Notars mit polnisch klingendem Namen zugeteilt. Sofort fragte das Breslauer Bezirkskommando jenen Referendar, weshalb er seine Praxis bei einem Polen abmache. Binnen 3 Tagen sollte der gerügte Referendar seiner hohen Behörde Aufklärung geben. Soweit die Mitteilung. Weshalb hat — so fragen wir — das hohe Militärkommando nicht diejenigen gerügt, welche s. Z. Herrn v. Podbielski zum preußischen Minister gemacht haben? Er hat doch auch einen polnisch klingenden Namen! Weshalb rügt sie nicht alle die, welche Herrn v. Podbielski jetzt zum Abgeordneten wählen wollen? Weshalb rügt sie ihn selbst nicht dafür, weil er als preußischer General einen polnischen Namen hat?

Aus Nr. 52 des Nowiny Raciborskie (Ratibor)
vom 2. Mai 1908:

Bilanz

vom 31. Dezember 1907 für das Geschäftsjahr 1907.

Aktiva.		Passiva.
	Reservefonds	25 656,01
	Spezialreserve	13 274,95
	Geschäftsguthaben	36 160,75
	Spareinlagen	1 984 349,60
	Zur Disposition der Generalversammlung	15 530,80
279 638,69	Bankeinlagen	
20 000,00	Aktien	
111,14	Kostenvorschüsse	
1 714 686,75	Wechsel	
51 006,65	Immobilien	
2 700,00	Hypotheken	
6 828,88	Barbestand	
2 074 972,11		2 074 972,11

Mitgliederzahl:

Auf das Jahr 1907 gingen über ..... 1 212 Mitglieder
Im Jahre 1907 traten hinzu ..... 165 Mitglieder
" " 1907 schieden aus
durch Tod ..... 17 Mitglieder
" Aufkündigung . 47 "
" Ausschluß ... 39 " 103 " 62 "
Auf das Jahr 1908 gehen über ..... 1 274 Mitglieder

Ratibor, den 1. Januar 1908.

Bank Ludowy

Eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.

L. Raczek. M. Fabrowski. Gatzka.

Aus Nr. 53 des Katolik (Beuthen O.-S.)
vom 2. Mai 1908:

Bilanz für das Jahr 1907.

Aktiva.

	M	Pf
Für die Mitglieder verauslagte Kosten	6 846	75
Darlehen gegen Wechsel	6 063 064	30
Depositen in Banken	533 809	85
Aktien	75 000	—
Immobilien	243 276	25
Kassenbestand	72 274	95
	6 994 272	10

Passiva.

		M	Pf
Geschäftsanteile		237 432	90
Reservefonds	121 664,55		
Dazu $^1/_{10}$ vom Reingewinn (§ 40 des Statuts)	3 976,90		
Dazu 4 % vom vorjährigen Reservefonds	4 843,95	130 485	40
Spezialreserve	123 027,85		
Zugeschrieben vom Bruttogewinn	21 500,—		
Zugeschrieben 4 % von der vorjährigen Spezialreserve	4 727,50	149 255	35
Emeritenfonds	7 046,60		
Dazu 4 % vom vorjährigen Emeritenfonds	144,—	7 190	60
Immobilien-Reserve		3 999	35
Depositen	6 271 362,65		
Zugeschriebene Zinsen	158 753,65	6 430 116	30
Zur Disposition der Generalversammlung		35 792	20
		6 994 272	10

Mitgliederzahl.

Als aus dem Jahre 1906 auf 1907 übernommene Mitglieder waren angegeben		1217
Im Jahre 1907 sind neu eingetreten		156
Zusammen		1373
Noch vor dem Jahre 1907 sind gestorben	4	
Im Jahre 1907 starben weitere	13	
Im Jahre 1907 wurden ausgeschlossen	43	
Im Jahre 1907 sind ausgetreten	61	121
Auf das Jahr 1908 treten über		1252

Beuthen O.-S., den 1. Mai 1908.

Bank ludowy — Volksbank, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.

Dr. Skowronski. Retzlaff. Eckert.

Aus Nr. 105 des Górnoślązak (Kattowitz) vom 7. Mai 1908:

Aufruf!

Wie in den verflossenen Jahren, so planen wir auch in diesem Jahre während der Pfingstfeiertage einen Ausflug nach Krakau, diesem polnischen Rom, denn die Kirchen und zahlreichen Denkmäler locken uns dort alljährlich an. Es naht die Zeit der Ausflüge, für die sich die Pfingstfeiertage am besten eignen. An diesem Festtage strömt viel Volk nach Krakau, denn wer möchte nicht persönlich die großen Denkmäler besichtigen? So kann man u. a. in Krakau die Kathedralkirche besuchen in welcher der hl. Stanislaus, der Patron der polnischen Nation, in einem silbernen Sarge seine Ruhestätte hat. In den Grüften dieser Kathedrale befinden sich die Gräber zahlreicher polnischer Könige sowie die des Dichters Mickiewicz und des Helden Kosciuszko. Außerdem besitzt die Kathedrale eine reiche Schatzkammer. Kostbare Altertümlichkeiten von polnischen Königinnen gestickte Ornate sind die Zierde der Schatzkammer. Wer die Kathedrale kennen gelernt hat, wird auch neugierig sein, die Kirche der Paulinerpatres zu besuchen, in deren Grüften sich die Gräber verdienter Männer befinden. In der Peter-Paul-Kirche aber befindet sich das Grab des berühmten Kanzelredners Peter Skarga. Dieser Hofprediger Peter Skarga ist in der katholischen Kirche dadurch berühmt, daß wir ihm verdanken, daß in Polen das Luthertum keine Wurzeln gefaßt hat. Auch die Bernhardinerkirche ist sehenswert. Sie rühmt sich des Besitzes eines wundertätigen Bildes der unbefleckten Empfängnis Mariä und des Grabdenkmals des seligen Simon aus Lipnica. Weiter ist die Marienkirche da, in welcher man die Bildhauerkunst und vor allem den Altar bewundern muß .....

Wer schon die Kirche besucht hat, kann die nationalen Denkmäler besichtigen, deren sich nicht einmal Warschau rühmen kann. Ich nenne nur: Das Königliche Schloß, die Jagiellonische Universität, das Nationalmuseum, das Museum der Familie Czartoryski, die Sukiennice, den Kosciuszko-Hügel und viele andere Denkmäler. Und wenn die Zeit ausreicht, kann man im Theater den Geist anregen. — Landsleute, wer von euch wollte nicht dieses berühmte Krakau besuchen? Gelegenheit ist an zwei Feiertagen vorhanden, an denen ja nichts versäumt wird. Das Komitee wird Führer besorgen, die in Krakau die Führung übernehmen werden. Wer sich rechtzeitig melden wird, wird ein Nachtlager gesichert haben. Wir raten, sich rechtzeitig zu melden, denn im vorigen Jahre mußten viel Menschen unter freiem Himmel übernachten, und zwar deshalb, weil sie die Ratschläge des Komitees nicht befolgen wollten. Um Verlegenheiten und Mißverständnisse zu vermeiden, ist es notwendig, daß sich in jeder Ortschaft Unterkomitees bilden und daß man dem Hauptkomitee mitteilt, wieviel Männer und Frauen sich an dem Ausflug beteiligen werden. Um dem Krakauer Komitee die Arbeit zu erleichtern, hat sich jeder Teilnehmer ein Abzeichen zu beschaffen, welches das Komitee gegen Erstattung von 20 Pf. liefert. Abreise am Samstag abends und am ersten Feiertag frühzeitig. — Anmeldungen nimmt das Komitee bis zum 25. Mai entgegen. Binnen kurzem wird ein Aufruf veröffentlicht werden, in welchem die Zeit der Abreise und das Programm des Ausflugs bekannt gemacht sein wird.

Das Komitee.

Johann Fussek, Uhrmachergeselle, Zaborze A.
Johann Manka, Zaborze-Poremba, Schulstr.
Johann Pyka, Zaborze B, Sedanstraße.
Adalbert Wieczorek, Myslowitz.
Karl Piecha, Zaborze A.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 42 der Gazeta Robotnicza (Kattowitz) vom 19. April 1908:

Ein Sieg der Übermacht.

Das am Sonnabend im deutschen Reichstage verübte Verbrechen ist so niederträchtig, daß man nur mit Mühe ruhig über dasselbe schreiben kann.

Denn dieses Verbrechen betrifft vier Millionen Polen.

Denn dieses Verbrechen, das Millionen unseres Volkes die Versammlungsfreiheit raubt, ist in seinem Wesen eine Verleugnung der allerelementarsten Grundsätze eines konstutitutionellen Staates.

Denn dieses Verbrechen, das Hunderttausenden von polnischen Arbeitern die Möglichkeit raubt, sich aufzuklären und hierdurch auch die Möglichkeit, sich zu organisieren, liefert unsere auf Schritt und Tritt gekränkten Arbeiterscharen den aufgeblasenen Kapitalisten auf Gnade und Ungnade aus.

Denn dieses Verbrechen, das ein neues und überaus niederträchtiges Ausnahmegesetz gegen die polnische Bevölkerung geschaffen hat, ist ein Backenstreich für jede Kultur, die die freie Entwickelung einer jeden lebensfähigen Nation erfordert.

Denn dieses Verbrechen, das die niederträchtige Politik der nationalen Bedrückung kräftigt, ist ein Sieg des Chauvinismus und des Nationalismus, dieses schlimmsten Giftes in dem Leben einer jeden Volksgesamtheit.

Denn dieses Verbrechen, das die nationalistischen Gefühle unter der polnischen Bevölkerung entflammt, hindert in zweifacher Weise die normale kulturelle und politische Entwickelung der Massen des polnischen Volkes.

Denn dieses Verbrechen, das das Resultat der Übereinkünfte des niederträchtig gewordenen städtischen deutschen Liberalismus und der Regierung ist, ist ein greller Beweis für die Korruption des Bourgeoisie-parlamentarismus.

Denn dieses Verbrechen, das von jenen begangen ist, die vor 60 Jahren auf den Barrikaden für die Freiheit der Versammlungen gekämpft haben, ist ein Schanddenkmal für seine Urheber.

Alle Ausflüchte der Liberalen, die mit ihren Stimmen dem Hakatismus zum Sieg verholfen haben, sind nichts wert. Nichts wert ist auch das Geschwätz, daß es sich nur um öffentliche Versammlungen handelt, daß sogar in Kreisen, in denen 60 Prozent Deutsche wohnen, die polnische Bevölkerung in Vereinen zusammenkommen kann. Wer die Praxis der preußischen Verwaltungsbehörden kennt, der weiß genau, daß sie aus allen größeren Vereinsversammlungen „öffentliche Versammlungen machen". Nichts wert sind die feierlichen Versprechungen des Staatssekretärs, daß die Sprachenverordnung gegenüber den Berufsverbänden nicht in Anwendung gebracht werden soll. Hierum bemühen sich aber bereits die Kapitalisten. Schließlich — heute ist dieser Staatssekretär, morgen jener. Und gerade die Geschichte der Beziehungen der preußischen Regierung zur polnischen Bevölkerung beweist am besten, daß solche „feierlichen" Versprechungen absolut nichts wert sind!

In der Geschichte des deutschen Reichstages finden wir nur einen Fall, der sich mit dem am Sonnabend begangenen Verbrechen vergleichen läßt, nämlich das Ausnahmegesetz gegen die Sozialisten, das vom Jahre 1878 bis 1890 in Kraft war. Auf Grund dieses niederträchtigen Gesetzes wurden alle sozialistischen Vereine, ja sogar die Berufsvereinigungen, geschlossen; man gestattete keine sozialistischen Versammlungen, man verbot sofort alle sozialistischen Zeitungen, man bespitzelte unsere Genossen und sperrte sie ein, man schickte agents provocateurs in die Reihen der zielbewußten Genossen und entfernte Leute, die vom polizeilichen Gesichtspunkte aus „unerwünscht" waren, in manchen Gegenden aus ihren Vaterstädten, wodurch sie zu Hunger und Elend verdammt wurden. Zwölf Jahre regierte der brutale Kanzler mit Hülfe dieses Gesetzes, zwölf Jahre verfolgte er auf unerhörte Art die Arbeiterbewegung in Deutschland. Und was war das Resultat?

Hunderte von Genossen verkamen in den Gefängnissen, Tausende und Abertausende verfolgte und schikanierte man. Aber nach zwölf Jahren bewirkte die Fäulnis, die die unzertrennliche Begleiterin eines jeden Ausnahmegesetzes ist, daß das „Gesetz" gegen die Sozialisten fiel und mit diesem „der große Kanzler" Bismarck. Nach zwölf Jahren rücksichtsloser Verfolgungen gewann die Sozialdemokratie bei den Wahlen zum Reichstage 1 400 000 Stimmen, wodurch sie die stärkste Partei im Staate wurde.

Deshalb sagen wir auch: Der Sieg Bülows am Sonnabend ist ein scheinbarer Sieg. Einen wirklichen Sieg wird Bülow nicht erleben, ebensowenig wie ihn sein Meister in der Politik des Blutes und des Eisens — Fürst Bismarck — erlebt hat.

Das Volk, das den Kampf gegen seine Bedrücker zu führen versteht, wird siegen.

Siegen wird das Volk, das durch abscheuliche Ausnahmegesetze aus dem Zustande der politischen Gleichgültigkeit und Erstarrung herausgerissen wird.

Siegen wird das Volk, das erbittert seine Rechte verteidigen wird, ohne sich vor der Gewalt zu beugen.

Die Wege und Mittel in diesem Kampfe sind von uns häufig genug beschrieben worden. Es handelt sich um die Eroberung der politischen Gewalt durch die Arbeiterklasse, es handelt sich um eine allseitige Hebung des wirtschaftlichen und kulturellen Niveaus der Arbeitermassen, es handelt sich um die Bekämpfung des polizeilichen Regierungssystems, um das Demokratisieren des Staates.

Heute, wo der Anschlag auf unsere Versammlungen ausgeführt worden ist, möge sich das polnische Arbeitervolk in Massen um die politische Arbeiterorganisation scharen.

Heute, wo unsere Versammlungen zum Teil unmöglich sein werden, möge sich das polnische Volk der unermeßlich scharfen Waffe bedienen, die es besitzt, indem es die polnischen Zeitungen unterstützt.

Wenn wir fest in der vorerwähnten Richtung vorwärts marschieren, dann ist kein Anlaß zur Verzweiflung vorhanden. Stärken wir die organisierten Arbeiterreihen, und ihr siegreicher Freiheitszug wird das verbrecherische „Gesetz" zunichte machen. Die Geschichte wird Bülow und seine Trabanten vergessen, das polnische Arbeitervolk aber wird leben und wird sich entwickeln, wenn es seine Macht empfinden und verstehen wird, daß es die Pflicht hat, gegen die Bedrückung zu kämpfen.

Aus Nr. 42 der Gazeta Robotnicza (Kattowitz) vom 9. April 1908:

Die Enteignung in der Kirche.

Schon häufig hat die Gazeta Robotnicza ihre Leser darauf aufmerksam gemacht, daß die Kirche in Preußen bei dem Germanisierungswerk der Polen mit Hand anlegt. Und in Wirklichkeit hilft der deutsch-katholische Klerus im Innern Deutschlands, wohin das polnische Volk zur Arbeit zieht, den Hakatisten eifrig bei der Germanisierung der treuen Schäfchen. Alles was eine polnische Inschrift trägt, wird eifrig ausgerottet, damit das Gotteshaus nicht verunreinigt wird. In Osterfeld hatte man am Kreuze ein Täfelchen mit polnischer Inschrift befestigt. Dieses Täfelchen ist zerrissen und beseitigt worden. Aber hiermit noch nicht genug.

In der Kirche in Osterfeld bestand auch ein von polnischen Parochianen für ihr eigenes Geld gekaufter Beichtstuhl. Der Propst hielt es für angemessen, den Polen den Beichtstuhl zu enteignen, und er erklärte ihnen, daß alle Dinge, die sich in der Kirche befänden, auch nur der Kirche gehörten. Zur Beichte wies er seinen polnischen Parochianen einen Winkel an, in welchem wegen Mangels an frischer Luft mehrere Leute bei der Beichte ohnmächtig wurden.

Aus vorstehendem ergibt sich, daß dort, wo der Hakatismus mit seinen Bestrebungen nicht hinkommen kann, gerade die Geistlichen die Tätigkeit des Hakatismus ersetzen.

Aus Nr. 117 des Naprzód (Krakau) vom 28. April 1908:

Bobrzynski.

Wir haben also bereits einen neuen Statthalter. Morgen wird die Ernennung Dr. M. Bobrzynskis amtlich verkündigt werden. Dieser Name ist kein politisches Rätsel, er enthält ein ganzes Programm.

Herr Bobrzynski ist nämlich in der Politik kein neuer Mann. Er hat einen reiche Vergangenheit hinter sich, die uns erlaubt, uns ein Urteil darüber zu bilden,

wer er ist, was man von ihm zu erwarten und zu befürchten hat. Als Vize-Präsident des Landesschulrats hat er sich den Titel eines „Ministers der galizischen Dunkelheit" voll und ganz verdient. Sein Name rief unter den Lehrern, Schülern und Eltern wahre Furcht hervor, das „System Bobrzynskis" bedeutete ein brutales, polizeimäßiges Erwürgen aller menschlichen Triebe unter der Jugend, das Töten eines jeglichen freien Gedankens unter den Lehrern, das Großziehen von Speichelleckerei, Lakaientum und Spitzelwesen im Schulwesen, das Klerikalisieren und Entnationalisieren der Schule. Unter seiner Herrschaft wurden die Schulbücher verstümmelt, es wurde aus ihnen der Löwenanteil jener Artikel entfernt, die die polnische Geschichte betrafen und eine patriotische Tendenz hatten. Diese ersetzte er durch Erzählungen, in denen die österreichischen Herrscher in den Himmel gehoben wurden und durch Pfaffengeschwätz. Unter seiner Herrschaft wurde aus der Simultanschule eine konfessionelle Schule. Er impfte ihr das Gift des Hasses und der konfessionellen Intoleranz ein. Unter seiner Herrschaft wuchs die Macht der Katecheten in der Schule, die Jugend in den Mittelschulen zwängte Bobrzynski in Uniformen und knebelte sie durch ein wahres Polizeisystem. Die Volksschullehrer, die von seiner eisernen Faust gewürgt wurden, konnten kaum Atem schöpfen. Unter der Herrschaft Bobrzynskis wurde ihr Leben elend und unfrei. Sein Abgang wurde mit enthusiastischen Freudenausbrüchen begrüßt.

Die Schule Bobrzynskis hat eine Reihe von Generationen verkrüppelt, sie hat die Seele derselben vergiftet.

Jetzt soll Bobrzynski nicht nur die Jünglinge, sondern auch die Erwachsenen beherrschen.

Auch auf diesem Felde hat er gezeigt, wer er ist. Er ist nicht nur als Pädagog, sondern auch als Politiker bekannt.

Als verbissener Konservativer, als Reaktionär bis auf die Knochen, als begeisterter Klerikaler hat er sich in der Politik bemerkbar gemacht und zwar durch sein berüchtigtes widersinniges Projekt der Wahlreform zum Landtage, das, anstatt die Privilegien aufzuheben, sie noch mehr kräftigt. Durch dieses Projekt hat sich Bobrzynski selbst das Zeugnis eines schlechten Politikers ausgestellt, der auf die Welt und auf das Leben durch die Brille des Kastengeistes blickt, durch das Prisma veralteter, reaktionärer Auffassungen, die schon lange auf den Kehrichthaufen der Geschichte geworfen sind. Das Leben der Jetztzeit mit seinen Forderungen ist für diesen Reaktionär ein Buch mit sieben Siegeln.

Einen derartigen Statthalter braucht Galizien wahrhaftig nicht in dem gegenwärtigen Augenblick. Schon allzu lange ist es von dem engen Gesichtspunkte der egoistischen Klasseninteressen einer kleinen Schar von Edelleuten regiert worden, schon zu lange wird es durch das System des edelmännischen Bureaukratismus gewürgt, schon zu lange wird die Bevölkerung unseres Landes durch die Herrschaft der Starosten-Gendarmen geknebelt. Und heute ist es doch schon genügend bekannt, daß dieses System schlechte Früchte gebracht hat. Die Volksgesamtheit kann sich nicht normal entwickeln und leben, wenn auf die Bauern geschossen wird, wenn die Wahlen gefälscht, Statthalter totgeschlagen, Korruptionen großgezogen werden. Aus diesem Bagno muß man endlich einmal herauskommen. Wenn eine „starke Hand" notwendig ist, so ist sie doch nicht dazu notwendig, um diese Fäulnis mit Gewalt zu erhalten, sondern um diesen Augiasstall radikal zu säubern.

Herr Bobrzynski ist freilich nicht der hierzu geeignete Mann. Er ist kein Mensch ohne Vorurteile, er ist kein Mann der Reformen.

Kein Kommunikat der Regierung wird uns dies einreden, denn die Vergangenheit des Herrn Bobrzynski kann durch ein amtliches Kommunikat weder verborgen noch verändert werden. Wir müssen zunächst seine Tätigkeit in seiner neuen Stellung beobachten, um der amtlichen Bekanntmachung zu glauben. Das Sprichwort sagt, daß Gott dem auch Verstand gibt, dem er ein Amt gibt. — Vielleicht! — Bevor dies Herr Bobrzynski aber nicht rechtfertigt, haben die großen Volksmassen im Lande nicht die allergeringste Veranlassung, dem neuen Statthalter Vertrauen zu schenken. Im Gegenteil, sie nehmen dessen Ernennung mit dem größten Mißtrauen entgegen.

Aus Nr. 114 des Naprzód (Krakau) vom 25. April 1908:

Der Sklavenhandel unter dem Deckmantel des Patriotismus.

Bekanntlich hat Herr Viktor Skolyszewski, der Abgeordneter ist, unlängst noch Zentrumsmann und Müßiggänger war, jetzt aber zur Volkspartei übergetreten ist, die jetzt in der polnischen Volksgesamtheit anläßlich der letzten antipolnischen Gewalttaten herrschende Wut auf die Preußen dazu benutzt, den Auswandererstrom nach Frankreich zu dirigieren und zwar den Strom, der bisher alljährlich aus Galizien nach Deutschland dirigiert worden war. Herr Skolyszewski hat für seine Tätigkeit als für einen patriotischen Akt Reklame gemacht, wir indessen, die wir Herrn Skolyszewski kennen und begründete Ursache zu der Annahme haben, daß nicht der Patriotismus, sondern vielmehr sein persönliches materielles Interesse Veranlassung zu dieser Aktion gegeben hat, haben unsere Volksgesamtheit von Anfang an davor gewarnt, dem ersten besten Auswanderungsagenten blindlings zu folgen, sondern sich vielmehr darum zu bemühen, durch glaubwürdige Leute untersuchen zu lassen, welches Geschick unsere Leute in jenem gelobten Lande erwartet, in welches Herr Skolyszewski sie führt. Sein Titel als Abgeordneter hat uns durchaus nicht imponiert, denn sein Kollege, der noch unlängst sein vertrautester politischer Freund gewesen war, der Abgeordnete Szajer, der einen konzessionierten Handel mit Arbeitern betreibt, hat ebenfalls galizische Arbeiter in solch ein Zuchthaus verkauft und hat sie so ausgeplündert, daß das Ministerium es für angebracht hielt, vor Szajer als vor einem Betrüger der Auswanderer zu warnen. Deshalb hegten wir die Befürchtung, daß Skolyszewski, der langjährige Freund Szajers, die zweite vergrößerte Ausgabe Szajers sein würde, wenn sein Geschäft auch nicht die Konzession der Regierung, sondern nur die Konzession der französischen Regierung besitzt. Leider hörte man nicht auf unsere Warnungen und die hierzu berufenen Behörden und Institutionen, bekümmerten sich nicht um die Praktiken des Herrn Skolyszewski. Sie untersuchten auch nicht die Arbeits- und Existenzbedingungen, unter denen die von Skolyszewski nach Frankreich gebrachten polnischen Arbeiter aus Galizien leben sollten. Der öffentlichen Meinung in Galizien genügte die patriotische Etikette dieses Unternehmens. Sich mit der Lage der polnischen Auswanderer näher zu beschäftigen, dazu reicht der Patriotismus unserer Patrioten nicht aus. Sie verstehen es nur Phrasen, zu gebrauchen.

Mit Mißvergnügen müssen wir nun erklären, daß sich unsere Befürchtungen und unser Verdacht in allem bestätigt haben. Von den durch Skolyszewski nach Frankreich gebrachten Leuten, die dort in der Gegend von Nancy bei Landwirten untergebracht sind,

erhalten wir nachstehenden Brief, der eine Beschreibung jenes Leidensweges unter Skolyszewski enthält. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Liebe Genossen!

Die unterzeichneten polnischen Arbeiter wenden sich an euch mit der Bitte, sich ihrer in dem Elend, das sie hier in Frankreich erleiden, anzunehmen. Wie den Genossen bekannt ist, beschäftigt sich Skolyszewski mit dem Verkauf polnischer Arbeiter nach Frankreich. Er hat schon einige hundert Arbeiter hierher geschickt. Angeblich hat er für uns ein mitfühlendes Herz, als er uns hierher schickte, in Wirklichkeit hat er sich aber uns gegenüber schändlich benommen. Zunächst hat er an einem jeden von uns 100 Fr. erbeutet.

In den Verträgen sind Löhne bis 500 Fr. aufgeführt, während in Wirklichkeit niemand von uns so viel erhält, sondern nur 400 Fr. Keiner von uns hat mit dem Arbeitgeber einen Vertrag abgeschlossen, dies haben vielmehr Skolyszewski und dessen Zutreiber besorgt. Von diesen Zutreibern hat uns Skolyszewski gesagt, daß uns von ihrer Seite während der Reise Schutz gewährt werden würde. In Wirklichkeit mußten wir während der Reise Hunger leiden.

Wir müssen erklären, daß sich jene Zutreiber während der Reise uns gegenüber derartig benommen haben, daß man sie nicht Beschützer, sondern das Gegenteil hiervon nennen kann. Sie sind während der Reise mit uns niederträchtig umgegangen. Nur wenige von uns hatten genügend Geld, um während der drei Tage und drei Nächte dauernden Reise ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Man versprach uns noch in Oswiencim je zwei Kilogramm Brot und ein halbes Kilogramm Speck. In den Verträgen war angegeben, daß der Arbeitgeber uns von unserm Verdienst je 5 Fr. abziehen sollte, und zwar sollte dies eine Anzahlung sein, die wir zum Bestreiten unseres Lebensunterhaltes während der Reise erhalten hatten. Nun hat aber niemand von uns jene 5 Fr. zu sehen bekommen, hat auch nichts für sie erhalten. Augenscheinlich sind sie ebenfalls in den Taschen Skolyszewskis und seiner Zutreiber verschwunden. Die versprochenen zwei Kilogramm Brot und ein halbes Kilogramm Speck hat niemand erhalten. Als wir immer hartnäckiger Essen verlangten, sagte uns der Zutreiber in schroffem Tone: „Esset Kot, wenn ihr nichts zu essen habt!" Als uns aber der Hunger immer mehr peinigte, machten wir Skandal, wodurch der „Beschützer" gezwungen wurde, einem jeden von uns in Wien für 40 Heller Brot zu kaufen. Nach einer vierundzwanzigstündigen Reise kaufte er uns in Deutschland für 20 Pfennig Brot. Hiermit bestritt er sämtliche Unterhaltungskosten während der Reise.

Ausgehungert kamen wir schließlich in Nancy in Frankreich an. Hier befindet sich nämlich der Sammelplatz, an welchem der Menschenmarkt ebenso wie bei uns der Viehmarkt abgehalten wird. Man führte uns in eine Kneipe, wo unser Verkauf vor sich gehen sollte. Die Franzosen kamen zusammen, gingen zwischen uns umher, besahen uns, maßen uns vom Kopf bis zu den Füßen, sahen uns verwundert an und lachten. Es erschien der Zutreiber Skolyszewskis und sagte uns:

Beachtet jetzt das größte Stillschweigen, daß jetzt niemand sich von seinem Platze rührt, denn anderenfalls werde ich einen Knüppel nehmen und zwischenschlagen!

Er begann uns mit Namen aufzurufen. In der Schenke ging es, wie dies gewöhnlich und besonders noch am Jahrmarktstage der Fall ist, sehr lebhaft zu. Dieser oder jener unter uns konnte also seinen Namen nicht verstehen. Als sich einer von uns auf den ersten Aufruf nicht meldete, brüllte der Zutreiber:

Du Hundeblut, hast du nicht gehört, daß ich dich gerufen habe? Willst du Prügel haben?

Als wir hierüber entrüstet waren und hiergegen protestierten, daß wir nicht hierher gekommen wären, um Prügel zu erhalten, rief er die Polizei herbei und ließ uns verhaften. Zum Glück nahmen sich die hiesigen polnischen Akademiker unserer an. Diese protestierten hiergegen und ließen uns nicht schlagen, beleidigen und verhaften. Sie nahmen uns auch gegen die Verleumdungen in Schutz, die sich der Zutreiber erlaubte. Dieser sagte nämlich zu den Farmern, daß wir nicht Menschen, sondern Vieh wären, daß der polnische Arbeiter nur das Erschießen wert wäre oder die Sklaverei, die es leider nicht mehr gebe usw.

Man hat uns also für 400 Fr. auf ein Jahr verkauft. Wie konnte Skolyszewski das zulassen, daß wir — 300 Meilen von unserem Heimatlande entfernt — in einem fremden Lande für 1,16 Kr. arbeiten müssen, während man im Heimatlande gegenwärtig bis zu 3 Kr. täglich verdient. Außerdem erhalten wir hier sehr elendes Essen. Früh gibt man uns ein Stückchen trockenes Brot und ein Töpfchen Wein, der mit der Hälfte Wasser gemischt wird. Zum Mittagessen erhalten wir täglich Brotsuppe und Erbsen mit Kartoffeln oder mit Reis. Zum Abendessen werden die Überbleibsel vom Mittagessen aufgewärmt. Es geht uns also hier sehr schlecht und dies umso mehr, als wir die französische Sprache nicht beherrschen und die Franzosen unsere Sprache nicht verstehen.

Hier werden keine Feiertage gefeiert. An beiden Osterfeiertagen waren alle Geschäfte geöffnet, wie an Wochentagen, die Landleute haben gearbeitet und auch wir mußten im Felde arbeiten.

In der Umgegend von Nancy sind jetzt etwa 600 Polen beschäftigt. In unserem Elend hat sich der Akademikerverein „Bibliothek der fortschrittlichen polnischen Jugend in Nancy" unserer angenommen. Dieser Verein beschäftigt sich erfolgreich damit, eine Verständigung zwischen den französischen Arbeitgebern und den polnischen Arbeitern herbeizuführen, durch Vermittelung des landwirtschaftlichen Syndikats in Nancy ein polnisch-französisches und französisch-polnisches Wörterbuch herauszugeben, die umliegenden Farmen zu besuchen usw. Wir schulden hierfür den akademischen Genossen großen Dank.

Wir bitten um Veröffentlichung dieses Briefes im Naprzod, den wir hiermit abonnieren. Mögen unsere Worte eine Warnung für jene sein, die Skolyszewski noch anwerben will, denn angeblich soll er versprochen haben, in Kürze noch einige 100 polnischer Arbeiter aus Galizien hierher zu bringen. Möge er daran denken, daß Gott ihn für das uns angetane Unrecht strafen wird. Wir werden euch noch schreiben, wie man hier mit uns umgeht.

Wir senden euch herzliche Grüße.

Nancy, den 21. April 1908.

(Unterschriften.)

Aus Nr. 119 des Naprzód (Krakau) vom 30. April 1908:

Der Abgeordnete Skolyszewski als Emigrations-Hyäne.

Anläßlich des von uns vor einigen Tagen veröffentlichten Briefes polnischer Arbeiter, die durch den Abgeordneten Skolyszewski nach Frankreich geschafft worden waren, erhalten wir eine Unmenge von Informationen, die auf die Praktiken dieses neuen Szajer ein helles Licht werfen:

Das Verhalten der Behörden gegenüber Skolyszewski.

Wir haben bereits darauf aufmerksam gemacht, daß die Behörden die Emigrationstätigkeit Skolyszewskis näher in Augenschein nehmen müßten. In keinem Falle aber dürften sie den Skolyszewski unterstützen. Herr Skolyszewski besitzt nicht die Konzession zum Betreiben einer Arbeitervermittelungs-Agentur. Wenn irgend eine arme Gesindevermittlerin ein Dienstmädchen vermietet, dann macht ihr die Polizei ohne Gnade die Bude zu. Herr Skolyszewski aber wird nicht eingesperrt. Man kann nicht einmal behaupten, daß ihn seine Unverletzlichkeit als Abgeordneter schützt, denn diese beginnt erst mit dem Tage der Eröffnung des neuen Landtages. Und dennoch kann er ungestraft seine Tätigkeit ausüben, trotzdem er die Konzession nicht besitzt, trotzdem er stets laut von der Notwendigkeit spricht, die Emigranten zu beschützen, trotzdem er die Notwendigkeit einer schärferen Kontrolle seitens der Behörden über die Emigrationsunternehmen betont. Da dies aber eine „patriotische Sache" ist, sieht man ihm durch die Finger. So geht es eben bei uns zu. An der Aktion gegen die Preußen bereichern sich Skolyszewski und Konsorten, während unsere Arbeiter am schlechtesten hierbei fortkommen. Und das haben wir den Preußen zum Schabernack getan! . . . .

Die Behörden und Institutionen hätten nicht in so leichtfertiger Weise zu diesem nichtkonzessionierten Arbeiterhändler in irgend welche Beziehungen treten dürfen. Ein gewisser Johann Zytkiewicz, ein fortgejagter Inspektor der Ortspolizei in Wieliczka und dessen Söhne Sigismund und Johann (dieser ist Studierender an der Handelsakademie) liefern dem Skolyszewski die Emigranten. Tag und Nacht sind sie im Krakauer Bahnhof und greifen hier die Arbeiter auf.

Am letzten Sonntag (26. 4. 08) lieferte Zytkiewicz dem Skolyszewski wieder 13 Arbeiter. Dieser nahm sie nach Oswiecim und brachte sie am Montag mit einer größeren Zahl von Emigranten wieder nach Frankreich. Die Behörden müßten endlich einschreiten, denn sie verfügen bereits über genügendes Material, wie sich aus dem nachstehenden ergibt:

Skolyszewski und seine Zutreiber prügeln sich um die Beute.

Die erste Auswandererpartei brachten Skolyszewski, dessen Frau, sowie die beiden Söhne Zytkiewiczs von Krakau nach Nancy. Nach der Rückkehr aus Frankreich rühmten sich die Zytkiewiczs dem Agenten des Krakauer Arbeiter-Vermittelungsamtes Latacz gegenüber, daß sie an den Emigranten einige 100 Fr. verdient hätten, die sie von den Franzosen als Trinkgeld erhalten hätten. Dies erfuhr Skolyszewski und er verlangte, daß sie die Beute mit ihm teilen sollten. Als ihm indessen die Zytkiewiczs einen Teil des auf eigene Faust erbeuteten Raubes nicht abgeben wollten, verklagte Skolyszewski sie beim Polizeirat Swolkien. Dieser erklärte ihm, daß die Polizei hier nicht einschreiten könne, daß er vielmehr seine Ansprüche nur vor Gericht geltend machen könne.

Aber die Polizei, die nun sieht, was vorgeht, kann und muß gegen das Plündern der Emigranten, gegen das ungesetzliche Verhalten Skolyszewski's und seiner Zutreiber einschreiten.

Erzählung eines Flüchtlings.

Unlängst erschien in unserer Redaktion der Redakteur des in Lemberg erscheinenden Polski Przeglad Emigracyjny, Herr Okolowicz, und bat in Sachen des von uns veröffentlichten Briefes der polnischen Arbeiter aus Nancy um nähere Informationen. Bereitwilligst wurden ihm diese Informationen von uns erteilt. Wir hatten unsere Unterhaltung noch nicht beendet, als ein junger Arbeiter unsere Redaktion betrat.

— Was wünschen Sie?

— Ich bin aus Frankreich, einer von denen, die Skolyszewski dorthin gebracht hat. Ich bin ausgerissen .....

In Gemeinschaft mit Herrn Okolowicz begannen wir jenen Arbeiter auszufragen.

— Ich heiße Adalbert Biziora — antwortete jener Arbeiter — ich bin aus Brandwica bei Rozwadow, von Beruf bin ich Gärtnergehülfe. Aus meinem Dorfe bin ich der einzige, der mit Skolyszewski gefahren ist, aber aus Rozwadow, Tarnobrzeg, Nadbrzezie sind viele Leute mit ihm gefahren, ja sogar aus dem Königreiche stammten vier Familien. Hier in Krakau schloß Skolyszewski im Arbeitsamt einen Vertrag mit mir ab, nach welchem ich in Frankreich 300 Fr. Jahreslohn erhalten sollte.

Nach Frankreich brachten uns Skolyszewski, dessen Frau und noch zwei Agenten. Während der Fahrt bekam ich Durst. Ich sah, daß einer der Agenten Wasser in einer Kanne hatte, ich bat ihn also um etwas Wasser. Er antwortete mir: „Ich habe kein Wasser." Hierauf antwortete ich: „Gebe Gott, daß Du soviel Wasser bis zu Deinem Tode hast."

Skolyszewski, der dies hörte, lief herbei und versetzte mir zwei Schläge ins Gesicht. Und dabei hat er eine Tatze wie ein Bär.

— Haben Sie sich ruhig ohrfeigen lassen?

— Was sollte ich machen, Skolyszewski ist ein riesiger Kerl, den alle fürchteten.

Zur Wegzehrung sollten wir je 5 Fr. erhalten, die man uns nach dem Kontrakt in Frankreich vom Lohn abziehen sollte. Wir erhielten indessen nur 30 Heller in Wien und dann an Ort und Stelle, in Nancy, je 1,20 Fr., den Rest hat augenscheinlich Skolyszewski oder einer seiner Helfershelfer beiseite gebracht.

Man führte uns in einen großen Saal, den dann Franzosen betraten, um uns zu mieten. Skolyszewski sagte mir: „Du bekommst 250 Fr." Ich erklärte ihm: „Ich will nicht! Im Kontrakt sind doch 300 Fr. festgesetzt. Ich bitte mir mein Arbeitsbuch zurückzugeben und mich zurückzuschicken." Hierauf schlug mich Skolyszewski wieder ins Gesicht und rief: „Diese Polen sind doch Schweine." Ich hatte nun genug und entfloh.

— Wollte er nur Sie um 50 Fr. berauben?

— Einem jeden von uns nahm er von dem im Vertrage festgesetzten Betrage 50 bis 100 Fr.

— Sind auch andere entflohen?

— In Wien habe ich erfahren, daß noch 20 entflohen sind. Jetzt weiß ich nicht, was ich tun soll. Das Arbeitsbuch hat Skolyszewski einbehalten, sodaß mich niemand zur Arbeit annimmt. Ich war in dieser Angelegenheit bereits bei der Polizei, Herr Rat Swolkien hat mich zum Arbeitsamt geschickt und hier hat man nur gesagt, daß ich bis zur Rückkehr Skolyszewski's warten müßte. ..... Ich werde ihm das vergelten ....

Das ist die Odyssee eines polnischen Arbeiters . . .

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 198 des Słowo Polskie (Lemberg) vom 28. April 1908:

Deutsch-französisches Liebäugeln.

In Deutschland wird seit einigen Monaten energisch nach der Richtung hin gearbeitet, mit dem französischen Erbfeinde innige Beziehungen anzuknüpfen. Die wiederholt von Kaiser Wilhelm selbst auf politischem Gebiete gemachten Versuche einer direkten Verständigung endeten bis jetzt stets, und zwar infolge einer ungeschickten und agressiven deutschen Diplomatie, mit einer noch

größeren Zuspitzung der alten Gegensätze, und die Bemühungen, durch Drohungen eine Änderung der Gesinnung in Frankreich zu schaffen, führten beinahe zu einem bewaffneten Konflikt und in weiterem Verfolg zur Bildung einer allgemein-europäischen antideutschen Koalition.

Man ergriff deshalb andere Mittel und Wege. Man dachte an die Herbeiführung freundschaftlicherer Verhältnisse, vorläufig auf neutralem Gebiete, in Handel und Industrie, in der Hoffnung, daß allmählich, nachdem man sich gegenseitig näher kennen gelernt, es auch zu einer Annäherung auf dem politischen Gebiete kommen werde. Eine gewisse Rolle haben hier wahrscheinlich auch die Rücksichten auf das Bedürfnis der Belebung der deutschen Industrie durch die Eröffnung neuer Absatzgebiete für sie gespielt.

In Frankreich stießen diese Bemühungen auf keinen Widerstand und waren in verhältnismäßig kurzer Zeit von ziemlich ansehnlichen Erfolgen gekrönt. Zu Anfang des laufenden Jahres entstand in Paris eine Organisation, die den Zweck hatte, zwischen Deutschland und Frankreich engere Handelsbeziehungen zu schaffen, und vor einem Monate wurde eine ähnliche deutsche Organisation in Frankfurt a. M. ins Leben gerufen. Einen weiteren Schritt bildete die Einladung einer Anzahl französischer Studenten unter der Führung des Professors Andler nach Berlin, um ihnen das Kennenlernen deutscher Verhältnisse und Einrichtungen zu erleichtern und sie für den Annäherungsgedanken zu gewinnen.

Gleichzeitig veranlaßte das Pariser Blatt, der Gaulois, durch Vermittelung seines Berliner Berichterstatters eine Enquete, die verschiedenen hervorragenden Persönlichkeiten in Deutschland Gelegenheit verschaffen soll, ihre Ansichten über die deutsch-französische Annäherung zum Ausdruck zu bringen. Hiervon machten gern Gebrauch der Reichstags-Präsident Graf von Stolberg, der Fürst von Trachenberg, Freiherr von Hertling, die Generale von Loebell und Vetter und alle drückten ihre Überzeugung einmütig dahin aus, daß die Herbeiführung näherer Beziehungen auf wirtschaftlichem und künstlerischem Gebiete und in weiterer Folge die Beseitigung politischer Mißverständnisse nicht nur erwünscht, sondern auch möglich sei.

Wenn wir aber das Verzeichnis der von dem französischen Berichterstatter befragten Personen mit der Liste der an der Annäherung der beiden Nationen arbeitenden Komiteemitglieder vergleichen, so überzeugen wir uns, daß es ein und dieselben Personen sind, daß also die Enquete des Gaulois von vornherein abgekartet war und das Ergebnis eines von vornherein abgeschlossenen Abkommens bildet.

Wie wir sehen, entwickelt sich die deutsch-französische Aktion mit blitzartiger Schnelligkeit. Im Laufe von nicht ganz vier Monaten hat man erreicht: erstens die Beseitigung der politischen Gegensätze durch Anknüpfung von Handelsbeziehungen, zweitens eine demonstrative Erklärung hervorragender deutscher Politiker hinsichtlich der erwünschten politischen Annäherung. Diese Eile, mit welcher die Deutschen ihr Ziel erreichen wollen, kann jedoch mehr schaden als nützen. Sie ruft in Frankreich Verdacht und unter den in Berlin weilenden Franzosen ein gewisses Mißbehagen hervor. Die kulturellen Franzosen fühlen sofort das Künstliche der ihnen so ostentativ entgegengebrachten Herzlichkeit heraus, sie verstanden das Lächerliche der Übertreibung und schlossen sich ab.

Dies trat gelegentlich des zu Ehren der von den Deutschen nach Berlin eingeladenen 30 französischen Studenten gegebenen Festmahles sehr drastisch in die Erscheinung. Die jungen Franzosen wurden dort mit ungeheurem Glanze empfangen, und in den bei dieser Gelegenheit gehaltenen Reden wurde mit Worten der Freundschaft und politischen Anspielungen nicht gekargt. Aber gerade diese Übertreibung machte den ungünstigsten Eindruck und veranlaßte den Führer der französischen Delegation zur Verweisung der Kundgebung in die eigentlichen Grenzen. „Ich danke den Herren im Namen meiner Studenten herzlich für die uns bewiesene Gastfreundschaft — erklärte kühl und nicht ohne Ironie Professor Andler —, aber Sie haben, meine Herren, uns heute schon mehr wie eine Anzahl von Diplomaten, nicht aber wie junge Studenten empfangen."

Sprach's und setzte sich zu nicht geringer Verwirrung der Veranstalter des ostentativen Empfanges. Über die deutsch-französischen Beziehungen, über die Beseitigung der alten Mißverständnisse und Anknüpfung einer neuen Freundschaft ist auch nicht ein Wort gefallen!

Aus Nr. 95 des „Czas" (Krakau) vom 24. April 1908:

Ein neuer slawischer Verein.

Petersburg, den 21. April 1908.

In Petersburg und in Moskau ist wieder eine slawenfreundliche Bewegung erwacht. In beiden Hauptstädten des Reiches ist man bereits an die Gründung von Vereinen getreten, die den Zweck haben, sich mit der slawischen Kultur (in Petersburg) oder überhaupt auch mit dem ganzen slawischen Leben (in Moskau) bekannt zu machen. In Petersburg werden die neuen Anregungen nach dieser Richtung hin von der Zeitschrift Rusz und in Moskau vom Ruskoje Slowo unterstützt. Obwohl es unter der russischen Gesellschaft und Presse (z. B. Golos Moskowy) an Skeptikern nicht mangelt, so haben doch die Anreger die beste Hoffnung. Nach ihren Versicherungen wird die Arbeit nach dieser Richtung hin jetzt lebhafter betrieben werden und zwar dank den Verhältnissen und der Lage, in der sich gegenwärtig die slawischen Nationen befinden und die seit dem Bestehen der Wohltätigkeitsvereine in den beiden Hauptstädten des Reiches und den vom General Tscherep-Spirydowicz gemachten Versuche so ganz anders geworden ist. Im Jahre 1906 wäre der von einer Anzahl von Anhängern der slawischen Zusammengehörigkeit in Vorschlag gebrachte „Slawenverband" zweifellos zustande gekommen, wenn nicht die Ereignisse im Jahre 1906 und der darauf folgende Sieg der Reaktionsströmung gewesen wären.

Vorläufig dürften kurz die ersten Versuche zur Organisierung eines „Slawenvereins" in Petersburg erläutert werden, welcher sich die kulturellen Interessen und die Annäherung aller slawischen Volksstämme auf kulturellem Gebiet zur Aufgabe macht. Unter dem 15. und 16. April haben hier Besprechungen der Gründungsanreger eines solchen Vereins stattgefunden. In der Versammlung, an der sich die hervorragendsten Vertreter aller Parteien beteiligt hatten, wurde beschlossen, nicht nur einen derartigen Verein zu gründen, sondern ihm auch einen unparteiischen Charakter zu verleihen und sich durch keinerlei politische und konfessionelle Rücksichten zu binden.

Zwecks Festlegung der Unterlagen, auf die sich die künftige Vereinstätigkeit stützen soll, wurde eine Kommission gewählt, die aus folgenden Personen besteht: J. Milatin, O. Gerasimow, M. Kowalewski, J. Kondaków, P. Mülecków, J. Oziesow und M. Friedorów. Zum Vorsitzenden der Kommission wurde J. Milatin und zum Schriftführer O. Gerasimow gewählt. Wir haben

also in der Kommission ehemalige Minister und ehemalige Kollegen der Minister, Gelehrte, Literaten und Redakteure, Mitglieder der gemäßigten Rechten, Oktobristen und Kadetten. Im Verhältnis zu den kulturellen Angelegenheiten und Bedürfnissen des Slawentums kann es — wie man uns in der Hauptversammlung der Vereinsbegründer versicherte — einen Unterschied unter der russischen Allgemeinheit nicht geben.

Vorläufig sehen wir sowohl in der Versammlung der Vereinsbegründer, als auch in der Zusammensetzung der Kommission nur lauter russische Namen. Die Begründer waren — wie die „Ruß" versichert — durchaus nicht gegen die Berufung hervorragender Polen sowohl aus der Mitte der gesetzgebenden Körper, als auch der polnischen Kolonie in Petersburg zur Beteiligung. Die Polen haben sich jedoch vorläufig von der Beteiligung zurückgezogen, dagegen ihre Bereitwilligkeit zur Gründung einer eigenen Organisation mit ähnlichem Programm erklärt, die entweder gemeinschaftlich mit der russischen Organisation oder mit der letzteren gleichzeitig arbeiten wird.

Das Fernbleiben der Polen von der Beteiligung hat, nicht ohne Befriedigung, nur die „Nowoje Wremia" aufgenommen, für welche der Pessimismus des Herrn Dmowski hinsichtlich der russisch-polnischen Verbrüderung einen genügenden Fingerzeig dafür bildete, daß die Beteiligung der Anhänger und Bekenner der Grundsätze der national-polnischen Demokratie in dieser Hinsicht lähmend wirken und die künftige Vereinstätigkeit hemmen könnte. Die „Ruß" dagegen, welche diesen Gedanken fast von dem ersten Augenblick ihres Bestehens an unterstützte, drückt darüber ihr Bedauern in folgenden Worten aus. „Im vorliegenden Falle können wir einen großen Fehler sowohl auf polnischer, als auch auf russischer Seite, nicht unbemerkt lassen. Die Polen hätten sich von den Vorbesprechungen, die allerdings dem künftigen Charakter der in Vorschlag gebrachten Organisation vorgreifen werden, nicht zurückziehen und die russischen Anreger sich nicht so leicht mit der Beseitigung einiger polnischer Agitatoren einverstanden erklären sollen. Der polnische Gedanke der Gründung einer besonderen polnischen, der russischen ähnlichen Organisation ist offenbar gut. Die slavischen Vereine müßten überall, wenn wir uns so ausdrücken dürfen, nach einem förderativen Grundsatze arbeiten. Wir legen jedoch in dieser Hinsicht ein besonderes Gewicht darauf, daß bei der Gründung der ersten derartigen Organisation in Rußland auch die maßgebenden polnischen und anderen slavischen Stimmen gehört werden".

In den Dumakreisen wurde der Gedanke angeregt, ein unparteiisches Komitee zu gründen, welches die Aufgabe hätte, sich mit den vorbereitenden Schritten eines Slavenkongresses zu befassen. Der Gedanke wurde sympatisch aufgenommen, und in diesen Tagen wird die Organisation des Komitees zustande kommen. An dieser parteilosen Organisation werden sich, außer der extremen Rechten und Linken, alle Dumaparteien beteiligen. Das Dumakomitee wird aus der Mitte der Dumamitglieder Delegierte für eine Vorversammlung in Prag (Böhmen) wählen, woselbst für die Einberufung eines allslavischen Kongresses nach einer der größeren Städte des russischen Reiches endgültiger Beschluß gefaßt werden wird.

Merzbach'sche Buchdruckerei, Posen.